CGIL/CISL
Zur Geschichte und Theorie der italienischen Gewerkschaftsbewegung
Band 1

Internationale
Marxistische Diskussion 40
Merve Verlag Berlin

DM 7,–

"Entweder es gelingt uns, die italienische Art des Arbeiterkampfes in die anderen Länder Europas zu exportieren, oder es wird dem Kapital gelingen, die DGB-Politik nach Italien zu importieren."

Bruno Trentin, Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft FIOM (CGIL)

* * *

Die Texte dieses Bandes sind den "Quaderni" no.31/32 (Juli / Oktober 1971) der offiziellen CGIL-Zeitschrift "Rassegna sindacale" entnommen.

* * *

ARBEITERVERTRETER IN DEN BETRIEBSRAT!

Dokumentation der Auseinandersetzung um eine außerordentliche Betriebsratswahl 1973 bei KRONE / Westberlin

DM 3.20

Internationale Marxistische Diskussion

Arbeitspapiere

No. 13

Merve Verlag

CGIL / CISL
Zur Theorie und Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945
Band 1

Internationale Marxistische Diskussion 40
Merve Verlag Berlin

Ex Libris
Peter Scheiffele

Aus dem Italienischen übersetzt von Burkhart Kroeber (S.81-113), Gisela Hartwieg, Traute Rafalski (S.9-32 u. 47-62) und Friedrich P.Mair (S.33-46, 63-80 u.114-142)

© by Merve Verlag GmbH, Berlin 15, Postfach 327.
Printed in Germany 1973. Druck: Dressler, Berlin; Bindearbeiten: Stein, Berlin; Umschlagentwurf: J.Stankowski, Köln.
ISBN 3-920986-56-3

INHALT

Band I

5 Vorbemerkung des Merve-Kollektivs

9 B. MANGHI
Die Gesellschaftskonzeption der CGIL in ihren Grundlinien

33 Die Gesellschaftskonzeption und die gesellschaftliche Stellung der CISL

47 V. FOA / B. TRENTIN
Die Politik der Forderungen der CGIL seit 1945

63 L. FERRARIO
Die Politik der Forderungen der CISL in den 50er Jahren

81 V. FOA
Gewerkschaften und kapitalistische Entwicklung

95 P. M. BRANDINI
Gewerkschaften und Struktur der Tarifverhandlungen

114 G. BAGLIONI
Gewerkschaften und Interessenvertretung im Betrieb

Band II

F. MOMIGLIANO
Gewerkschaften und Planungspolitik

A. NOVELLA
Eine Strategie des Fortschritts und der Stärkung

P. CARNITI
Mehr Macht um die Lage der Arbeiter zu verändern

G. SCLAVI
Die Betriebsverhandlungen als Machtfaktor

S. GARAVINI
Strukturen der Arbeiterautonomie am Arbeitsplatz

G. P. CELLA / B. MANGHI
Kritische Analyse des Qualifikationssystem

Nachwort : REDAKTIONSKOLLEKTIV GEWERKSCHAFTEN
DER ZEITSCHRIFT "PROBLEME DES KLASSENKAMPFS"
Ökonomische Entwicklung, Gewerkschaftsbewegung und
Klasseneinheit in Italien.- Zu einigen zentralen Fragen
in den vorliegenden Texten.

Zu den Autoren

Vorbemerkung des Merve-Kollektivs

Die vorliegenden beiden Bände zur Geschichte und Strategie der italienischen Gewerkschaften sind Resultat einer Zusammenarbeit zwischen der Soziologischen Fakultät von Trento und der offiziellen CGIL-Zeitschrift "Rassegna sindacale", Resultat also - wie die CGIL in der italienischen Einleitung schreibt - "einer hoffentlich nicht nur kurzen Begegnung zwischen Arbeitern und Studenten". Die Herausgeber verfolgten bei der Zusammenstellung der Beiträge aus den Jahren 1960 bis 1970 "den alleinigen Zweck, Diskussionsmaterial zu liefern für eine kritische Analyse der Probleme der Gewerkschaft in jener Zeit, die wir die Jahre der Reife nennen können".

Gerade weil hier ein Bewußtwerdungsprozeß dokumentiert ist, scheint uns eine deutsche Ausgabe sinnvoll. Sind doch die frühen Texte, zumal die der CISL, nicht allzuweit von der DGB-Programmatik entfernt. Die multinationale Organisierung des Kapitals erheischt eine Antwort von Arbeiterseite. Erste Schritte sind getan: nach den Arbeitern von Dunlop-Pirelli haben sich jüngst die der Michelin-Werke in Frankreich, Italien und Großbritannien eine gemeinsame Gewerkschaftsplattform erarbeitet (vgl. "links", Sept. 73). Diese Tatsache stellt auch den DGB vor die Notwendigkeit einer multinationalen Gewerkschaftsstrategie und einer koordinierten Aktion innerhalb der "Europäischen Gemeinschaft". Die vorliegenden beiden Bände, sowie die demnächst in der IMD erscheinenden über die "Gewerkschaftliche Linke in Italien" und über "Betrieb und Schule", sollen dazu beitragen, daß diese Diskussion am fortgeschrittensten gewerkschaftlichen Bewußtsein anknüpfen kann.

Zeugnis einer solchen politischen Reife ist die Solidaritätserklärung der Metallgewerkschafter von Turin zu den spontanen Streiks bei Ford und Opel:

"Die Arbeiterkämpfe, die in diesen Tagen in zahlreichen deutschen Fabriken, vor allem in den großen Betrieben von Ford und Opel losbrachen, sind ein deutlicher Beweis dafür, daß auch in den deutschen Fabriken alle jene mit der Lage der Arbeiter verbundenen Probleme existieren, die die italienischen Gewerkschaften in den Mittelpunkt ihrer Initiativen und Kämpfe gestellt haben.

Alle diejenigen, die die "vollkommene Harmonie der Sozialpartner" predigen und in der "gewissenhaften Ruhe" der deutschen

Arbeiter die Garantie für Produktivität und Wohlstand sehen, haben eine harte Niederlage einstecken müssen. Die Streiks dieser Tage zeigen im Gegenteil, daß es unmöglich ist, die Arbeiterklasse einem sozialen Frieden und Stillhalteabkommen zu unterwerfen, wenn alles auf sie abgewälzt wird: die Kosten der Inflation, die Härte einer stumpfsinnig machenden Arbeitsorganisation, der Mangel an Sozialeinrichtungen und daneben die schlimmen Erscheinungen der Ausbeutung und der Isolierung der eingewanderten Arbeiter.
Die Kämpfe der Arbeiter bei Opel und Ford sind die unvermeidliche Antwort auf Lebens- und Arbeitsbedingungen, die die Arbeiterklasse spalten, damit sie in einer untergeordneten Rolle, jeder realen Macht beraubt, gehalten werden kann. Die Spontaneität, mit der die Streiks begonnen und vor allem durchgeführt worden sind, beweist außerdem, daß es angesichts der schwerwiegenden Probleme der Arbeitersituation eine große Distanz zwischen den zentralen Gewerkschaftsorganisationen und den Arbeitern gibt.
Die massenhafte Beteiligung der ungelernten und der Bandarbeiter, der größtenteils türkischen, griechischen, italienischen und spanischen Immigranten - die nur geringe Einflußmöglichkeiten innerhalb der betrieblichen Gewerkschaftsorgane haben - an der Organisierung der Streiks ist das getreue Spiegelbild einer Situation, in der die Gewerkschaft nicht das Problem des Angriffs auf die gegenwärtige Organisation der Arbeit ins Zentrum ihres Handelns stellt, sondern eine Linie der Mitbestimmung verfolgt, die eine tiefe Kluft zwischen den formulierten Theorien und der wirklichen Lebens- und Arbeitssituation von Tausenden und Abertausenden von Arbeitern geschaffen hat. Das alles trägt dazu bei, in den Fabriken die Spaltung unter den Arbeitern selbst zu verstärken, und am meisten davon betroffen sind die Immigranten.

Die Haltung der offiziellen deutschen Gewerkschaft (IG Metall) läuft objektiv auf eine Hilfsfunktion fürs Kapital hinaus; (faktisch) billigt sie die offene Repression, die am stärksten eingewanderte Arbeiter getroffen hat, auf denen die Drohung der Zwangsausweisung lastet. Solche Aktionen sind von der deutschen Polizei mit brutaler Entschlossenheit und Verletzung des elementaren Rechts auf Demonstration und Streik durchgeführt worden. Bis heute gibt es in Westdeutschland keine Antwort der Gewerkschaft auf die Repressionsmaßnahmen in den Fabriken.

Die schwerwiegenden Vorfälle bei Ford betreffen die gesamte europäische Arbeiterklasse. Die deutschen Vorfälle zeigen symptomatisch die gefährlichen Konsequenzen von nicht auf Klassenstrategie und -autonomie basierenden Entscheidungen über die Rolle und Funktion der Gewerkschaften.
Mehr als je zuvor ist es unerläßlich, alle jene Bestrebungen zu unterstützen, die unter zahllosen Anschuldigungen und Isolierungsmanövern auch in Westdeutschland auf eine andere Gewerkschaft hinarbeiten, eine Gewerkschaft, die in der Fabrik verankert, offen für alle und unabhängig von Regierung, Unternehmern und Parteien ist.
Die Turiner FLM unterstreicht nochmals diese Notwendigkeit und sieht in dem Kampf der deutschen Arbeiter einen weiteren Anstoß für den Aufbau einer Gewerkschaft, die sich in den Kämpfen auf internationaler und europäischer Ebene zusammenschließt und folgende Punkte ins Zentrum ihrer Entscheidungen stellt:
1) Egalitarismus als tragendes Element einer Konzeption der Lohnpolitik und einer Veränderung der gegenwärtigen Arbeitsorganisation, die, von der Fabrik ausgehend, alle Strukturen der Gesellschaft einbezieht;
2) Streikrecht für alle Arbeiter und Leitung des Streiks durch die Organe und die Vollversammlungen der Arbeiter;
3) Bestimmung der Gewerkschaftspolitik nach Grundlinien, die von den Arbeitern auf dem Weg über Organisationsstrukturen in der Fabrik ausgearbeitet werden, wobei alle Arbeiter - Gewerkschaftsmitglieder, Nichtmitglieder, Immigranten - an den Entscheidungen beteiligt sind.
Damit diese Entscheidungen Gemeingut der gesamten europäischen Gewerkschaftsbewegung werden, ist es notwendig - auch auf Basisebene - im internationalen und europäischen Rahmen Verbindungen herzustellen und Erfahrungen und Programme zu vergleichen. Deshalb überreicht die FLM Turin der nationalen FLM dieses Papier und fordert eine harte Stellungnahme der europäischen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen gegen die Repressionsmaßnahmen von Polizei und Unternehmern in den deutschen Fabriken und die Einleitung entsprechender Initiativen.«*

*abgedruckt in der Tageszeitung "il manifesto" vom 7.9.1973

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" ist die erste unabhängige Gewerkschaftszeitung in der BRD.

„express" bringt kritische Beiträge zur aktuellen Gewerkschaftspolitik, die man nicht in der offiziellen Gewerkschaftspresse findet.

„express" berichtet ausführlich über Streiks, Betriebskämpfe und politische Aktionen der Lohnabhängigen im In- und Ausland.

„express" veröffentlicht Analysen zur sozialen Lage und zum Bewußtsein der arbeitenden Klasse.

„express" diskutiert Alternativen zur gewerkschaftlichen Strategie und Politik.

Im „express" schreiben Kollegen aus den Betrieben, ehrenamtliche und hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, denen die Presse ihrer eigenen Organisation für ihre Beiträge nicht mehr zur Verfügung steht, sowie gewerkschaftlich orientierte Wissenschaftler.

Der Jahresabonnementspreis beträgt für 1973 DM 12,— zuzüglich DM 2,40 Versandkosten. In dem Abonnementspreis sind die 12 Monatsausgaben und die nach aktuellen Notwendigkeiten erscheinenden Sonderausgaben enthalten.

Probeexemplar und Bestellungen:
Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Marxistische Wissenschaftstheorie

Jacques Rancière
Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie - von den "Pariser Manuskripten" zum "Kapital" DM 7,-

Lucio Colletti
Marxismus als Soziologie DM 5,-

Helmut Reinicke
Für Krahl DM 3,-

Louis Althusser
Freud und Lacan DM 2,-

Maurice Godelier
System, Struktur und Widerspruch im "Kapital" DM 2,-

Toni Negri
Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation DM 5,-

Toni Negri
Zyklus und Krise bei Marx DM 5,-

Alfred Sohn-Rethel
Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit DM 4,-

Ralph Miliband
Marx und der Staat DM 2,-

MERVE VERLAG
1 Berlin 15
Postfach 327

BRUNO MANGHI

DIE GESELLSCHAFTSKONZEPTION DER CGIL IN IHREN GRUNDLINIEN

1. Wir sind davon ausgegangen, daß eine Analyse der Auffassung der CGIL von Gesellschaft und Gewerkschaft nicht überzeugend ist, wenn sie sich nicht auf die theoretische Ausarbeitung des Marxismus bezieht. Ohne einen ständigen Rückgriff auf den Marxismus kann man weder die internen ideologischen Prozesse verstehen noch das Fortbestehen mancher Verhaltensweisen und Probleme erklären. Gleichzeitig muß man die Vielfalt der marxistischen Orientierungsmöglichkeiten, die zahlreichen Auslegungsvarianten des ursprünglichen Inhalts berücksichtigen. Abgesehen aber von dieser Vorbemerkung sind wir überzeugt, daß die Gewerkschaftskonzeption der CGIL allein mit dem Rückgriff auf den Marxismus nicht erschöpfend verstanden werden kann. In der Tat genügt es zu bedenken, daß wir es nicht mit Ergebnissen individueller theoretischer Überlegungen zu tun haben, sondern mit einem kollektiv erarbeiteten Ergebnis, mit Ideen, die unter bestimmten historischen Bedingungen herangereift sind. Zu dieser Entwicklung haben Gruppen außerhalb der marxistischen Tradition sowie der Zusammenstoß mit praktischen Problemen des Handelns, die ideologische Neuformulierungen erforderten, beigetragen, da das marxistische Theorieschema diese Probleme nicht voraussehen und daher nicht lösen konnte.
Ein zweites Phänomen verschärft das komplexe Verhältnis zwischen CGIL und den Postulaten des Marxismus: und zwar nehmen die kommunistischen leaders oft deutlich unterschiedliche Positionen ein, je nachdem ob sie sich im Rahmen der Gewerkschaft oder anläßlich von der Partei getragener Gelegenheiten äußern. Es handelt sich dabei unserer Meinung nach nicht um einfaches Taktieren, um jene notwendigen, von Togliatti theoretisch begründeten Formen der "Doppelheit". In Wirklichkeit verdoppeln sich die Standpunkte, die die Reden bestimmen: gewerkschaftsorientierte oder parteibezogene Gesichtspunkte sind notwendigerweise unterschiedlich. Was wechselt, ist der jeweilige Bezugspunkt, der die Aufmerksamkeit auf sich zieht, so daß der kommunistische Gewerkschaftsführer, der, obwohl er einen allgemeinen Entwurf zur gesellschaftlichen Veränderung haben müßte, in dem die Gewerkschaft eine besondere Rolle spielt, dann, wenn er sich in der Gewerkschaft befindet, deren interne Zielsetzungen vorrangig hinstellt und so tut, als ob viele seiner allgemeineren Überlegungen erledigt oder unbekannt oder irrelevant

wären. Der gleiche leader behandelt z.B. das Thema des Klassenbewußtseins unterschiedlich, je nachdem ob er sich in der Gewerkschaft oder in der Partei befindet. Dieses unterschiedliche Verhalten, das sich daher unserer Meinung nach erklären läßt, ohne allein das Problem des Taktierens heranzuziehen, das vielmehr mit der besonders bedingten Rolle kommunistischer Gewerkschafter zusammenhängt, erschwert es jedoch, den Beitrag der Kommunisten zur Konzeption der CGIL zu verstehen.
Historische Ereignisse von besonderer Tragweite wie die Spaltungen von 1948 und der Zwang für die Führungsgruppe des Gewerkschaftsverbandes, die Anschuldigungen ideologischer Hörigkeit zu widerlegen, haben später zu einer beharrlich praktizierten Zurückhaltung vor Selbstetikettierungen und vor der Klärung ideologischer Ableitungen einiger allgemeiner gewerkschaftlicher Stellungnahmen geführt. Es verschwinden daher die Bezüge auf Marx (1) oder jedenfalls auf die Theoretiker des Marxismus, während gleichzeitig die Terminologie durch annähernde Begriffe und Analogieformulierungen gekennzeichnet ist, die tendenziell darauf hinauslaufen, polemisch gemeinten Identifizierungen und dem Vorwurf des Doktrinärhaften zu entgehen. Abgesehen von einzelnen Persönlichkeiten ist es ebenfalls äußerst schwer, einen spezifischen Beitrag der Sozialisten zur Konzeption der CGIL herauszuarbeiten (2).

2. Gehen wir jetzt dazu über, einige spezifische Entscheidungsebenen der Konföderation zu untersuchen. Fragen wir vor allem nach der Position der CGIL in Bezug auf den "Kapitalismus". Der Gebrauch der Wendung "kapitalistisches System" ist nicht sehr häufig in den wichtigeren Erklärungen und taucht im Laufe der Kongresse zwischen '49 bis '65 immer weniger auf. Trotzdem läßt sich die zusammenfassende Definition für den sozioökonomischen Bereich, in dem die Gewerkschaft wirkt, eindeutig auf die marxistische Tradition zurückführen. Die wirtschaftliche Macht wird als bestimmend angesehen, die wirtschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse gelten als Kräfte, die die gesellschaftlichen und politischen Prozesse weitgehend bedingen (3). Das Vorhandensein von Privateigentum an Produktionsmitteln ist ohne Zweifel der entscheidende Indikator zur Kennzeichnung des Gesellschaftssystems (4). Die Wirtschaftsmacht wird als der entscheidende Gegner gesehen, den es langfristig zu schlagen gilt (wenn auch verschiedene Strategien vorgeschlagen werden) und dem gegenüber Tag für Tag Widerstand zu leisten ist.

Die allgemeine Orientierung ist insofern antikapitalistisch, als die Lebens- und Arbeitsbedingungen im kapitalistischen System negativ und anfechtbar sind und nur durch Kampf radikal geändert werden können. Hinsichtlich der ideologischen Unterschiede zu anderen Gewerkschaften betont Novella abschließend auf dem Kongreß in Mailand (1960): "Der Kapitalismus blickt nunmehr auf eine lange Geschichte und auf eine jüngere noch aktuelle zurück. Genau diese Geschichte zwingt mich, die Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung des Kapitalismus ohne Umschweife mit voller Überzeugung zurückzuweisen" (5). Diese Position bleibt allerdings relativ allgemein, und die Verknüpfung mit der marxistischen Tradition wird über eine ganze Serie von sukzessiven Vorbehalten und Unterscheidungen abgeschwächt. Die italienische Wirklichkeit wird auf sehr differenzierende Weise angegangen und beschrieben, und insbesondere die Tatsache, daß das politische System Italiens aus der Widerstandsbewegung hervorgegangen ist und zumindest formal auf der Verfassung beruht, verhindert eine vollständige Gleichsetzung der italienischen Gesellschaft mit dem kapitalistischen System. Überlegungen, die sich aus den historisch bedingten Faktoren ergeben, wie etwa die Erfordernisse des Wiederaufbaus, oder die für die italienische Situation kennzeichnenden Merkmale, wie z.B. der Druck einer Agrarstruktur, in der sich Unterentwicklung und Massenelend mischen, diese Überlegungen verhindern wenigstens in der ersten Nachkriegszeit eine ungebrochene Anwendung von Entscheidungen mit antikapitalistischer Stoßrichtung. Darin drückt sich die Überzeugung aus, daß das Land (6) die Struktur seiner Wirtschaft mit Hilfe der politischen Instrumente, die es sich gegeben hat, von Grund auf verändern kann.

Währenddessen stellt die Konföderation die Rechtmäßigkeit des Eigentumscharakters von Unternehmen nicht zur Diskussion, sie diskutiert nicht prinzipiell die Privatinitiative; vielmehr häufen sich die Erklärungen, die auf eine Unterstützung kleiner und mittlerer Industriebetriebe hinauslaufen (7). Was auch weiterhin grundsätzlich nicht akzeptiert wird, ist die Form der Akkumulation, die auch als Kriterium zur Unterscheidung der Systeme gilt (8).

Jedoch herrscht keineswegs die Diskussion über den Kapitalismus, über den Gesellschaftstypus, den man vorschlagen will, innerhalb der Organisation vor. Man muß sich den Stand der Diskussion aus Erklärungen, einfachen Hinweisen, Artikeln zusammensuchen und rekonstruieren. Auf den Kongressen z.B. wird das Problem in den Referaten und in ganz wenigen Beiträgen nationaler leaders lediglich gestreift; niemals oder fast niemals geschieht das in der Viel-

zahl der Beiträge, obwohl hier wirtschaftliche Probleme und die Situation der Arbeiter im Vordergrund stehen . Der Kern der der Überlegungen liegt vielmehr in der Einschätzung des Schicksals, das man dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zuschreibt. Bis zur Mitte der fünfziger Jahre war die Überzeugung weit verbreitet, daß der kapitalistischen Wirtschaft ein schneller Kollaps aufgrund ihrer inneren Widersprüche beschieden sei. Diese These (9) behauptet, daß der in tiefe Krisen verwickelte Kapitalismus die Unterentwicklung nicht überwinden kann, sondern neue Formen der Ausbeutung und anhaltende wirtschaftliche und soziale Instabilität im Weltmaßstab hervorbringt.
Später schwächt sich diese Überzeugung ab, und es wird stillschweigend zugegeben, daß der kapitalistische Rahmen, in dem die Gewerkschaft handelt, zu keinem schnellen Untergang bestimmt, daß insbesondere eine radikale Veränderung, die nur Italien beträfe, sehr unwahrscheinlich ist. Es bleibt die negative Einschätzung des Systems, und vor allem wird die Analyse der Ausbeutungserscheinungen differenzierter und gründlicher betrieben. Es bleibt zwar der Begriff vom Kapitalismus als anhaltender Instabilität, aber von Zusammenbruch wird nicht gesprochen, und daher geht man bei der Ausrichtung der gewerkschaftlichen Strategie davon aus, daß das traditionelle Wirtschaftsgefüge zumindest mittelfristig bestehen bleibt. Symptomatisch dafür ist, wie man auf den Kongressen der letzten Jahre die Rolle der Gewerkschaft und ihre Einordnung in einen Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung diskutiert (10), ebenso wie auch das Moment des Kampfes im Zusammenhang mit einer relativ vorausschaubaren Dynamik gesehen wird, die kontinuierlich ohne große Brüche verläuft.
Heute, wie seit zwanzig Jahren, setzt die antikapitalistische Kritik mit ihrer Ablehnung an einem bestimmten Punkt an: an den Monopolen und Oligopolen in Industrie und Dienstleistungsbereich
Das Monopol stellt in höchstem Maße den Ausdruck der inneren Systemwidersprüche dar: es ist das Ergebnis der Entwicklung des modernen Kapitalismus und gleichzeitig Hauptursache seiner Krise.

Die CGIL verbindet in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Monopol zwei Bezugsebenen; einmal die ideologische Ebene, denn sie sieht in ihm den Ursprung der gesellschaftlichen Mißstände, der ungleichen Machtverteilung und der Ausbeutungsbedingungen; dann die Systemebene insofern, als sie den Monopolen zur Last legt, die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt zu verhindern, gleichzeitig ein Hindernis für die Erreichung derjenigen wirtschaftlichen Zielsetzungen zu bilden, über die sich alle einig sind, auch diejenigen, die

das institutionelle Gefüge des Systems nicht zur Diskussion stellen (11).
Auf den Kongressen (insbesondere denen von '52 bis '60) ist es die Auseinandersetzung mit den Monopolen, die die größte analytische Vertiefung und auch den höchsten politischen Stellenwert aufweist. Wenn man das Monopol als Zentrum des ausbeuterischen Systems herausgelöst betrachtet, werden ihm letzten Endes natürlich negative Bedeutungsmerkmale angelastet, die über diejenigen noch hinausgehen, welche die Analyse dem Monopol anfangs zugeschrieben hatte. Hinsichtlich des Themas "Monopole" läßt sich auch eine größere Konvergenz zwischen der ökonomischen Argumentationsweise der KPI und den gewerkschaftlichen Plattformen feststellen. Der Kampf gegen die Monopole wird für die CGIL zum "reifen Kampf" schlechthin; er nimmt qualitativ eine Vorrangstellung ein und ist bezeichnend für ein wachsames Klassenbewußtsein. Gleichzeitig wird er auch als der Kampf angesehen - und das könnte als ein Widerspruch erscheinen -, der den größten Konsens derer, die von verschiedenen Grundüberzeugungen ausgehen, auf sich vereinen kann, denn mit dem Phänomen der Monopole sind generell die offenkundigsten Ausbeutungserscheinungen verknüpft. Natürlich läßt sich auch hinsichtlich der Monopolfrage eine Veränderung in den Punkten feststellen, von denen die Kritik ausgeht; zuerst einmal hat sich die Überzeugung stärker ausgeprägt, daß sie zur Wirtschaftskrise führen (abweichend von der These des "Systemzusammenbruchs"); daraufhin tritt die These stärker in den Vordergrund, daß sie als "pathologische" Erscheinungen zu bekämpfen sind, vor allem aber deshalb, weil sie Träger außerordentlicher Macht und Ursache von Ausbeutung sind. Der Nachdruck und das Ausmaß, mit denen die antimonopolistische Kampagne vorangetrieben wird, sind auf die Überzeugung zurückzuführen, daß das Monopol das Moment ist, das am klarsten die Herrschaft der wirtschaftlichen über die politische Macht zum Ausdruck bringt und daß daher die Kampferfahrungen in diesem Bereich das politische Klassenbewußtsein am unmittelbarsten zur Entfaltung treiben.
Ein weiterer Bereich, in dem die Verknüpfung mit der marxistischen Sicht des modernen Kapitalismus deutlich wird, ist das Gebiet der internationalen Beziehungen. Eine erste Phase ist gekennzeichnet durch die Kampagne gegen die amerikanische Politik, gegen den Marshall-Plan, durch die Opposition gegen den vom USA-Kapitalismus gewollten Krieg zur Überwindung der unvermeidbaren Krisen. Später begegnen wir der negativen Haltung gegenüber dem sich in Europa und Italien breitmachenden amerikanischen Kapital. Mit den

Jahren tritt die ausdrückliche Anerkennung des positiven Charakters der sowjetischen Erfahrung in den Hintergrund, und es entstehen über dieses Thema interne Spaltungen in der Führungsgruppe, die auf die unterschiedliche Parteizugehörigkeit zurückzuführen sind. Trotzdem hält sich der Begriff des Imperialismus in seiner Verknüpfung mit dem der kapitalistischen Strategie auf internationaler Ebene. Diese kritische Haltung weicht manchmal in eine verschwommen nationalistische Richtung ab: die Opposition gegen die amerikanischen imperialistischen Pläne wird mit der Verteidigung des Landes, der Nation und ihrer autonomen Entwicklungsfähigkeit motiviert.

3. Bisher haben wir aufgezeigt, inwiefern die Konzeption der CGIL hinsichtlich der Merkmale des kapitalistischen Systems zwar einen marxistischen Einfluß aufweist, aber in einigen Punkten auch nicht mehr als einen Einfluß, eine indirekte Anknüpfung. Die gleiche reduktionistische Rückbindung, die nicht frei von Vorbehalten gegenüber dem Marxismus ist, können wir oft hinsichtlich des Begriffs "Klasse" beobachten, wie er von der CGIL verwendet wird. Die CGIL bezeichnet sich als "Klassen-Gewerkschaft" und stützt sich daher auf die Überzeugung, daß es gesellschaftliche Klassen gibt, die im Gegensatz zueinander stehen, und daß der Konflikt zwischen ihnen unvermeidlich und notwendig ist. Der Klassenbegriff der Konföderation beschränkt sich allerdings nicht auf die Arbeiterklasse, sondern umfaßt tendenziell alle abhängigen Werktätigen und sogar alle "nicht Privilegierten".
Bereits auf dem Kongreß von 1947 behauptete Di Vittorio*:"Heute sind die Gewerkschaften nicht mehr Organisationen ausschließlich von Handarbeitern, wie sie es lange Zeit gewesen sind. Heute ist in den Gewerkschaften Arbeit in jeder Form organisiert, d.h. alle Berufe, alle Handwerksgattungen, alle technischen Spezialisierungszweige"; und kurz vorher "... die große historische, ungerechtfertigte, unerklärliche Scheidung zwischen Proletariat und Mittelschicht verliert sich".
Der Begriff Klasse wird häufig ersetzt durch andere Wendungen, wie insbesondere "Volksmassen" oder "Massen" oder einfach "Volk". Nicht selten scheint es, daß man sich nicht so sehr auf eine gesellschaftliche Trennung bezieht, die durch den Ausschluß von dem Besitz an Produktionsmitteln hervorgerufen wird, sondern auf eine allgemeinere Unterscheidung zwischen Ausbeutung und Privilegierung oder geradezu zwischen Reichen und Armen. Di Vittorio: "...Wir müssen unser Ziel immer darin sehen, alle ehrlichen Leute, die von

*kommunistischer Gewerkschaftsführer und Parlamentsabgeordneter; Generalsekretär der Einheits-CGIL von 1945-48 (A.d.R.)

ihrer Arbeit leben, zu verbünden, um die Front des Volkes gegen die Front der Ausbeuter zu erweitern, deren Interessen in einem offenen Widerspruch zu denen der Arbeiter und der Nation stehen". Die CGIL bildet auf diese Art das Zentrum einer sehr weit gestreuten Gruppierung von Kräften, die in weitem Maße von einer ideologischen, aber nicht im eigentlichen Sinne marxistischen Tradition gekennzeichnet ist, die vielmehr auch populistischen und emanzipatorischen Elementen gegenüber offen ist, wie sie häufig in den Arbeiterkämpfen unseres Landes anzutreffen sind.
In Erfahrungsberichten jüngeren Datums seitens der Industriegewerkschaften und auch in Stellungnahmen der Vergangenheit von Gewerkschaftern aus dem Norden lassen sich hier und dort Hinweise für eine Bevorzugung des Begriffs "Arbeiterklasse" finden. Es handelt sich jedoch um einfache Heraushebungen. Die CGIL definiert das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Arbeiterklasse in mehrdeutiger Form.
Im gewissen Sinn übt sie eine Funktion der Repräsentation und des Schutzes aus, sie läßt Interessen im Lande laut werden, die sonst ignoriert würden. Aber das Verhältnis läßt sich nicht auf Repräsentationsfunktionen reduzieren: die CGIL will den Volksklassen einen Ausdruck geben, ihr direkter Ausdruck sein und so in dynamischen und eng verflochtenen Beziehungen in ihre Wirklichkeit eingehen. Sicherlich überwiegt, oder besser: deutlicher ist der Hinweis auf die erstgenannte Art des Verhältnisses, auf die Repräsentationsfunktion; doch kann man die Stoßrichtung "Klassengewerkschaft" nicht verstehen, ohne die zweite Art zu berücksichtigen (12).
Der Gewerkschaftsverband stellt auch ein Moment bei der Herausbildung der Klasse, eine Stufe des Klassenbewußtseins dar. Der Rückgriff auf Marx wird hinsichtlich des Klassenbewußtseins direkter, während sich die eher volksbezogenen Einflüsse abschwächen. Und hier handelt es sich um einen sehr wichtigen Punkt, auch weil er nicht selten als Parameter benutzt wird, um zu beurteilen, ob ein bestimmter Kampf oder eine bestimmte Entscheidung als mehr oder weniger fortschrittlich gelten können. Das was ein Kampf in der Tat zu leisten vermag, schlägt sich nicht nur in dem Umfang des Erfolges nieder, sondern drückt sich mindestens in gleichem Maße in seiner Fähigkeit aus, Klassenbewußtsein heranreifen zu lassen. Folgende Behauptung von Scheda (die auch von Foa übernommen wird) erscheint uns ziemlich einleuchtend: "...das Problem für eine Gewerkschaft besteht manchmal nicht darin, es zum Zusammenstoß kommen zu lassen und dann geschlagen zu werden; es handelt

sich vielmehr darum, auf der Höhe der Auseinandersetzung zu sein; manchmal kann man auch verlieren, aber wichtig ist, sich zu schlagen, sich auf der Ebene des Kampfes einzusetzen". (13)
Wenn wir uns an diesem Punkt fragen würden, was genau "reiferes" Klassenbewußtsein für die CGIL heißt, würden wir keine einheitlichen und erschöpfenden Antworten finden. Diese Diskussion findet nämlich in dem Maße ihr Ende, in dem sie auf eine ideologisch orientierte Auswahl verweist, deren Brauchbarkeit sich außerhalb des gewerkschaftlichen Bereichs erwiesen hat. Als reifer wird ein Kampf für gewöhnlich beurteilt a) je allgemeiner er ist, b) je mehr er sich zentrale Widersprüche des Systems zum Ziele nimmt und in diesem Sinne politisch qualifiziert ist und c) je mehr Kampfwillen und Widerstandskraft in ihm zum Ausdruck kommen. Sowohl von der allgemein volksbezogenen statischen Sichtweise der Repräsentation aller Ausgebeuteten, als auch von der im eigentlichen Sinne marxistischen Richtung leitet sich häufig Mißtrauen gegenüber allen Zusammenschlüssen her, die durch partikularistische Tendenzen gekennzeichnet sind, d.h. "branchenbezogene " bzw. "korporative" Verhaltensmuster. D.h., man befürchtet, daß sich ein kastenähnlicher Egoismus breitmacht, bzw. daß sich die Aktivitäten ohne Aussicht auf ihre allgemeine Verbreitung abkapseln (14). Unserer Auffassung nach verleiht die Selbsteinschätzung im Verhältnis zur Arbeiterklasse und die Ablehnung einer Repräsentationsfunktion, die auf Gruppeninteressen beschränkt ist, der CGIL eine politische Dimension und Berufung. Die Interessen der Arbeiterklasse sind nicht die Interessen einer einzigen Gruppe, denn die Durchsetzung ihrer Interessen bedeutet die Befreiung der ganzen Gesellschaft; sie sind unmittelbar allgemeine Interessen. Die Gewerkschaft ist kein "Interessenverband", der dem System partielle Vorteile entreißen will, sondern sie ist ein Vorschlag für die ganze Gesellschaft.

4. Auf Kongressen und in offiziellen Erklärungen, aber auch in kritischen Überlegungen, wie sie in der Gewerkschaftspresse angestellt werden, fehlen fast ganz Versuche zur Analyse und globalen Einschätzung des Fabriksystems. Natürlich werden gerade in den letzten Jahren die Arbeitsbedingungen für die Menschen in der Produktion häufiger angeprangert. Die Tatsache, daß die CGIL den von Managerseite kommenden Vorschlag der human relations unmittelbar zurückweisen konnte, zeigt, daß die Beziehungen im Betrieb implizit als Machtbeziehungen genau wahrgenommen werden. Aber es ist ziemlich selten, daß sich daraus eine mehr betont analytische Un-

tersuchung entwickelt, und noch seltener findet sich die Tatsache der Unterordnung unter den Elementen, die an der Fabrik - als System - bekämpft werden. In jüngster Zeit hat das Problem der Techniker und Angestellten die Diskussion über die Veränderungen des Industriebetriebes wieder in Gang gesetzt. Offenkundig ist man sich darüber klar, daß man von der Fabrik ausgehen muß, daß sie im gewissen Sinne den Ursprung eines großen Teils der gewerkschaftlichen Problematik bildet; aber es wurde keine Konzeption der Fabrik entwickelt, und in diesem Punkt ist die Verknüpfung mit der originären marxistischen Tradition relativ schwach. Symptomatisch dafür ist die sehr wenig ausführliche und vertiefte Diskussion über die Verwaltungsräte (consigli di gestione), bzw. ihre Einschätzung in einem betont produktionsorientierten Rahmen, abgesehen von einigen wichtigen Kongreßbeiträgen, die allerdings in polemischem Ton darauf Bezug nahmen (15). In der Konföderation überwiegt jedoch die Auffassung, daß die korrekte gewerkschaftliche Haltung gegenüber der Unternehmermacht nicht einfach defensiv sein und sich nicht nur auf die Verhandlungsebene beschränken könne (vgl. weiter unten die Darstellung der Verhandlungen in ihren Grundzügen); eine Tendenz zur Kontrolle der kapitalistischen Machtausübung durch die Arbeiter tritt in Erscheinung - draußen auf dem Arbeitsmarkt wie drinnen in der Fabrik.

Angesichts der Veränderungen im Industriebetrieb, in seinem technologischen Ablauf sowie in seiner Organisation der Menschen, hat die CGIL eine sehr klare Position bezogen, die darin besteht, die Notwendigkeit des Kampfes zu bestätigen. Während eines gewissen Zeitraumes ist die strategische Wichtigkeit vieler Veränderungen übersehen worden (16); aber nachdem sich von '56 an ein gewisses Wiederaufleben des Interesses an Änderungen der Arbeitsorganisation feststellen läßt, bemüht man sich beharrlich, hinter der neuen Personalpolitik die neuen Formen der Ausbeutung aufzudecken. Abgesehen von einigen langfristigen Perspektivvorstellungen, die im Zusammenhang von Verhandlungen auftauchen, schätzt man die Fabrik als einen Bereich ein, in dem ein eingegrenzter Kampf geringe Möglichkeiten bietet, eine Umverteilung der Macht durchzusetzen. Von außen muß ein Kontrollsystem aufgebaut werden, das die Fabrik überwacht, so daß ihre immanent autoritäre Struktur abgeschwächt wird und die Arbeiter abgeschirmt werden, um damit zu verhindern, daß die "Übermacht der Unternehmer" ein immer größeres Gewicht draussen in der Gesellschaft bekommt. Daher ergibt sich zusätzlich zur Durchführung von Verhandlungen die Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt zu kontrollieren, gesetzgeberische Maßnahmen durchzusetzen,

die auf die Verhältnisse im Betrieb einwirken.

5. Der Marxismus ist in gewisser Hinsicht eine Theorie des gesellschaftlichen Konflikts und stellt einen revolutionären Übergang von einer institutionellen Ordnung in eine andere in Aussicht. Obwohl die CGIL in ihrem Statut mehr Gewicht auf die Ziele als auf die Strategien legt und damit nur bedingt konfliktbereit erscheint, bejaht sie offenkundig den Konflikt als eine unentbehrliche, wenn auch nicht einzig mögliche Haltung der Arbeiter. Sie vertritt den legitimen Charakter der in normalen Formen auftretenden Konflikte, sie weist dem Konflikt nicht nur instrumentalen, sondern manchmal finalen Charakter zu. Der Begriff "Kampf" wird immer im positiven Sinne gebraucht, die Untersuchung der gesellschaftlichen Situation schließt immer damit, daß Widersprüche und Gegensätze als Konfliktherde hervorgehoben werden.
In jüngster Zeit hat sich der Gebrauch des Begriffs "contestazione" (Anfechtung, Protest, Infragestellung) verbreitet, der die korrekte Haltung der Gewerkschaft den ausbeuterischen Bedingungen gegenüber bezeichnet. Andererseits scheint der Kernpunkt der Marxschen Lehre, die Idee der Revolution, der Konzeption der CGIL fremd zu sein. Fremd in dem Sinne, daß niemals konkret von Revolution gesprochen wird, fremd, weil die Revolution nie zum Maßstab wird, um den positiven Charakter eines Phänomens zu beurteilen. Tatsächlich versteckt sich das Problem der Revolution hinter dem Problem, ob es möglich ist, das kapitalistische System zu ändern.
Wenn einige Sprecher die Meinung vertreten, daß sie eine Änderung von innen her durch sukzessive Verbesserungen nicht für möglich halten, wenn Novella seine persönliche antikapitalistische Überzeugung zum Ausdruck bringt und Foa behauptet, daß wir uns heute am Vorabend einer "zweiten und größeren industriellen Revolution, diesmal gestützt auf die kollektive Lenkung der Produktion" (17), befinden, dann deuten sie, indem sie sich ein derart innovatorisches und radikales Ziel setzen, eine revolutionäre Perspektive an. In diesem Sinne kann auch die Aussage des Statuts, in der die Konföderation die "vollständige Befreiung der Arbeit" zum Ziel setzt, revolutionär klingen. Geben wir dem Begriff Revolution seine ihm eigene Bedeutung, die nicht nur radikale Ziele umfaßt, sondern auch Mittel und Strategien, diese Ziele zu erreichen, so müssen wir in der Tat zugeben, daß die Konzeption der Gewerkschaft - ohne jedoch a priori etwas auszuschließen -, einen revolutionären Zusammenstoß absolut nicht in Aussicht stellt.

Man kann sich höchstens fragen, ob die Gewerkschaft nicht revolutionäres Bewußtsein vorbereitet, das aber an anderer Stelle sein Instrumentarium zum Handeln finden wird. Wahrscheinlich ist, daß diese Funktion revolutionärer Schulung von einigen Kadern beabsichtigt, aber niemals ausdrücklich so bezeichnet worden ist; mit Sicherheit ist sie ein Fremdkörper in der gewerkschaftlichen Konzeption des größten Teils ihrer Führungsschicht. Nur im Hinblick auf Gebiete, die die CGIL nicht direkt interessieren, spricht man von kriegerischen und revolutionären Kämpfen (Dritte Welt), wobei deutlich wahrnehmbar ist, daß es sich dabei nicht um ein Modell handelt, welches sich auf die Verhältnisse anwenden läßt, in denen die italienische Gewerkschaft handeln muß.
In der Konzeption der CGIL läßt sich kein allgemeines Postulat über die Natur des Staates in einem kapitalistischen System oder über das politische System aufzeigen. Wir finden nur spezifische Stellungnahmen zu Regierungsentscheidungen, zu vorwiegenden politischen Richtlinien in verschiedenen Situationen. D.h. in diesem Punkt folgt die Gewerkschaft nicht der marxistischen Konzeption, zumindest nicht in ihrer leninistischen Ausprägung. Die agnostische Haltung gegenüber der politischen Macht im allgemeinen führt in der CGIL zu praktischen Orientierungen, die sich erheblich voneinander unterscheiden. Die positive Einschätzung der Verfassung und des Erneuerungsprozesses der politischen Strukturen, wie er sich mit der Widerstandsbewegung und in den ersten Nachkriegsjahren vollzogen aht, führt dazu, daß die Konföderation den politischen Institutionen die Möglichkeit zugesteht, autonome und alternative Entscheidungen auch im weiterbestehenden Rahmen einer Wirtschaftsordnung kapitalistischen Typs zu fällen. Die Regierung ist nicht notwendigerweise per se eine Agentur für die Geschäfte des Kapitals, und nur wenn einige konservative Kräfte ein Übergewicht bekommen, können die Regierungsentscheidungen den Kapitalisten dienstbar gemacht werden; es ist von den institutionellen Gegebenheiten her und nicht nur zufällig möglich, daß sich die politische Sphäre vom wirtschaftlichen Druck freimacht.
Nicht zufällig stellt die CGIL politische Forderungen an die verschiedenen Regierungen und ist bereit, einen wirtschaftlichen Eingriff des Staates zu unterstützen, wenn er sich im Vergleich zur privatwirtschaftlichen Seite als innovatorisch erweist. Wenn die Forderung nach Nationalisierung auch im ersten Moment von dem Bestreben zeugt, die traditionelle Eigentumsordnung zu überwinden,

so ist sie in Wirklichkeit auch Beweis für die Überzeugung, daß ein noch "bürgerlicher" Staat es vermag, die Interessen des Großbesitzes nicht zum Ausdruck zu bringen (18). Die außerordentlich scharfe Kritik an den wirtschaftlichen Entscheidungen der Regierungen scheint von der Meinung auszugehen, daß unterschiedliche politische Entscheidungen möglich waren und daß daher der Spielraum für politische Entscheidungen objektiv unterscheidbar ist von demjenigen des Kapitals (19). Stellt also der Staat, obwohl er noch im kapitalistischen System verankert ist, nicht einen institutionellen Gegner dar, sondern bildet er angesichts der bestehenden Verfassung gewissermaßen einen Gegenstand der Forderungen, die aus dem Volk kommen, so entwickelt die Gewerkschaft eine Tendenz zu einer Politik der Beteiligung, den Willen also, an der Ausarbeitung von Entscheidungen mitzuwirken, und sei es auch mittels Druckausübung. Bevor diese Grundtendenz sich mit dem Vorschlag der Wirtschaftsplanung auseinandersetzen mußte, wurde sie von Di Vittorio bei einigen wichtigen Gelegenheiten hinlänglich klar entwickelt. Der Staat ist daher kein Fremdkörper und kein Feind, vielmehr muß die Gewerkschaft mit dem Staat, der von der Verfassung gewollt wurde, zusammenarbeiten, um ihn von den reaktionären Kräften zu befreien, die ihn zum Instrument des Kapitals machen wollen.

6. Ein großer Teil der Konzeption der CGIL beschäftigt sich natürlich mit der eigenen Selbsteinschätzung, mit der Festlegung von Natur und Aufgaben der Gewerkschaft. Allgemein wird behauptet, daß die Gewerkschaften, die eindeutig von der marxistischen Tradition beeinflußt sind, sich als oppositionelle Gewerkschaften geben, als Gewerkschaften, die die sozio-ökonomische Ordnung insgesamt ablehnen und sie radikal zu überwinden versuchen. Natürlich unterläßt es die CGIL nicht, dort wo sie ihre Konzeption formuliert, starke oppositionelle Töne insofern anzuschlagen, als sie konstant Kritik an grundsätzlichen Aspekten des Systems übt und den einfachen defensiven Schutz der Arbeiter, ausgehend von ihren spezifischen Arbeitsbedingungen, als beschränkend ansieht. Trotzdem äußert die Konföderation - wie bereits gesehen wurde - keine eindeutige Einschätzung des für unser Land charakteristischen Gesellschaftssystems, sie identifiziert dieses nicht durchgehend mit dem Kapitalismus, sondern sie trifft Unterscheidungen, sie stellt sich nicht deutlich das Problem seiner Überwindung, sie wechselt von oppositionellen Verhaltensweisen zu häufigeren bloßen Protesthaltungen: d. h.

wir finden eine Reihe von punktuellen Protesten, aus denen sich keine alternative Argumentation zum System entwickeln läßt.
Natürlich läßt sich in der CGIL einstimmige, wenn auch nicht immer gleichmäßig entschiedene, Ablehnung trade-unionistischer Erfahrungen finden; sie läßt sich ungefähr so umreißen: 1) die Gewerkschaft ist keine Vereinigung vorwiegend zum Schutz der Mitglieder; 2) die Gewerkschaft kann nicht einem in Aktionen sich forcierenden Pragmatismus folgen, sondern sie muß eine grundsätzliche Linie haben; 3) die Gewerkschaft hat die Funktion, Klassenbewußtsein zur Reife zu bringen; 4) die Gewerkschaft enthält sich ständischer Reformen und versucht tendenziell, in ihren Aktivitäten alle Arbeiter zu vereinen; 5) die Gewerkschaft zielt darauf ab, die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu kontrollieren; 6) die Gewerkschaft beschränkt sich nicht auf unmittelbar erreichbare wirtschaftliche Ziele, sondern wendet sich mittelfristigen Zielen mehr allgemeiner (politischer) Art zu; 7) die Gewerkschaft ist verpflichtet, zu einer Einschätzung des politischen Systems zu kommen und selber zu intervenieren.
Trotzdem bedeutet die Kritik am Trade-Unionismus keine Ablehnung dieser Form von Erfahrung. Obwohl die CGIL sie qualitativ politisch überwindet, beabsichtigt sie, auch einen Teil der trade-unionistischen Konzeption in ihrem Innern zu integrieren und dabei die Erreichung unmittelbarer Ziele nicht abzulehnen (20). Die CGIL setzt daher ihren Aktivitäten keine präzisen und eindeutigen Ziele, da sich die Erfordernisse der Bewußtseinsbildung mit den Kämpfen um Forderungen überschneiden, so daß letztere gleichzeitig Ziel und Mittel sind, je nach dem Standpunkt, von dem die Untersuchung ausgeht.
Weiter unten werden wir uns die Selbsteinschätzung der CGIL hinsichtlich einiger zentraler Themen (Organisation, Verhandlungspolitik, etc.) ansehen. Was ihre Politik auf wirtschaftlichem Gebiet betrifft, so können wir schon jetzt drei ziemlich deutliche Tendenzen hervorheben. Die CGIL ist der Auffassung, daß ihre eigene Politik im wirtschaftlichen Bereich bereits Bedeutung an sich (also nicht nur instrumentale Bedeutung) habe und bestreitet implizit, daß der Wirtschaftskampf "Sisyphus-Arbeit" ohne die Möglichkeit von Erfolgen sei. Die CGIL gibt ihren Kämpfen eine allgemeine Stoßrichtung insofern, als sie eine Koordinierung auf ein allgemeines Ziel hin versucht: die wirtschaftliche Entwicklung des Landes (Wachstum der Ein-

kommen, sichere Beschäftigungsmöglichkeiten). Die CGIL versucht vor allem eine Bewegung zu sein, die den Arbeitsmarkt kontrolliert und organisiert, und geht dabei so weit, daß sie die einfache Festsetzung der Löhne durch den Kapitalisten abbaut, in dem sie autonome und alternative Kriterien für ihre Festsetzung bestimmt und verteidigt (21).
In diesen drei Punkten wird ein starker Wille deutlich, die Führungsrolle zu übernehmen. Die Gewerkschaft will sich in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung stellen; ohne die Gewerkschaft entwickelt sich die Wirtschaft nicht im positiven Sinne; die Gewerkschaft darf nicht unberücksichtigt bleiben. Ihre Aufgabe besteht nicht nur darin, wirtschaftliche Entscheidungen anzufechten und die Arbeiter vor negativen Auswirkungen zu schützen: sie besteht auch darin, die korrekten Lösungen der großen Probleme aufzuzeigen. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik ist die CGIL sehr darauf bedacht, sich während Protesthandlungen nicht isolieren und eingrenzen zu lassen, und sie fordert eine (zumindest autonome) Rolle bei der Ausarbeitung der Zielsetzungen.

7. Versuchen wir nun, diese summarische Analyse der Konzeption der CGIL in einer Reihe zusammenfassender Thesen festzuhalten.
1) Die CGIL lehnt das kapitalistische System tendenziell ab, spitzt ihre Kritik aber nur auf einige bezeichnende Punkte zu, wie z.B. auf die Form der Akkumulation des Kapitals. 2) Trotz Ablehnung des kriegerischen Nationalismus und Anerkennung des Friedens als Hauptziel, erkennt sie das Land (die Nation) als positiven Bezugsrahmen an. 3) Sie ficht nicht unmittelbar die Rechtmäßigkeit des Eigentums an Produktionsmitteln an, sondern nur einige seiner Formen und seine negativen Auswirkungen für die Arbeiter. 4) Sie kämpft gegen das Monopolsystem, indem sie es einmal als unkontrollierte Quelle gesellschaftlicher Macht und zum zweiten als Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung kritisiert. 5) Sie unterzieht den Imperialismus der kapitalistischen Mächte einer beharrlichen Kritik, indem sie sowohl die Schranken, die der Selbstbestimmung der Völker durch ihn gesetzt werden, als auch dessen schädliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes anprangert. 6) Sie betrachtet sich als Klassengewerkschaft und ist bestrebt, alle Werktätigen, auch Angehörige anderer Schichten als der der Arbeiterklasse, in ihre Aktivität miteinzubeziehen. Zu den Zielen der Gewerkschaft gehört es, die Entwicklung des Klassenbe-

wußtseins voranzutreiben. 7) Die Gewerkschaft geht zwar von der Fabrik aus, aber sie bietet keine Alternativen zur kapitalistischen Fabrik, sie liefert keine Einschätzung der Lage der Arbeiter in Begriffen wie "Entfremdung". 8) Weiterhin stellt die CGIL kein wirklich revolutionäres Geschehen explizit in Aussicht, sie bejaht vielmehr den gesellschaftlichen Konflikt als ständiges und legitimes Mittel zur Verbesserung der Bedingungen der Arbeiter und betrachtet den Kampf als ein Positivum an sich im Hinblick auf die Herausbildung von Klassenbewußtsein. 9) Die Institution Staat ist den Arbeitern nicht notwendigerweise feindlich gesinnt und nicht unbedingt Sprachrohr des Kapitals, sie kann vielmehr Schutz und Fortschritt darstellen; die Gewerkschaft übt daher Druck auf eine den Arbeitern günstige Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. 10) Die CGIL kann nicht als eine im eigentlichen Sinne oppositionelle Gewerkschaft angesehen werden: neben der Zielsetzung, das derzeitige System zu überwinden, macht sie bereits jetzt konkrete Möglichkeiten von Protest, Erfolg, sowie eigenen konstruktiven Beiträgen ausfindig. 11) Sie ist bestrebt, die trade-unionistische Erfahrung zu überwinden, insbesondere den Pragmatismus und den politischen Agnostizismus, die typisch für "konkurrierende" Gewerkschaftsbewegungen sind. 12) Die Gewerkschaft beschränkt sich nicht auf Protestfunktionen, sondern sie strebt eine führende Rolle im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß an, sie will den Arbeitsmarkt autonom organisieren; sie ist der Auffassung, daß der Wirtschaftskampf auch im derzeitigen System eine große Bedeutung und Aussicht auf Erfolg habe. 13) Die Gewerkschaft bürgt mit ihrer Anwesenheit für den Demokratisierungsprozeß des Systems, so wie er von der Verfassung umrissen ist und hat daher eine politische Funktion. 14) Die Gewerkschaft will alle Arbeiter als Arbeiter organisieren, unabhängig von vorgegebenen ideologischen Entscheidungen: sie ist selbst a-ideologisch.

8. Ausgehend von den vorangegangenen Überlegungen läßt sich festhalten, daß die Selbsteinschätzung und die Gesellschaftkonzeption, wie sie sich in der CGIL herausgebildet haben, in keinem ihrer heute vorherrschenden Grundzüge eine genaue Wiederaufnahme des Marxismus bedeutet. Wir finden aber, von einigen Punkten abgesehen, keine Entscheidungen, die im Widerspruch zur marxistischen Konzeption stehen; vielmehr lassen sich Schweigezonen, Leerstellen in der Diskussion feststellen, insbesondere in Bereichen, in denen die härtesten Auseinandersetzungen innerhalb der marxistischen Tradition ausgebrochen sind (z.B. das Verhältnis Reform - Revolution).

Obwohl es sicherlich nützlich ist, gewerkschaftliche Konzeptionen auf ihr Verhältnis zu den Grundzügen des Marxismus hin zu untersuchen, so muß man andererseits genau bedenken, daß es vom marxistischen Standpunkt aus widersprüchlich wäre, wenn eine Gewerkschaft die Konzeption vom Klassenkampf und von der Überwindung des Kapitalismus in ihrer Gesamtheit übernehmen oder sich ihr anschließen würde. Denn in der herrschenden marxistischen Tradition stellt die Gewerkschaft nur ein zwar wesentliches, aber nur vorbereitendes Moment dar im Prozeß der Herausbildung der Klasse, d.h. des organisierten revolutionären Proletariats. Die Gewerkschaft muß alle Arbeiter organisieren, sie kann daher nicht von ideologischen Prämissen ausgehen, die Ausschließlichkeitscharakter haben, und daher kann der Marxismus paradoxerweise keine marxistische Gewerkschaft wollen.
Interessanter ist, daß sich in der CGIL der Versuch und der Wille feststellen lassen, jene Art des Denk- und Erkenntnisprozesses zu verändern, wie er in den Bewegungen vorherrscht, die bei ihrem Handeln von einer globalen und präzisen Einschätzung des Gesellschaftlichen ausgehen: nämlich die deduktive Logik. Während anderswo die Marxisten (gleich anderen Handlungsträgern gebunden an anderweitige "globale" Richtlinien) handeln, indem sie sukzessiv Anpassungen an die Wirklichkeit von einem tendenziell allumfassenden Schema herleiten (und oft die Wirklichkeit dem Schema anpassen), verwandeln in der CGIL die Erfordernisse der Gewerkschaft dieses Verhalten zu einer "induktiven" Einstellung. Symptomatisch dafür scheint uns die Behauptung von A. Bonaccini zu sein: "Wir haben uns nicht mit Antworten gegenüber teils naiven, teils böswilligen und feindseligen Beobachtern aufgehalten, die uns auf unserem Weg fragten, ob wir für oder gegen das System seien; wir haben auch demjenigen kein Gewicht beigemessen, der nach summarischer Lektüre einiger Lehrbücher einer gewissen politischen Soziologie amerikanischer Prägung die Mystifikation von der pluralistischen Gesellschaft auf seine Fahne geschrieben hatte. Wir haben uns immer mit dem Wirtschaftssystem, so wie es ist und sich äußert, mit der italienischen Gesellschaft, so wie sie sich darstellt und zum Ausdruck bringt, konfrontiert, unter Berücksichtigung der Beziehungen zwischen den Klassen, durch die sie charakterisiert ist" (22).
Dieses ist offenkundig die Bedeutung des Begriffs "a-ideologisch", der oft angewandt wird, um die Gewerkschaft zu definieren. Eine etwas gründlichere Untersuchung zeigt uns, wie sehr Behauptungen

dieser Art in dem Maße täuschen können, in dem Analysen der Wirklichkeit ideologische Verzerrungen oft bereits im Verlauf des Erkenntnisprozesses aufdecken. In Bezug auf das, was uns interessiert, ist offensichtlich die Erklärung, und sei es auch nur eine Absichtserklärung von größter Bedeutung, das Ergebnis, das aus induktiv geführten Untersuchungen und aus den Beziehungen mit der Basis resultiert, apriorisch gesetzten Lösungsmöglichkeiten entgegenzustellen.

9. Wenn wir uns jetzt fragen, was sich an der Konzeption der CGIL verändert hat, wäre zu antworten, daß sich sehr viele Einschätzungen geändert haben, daß sich die Wahl der Mittel und der Kampfbereiche weitgehend verändert hat, daß sich z.B. ein allmähliches Anwachsen eines nicht nur instrumental orientierten Interesses für den Betrieb beobachten läßt. Trotzdem haben sich die grundlegenden Richtlinien, die vorrangigen Werturteile nicht verändert und behalten einen großen Einfluß auf das praktische Verhalten. Wesentlich gewandelt hat sich die Art der Kapitalismusperzeption. Die CGIL scheint sich überzeugt zu haben, daß die kapitalistische Wirtschaft, in der sie zu handeln hat, keine vorübergehende Ordnung darstellt, die innerhalb kürzester Zeit zum Zusammenbruch bestimmt ist, sondern daß es sich um eine zwar nicht endgültige, aber immerhin stabile und fest verwurzelte Situation handelt. Diese neue Art der Wahrnehmung, die gegen Mitte der 50-er Jahre herangereift ist, hat natürlich ein erhebliches Gewicht gehabt für die Bestimmung der gewerkschaftlichen Politik. Zum Abschluß dieser Darlegung einiger Wertentscheidungen, auf die sich die CGIL stützt, läßt sich behaupten, daß wir es mit einer Konzeption zu tun haben, der es nicht an latenten Widersprüchen mangelt und die gewiß sehr differenziert ist. Ihre Analyse führt zu einer nicht uninteressanten handlungsorientierten Einschätzung. Wenn sich heute neben der Konzeption der CGIL eine gewerkschaftliche und gesellschaftliche Alternativkonzeption auffinden ließe, die präziser, gradliniger, "richtiger" wäre, so käme den Differenzierungen und komplexen Aspekten der CGIL-Konzeption eine negative Rolle zu. Wenn wir dagegen, wie wir annehmen, in einer Phase des Suchens und des Wiederaufbaus der Gewerkschaftspolitik sind, dann müssen wir zugestehen, daß die derzeitige CGIL-Konzeption gerade wegen ihres relativ offenen Charakters aufnahmebereit und fähig erscheint, ihre Entwicklung an Forschungslinien zu orientieren, daß sie daher die Ausein-

andersetzung und den Vergleich mit anderen Konzeptionen und mit der Realität anderer Vereinigungen möglich macht.

Anmerkungen

(1) Auf den Kongressen wird Marx sehr selten direkt und meistens nur in Randbemerkungen zitiert.

(2) In einem kürzlich erschienenen Aufsatz (A. Forbice u. P. Favero: "I socialisti e il sindacato", Palazzi, Milano, 1968) wird die These vertreten, daß die Sozialisten einen eigenständigen Beitrag innerhalb der CGIL geleistet haben, daß sie eine unterschiedliche Position hinsichtlich ihrer Gewerkschaftskonzeption einnehmen. Abgesehen von einigen mehr sporadisch aufgetretenen Fällen und einigen Gesichtspunkten, die wir noch angeben werden, halten wir diese These nicht für vertretbar, jedenfalls nicht was die Gewerkschaftskonföderation insgesamt angeht, und auch nicht im Zusammenhang von Erklärungen mit einem Minimum an offiziellem Gewicht. Gewiß gab es in den letzten Jahren interne Meinungsverschiedenheiten in der Gewerkschaft, die die Parteizugehörigkeiten widerspiegelten. Sie ziehen aber fast nie die Grundkonzeption gewerkschaftlicher Politik in Mitleidenschaft, abgesehen von den internationalen Problemen, sondern berühren taktische Fragen und erscheinen nicht selten als offenkundige Übertragungen von Problemen der Partei in die Gewerkschaft. Gewiß haben viele Sozialisten zur Formulierung der Konzeption der CGIL stark beigetragen: ziemlich schwierig scheint uns jedoch zu sein, einen "spezifisch sozialistischen Gewerkschaftsbeitrag" isolieren zu wollen. Das gilt zumindest bis 1966. Abgesehen von wichtigen Diskussionsbeiträgen hat sich danach keine irgendwie neue Einschätzung der Rolle der CGIL herausgebildet.

(3) Vgl. beispielsweise die von Di Vittorio auf dem Kongreß von 1952 vorgetragene Analyse der italienischen Situation (III Congresso nazionale della CGIL, 1952, Bd. IV-V, Ed. sindacale italiana, p.22). Natürlich wird angesichts der wirtschaftlichen Macht von der ausschlaggebenden Kraft gesprochen, die aber immer anfechtbar und schlagbar ist aufgrund

der Widersprüche, die sie selbst produziert.

(4) Auch wenn damit schwerlich die Privatinitiative, abstrakt gesehen, verurteilt wird. Vgl. den vorsichtigen Ton des (von den Kommunisten vorgelegten) Antrags "Unità sindacale" und der sozialistischen Gewerkschaftsgruppe, der auf dem Einheitskongreß in Florenz (1947) vorgetragen wurde. "I congressi della CGIL", vol. II, pp.9 e 14.

(5) Ibidem, vol. VI, p. 438

(6) Neben dem stärker verbreiteten Begriff Land fehlen nicht Begriffe wie Nation oder Vaterland. Starke, wenn auch durch Forderungen gefilterte und rationalisierte patriotische Töne lassen sich in Beiträgen der wichtigsten leaders feststellen, von Di Vittorio (vgl. "Avanti, per una Italia più grande", ibidem, vol. IV-V, p. 49) bis zu Santi und Lizzadri.

(7) Vgl. das Referat von Di Vittorio auf dem Kongreß von 1952 (p. 12). "Depression und Krise entwickeln sich nicht in gleicher Weise in den großen, mittleren und kleinen Betrieben; die Monopolbetriebe sind vielmehr in der Lage, ihre Profite nicht nur im Verlauf der Krise, sondern auch auf Grund der Krise zu steigern. Sie beuten die Krise zu ihrem Vorteil aus. Die großen Industriebetriebe haben eine Monopolstellung hinsichtlich der nationalen, sowie der importierten Rohstoffe. Wenn Mangel an Rohstoffen herrscht, so schaffen sie es immer noch, sich welche auf Kosten der mittleren und kleinen Betriebe zu sichern"; und den Beitrag von Puccini (Congresso 1960, vol. VI, p. 68): "...nicht die Handwerker, die kleinen Unternehmer sind der Feind, den es zu schlagen gilt, sondern der gemeinsame Feind der kleinen Unternehmer, der Handwerker und der Arbeiter, den wir alle schlagen müssen, ist derjenige, der die Arbeiter und die produktiven Mittelschichten in den Städten und auf dem Lande ausbeutet und unterdrückt". Hier genau wird die Politik der ausgestreckten Hand gegenüber den Mittelschichten - mit einer polemischen Spitze gegenüber ouvrieristischen Tendenzen - deutlich.

(8) Vgl. das vor dem Kongreß entstandene Dokument, das am 18. April 1964 gebilligt worden ist, ibidem, vol. VII, p. 612: "Grundlage der Meinungsverschiedenheiten - die auch zu negativen Konsequenzen in der Durchführung der einzelnen Verhandlungen führen - bilden die Annahme oder Ablehnung des heute bestehenden Typs von Akkumulation ..."

(9) Di Vittorio (ibidem, vol. III, p. 13 ff.): "Aber seit dem ersten Weltkrieg, seitdem das kapitalistische Regime in die Phase des

Niedergangs, in seine Endphase eingetreten ist, in der die Herrschaft der 'trusts', der Monopole an die Stelle der freien Konkurrenz getreten ist, seit der Phase des Imperialismus also, ist das kapitalistische System nicht mehr in der Lage, irgendwo auf der Erde eine progressive Funktion auszuüben (...) Es kann nur noch Elend, Zerstörung, Verfall, Krieg hervorbringen". Santi (p. 62) über die Notwendigkeit von Strukturreformen: "...denn die Wirtschaftsstruktur entspricht in einem bestimmten Moment nicht mehr den Lebensinteressen der Gesellschaft, (...) und die Gesellschaft entwickelt sich nicht mehr, sie stagniert. Sie schafft keinen Wohlstand mehr, sondern Krise und Elend..."; und weiter oben: "Die bestehende Wirtschaftsstruktur muß reformiert werden, wenn wir leben wollen".

(10) Wie wir weiter unten noch betonen werden, hat die CGIL immer ihren Willen zum Ausdruck gebracht, eine führende Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung zu spielen. Während aber der Arbeitsplan von 1949 noch eine Alternative zum kapitalistischen Modell sein wollte, das man für absolut unfähig hielt, den Transformationsprozeß unserer Wirtschaft in Gang zu setzen, akzeptierte man nach '56, daß das System in Bewegung geraten ist und daß es bestimmte Ziele erreichen kann; die Kritik richtet sich nun eher auf die Mißverhältnisse und Ungleichheiten, die trotz der Entwicklung fortbestehen und sich noch verschärfen. Foa (ibd., Bd. VI, p. 103) will die Forderung als Moment des Protests innerhalb der Entwicklung verstanden wissen: "Und es liegt in der Natur dieser ungleichen kapitalistischen Entwicklung, daß ihre Rückwirkungen unmittelbar die materiellen Bedingungen der Arbeiter und damit die Voraussetzungen für die Strategie der Forderungen bestimmen". Das System selbst wird gewiß nicht akzeptiert, aber seine Ablehnung geht nicht mehr von seinem prognostizierten Zusammenbruch aus, sondern von den gesellschaftlichen Mißverhältnissen, die mit diesem Typ von Entwicklung verbunden sind. Positiv ausgedrückt versucht die Gewerkschaft, sich "mittelfristige" Ziele zu stecken. Vgl. den Beitrag von Scheda (ibd. Bd. VI, p. 218).

(11) Zum antimonopolistischen Kampf vgl. Santi "Il governo al servizio dei monopoli" (ibd. Bd. III, p. 74-75) bzw. Di Vittorio: "Suppersfruttamento e produttività del lavoro nell 'industria italiana ("Rinascita" 1951, p. 229-230); "La lotta contro i monopoli e il latifondo" (ibd. Bd. IV-V, p. 41-42). Hinsicht-

lich der Auswirkungen des Monopols vgl. den Bericht von S. Pessi (ibd. Bd. IV-V, p. 323 ff.), wo es u.a. heißt: "Für die gleiche Produkteneinheit hat der Arbeiter zunehmend weniger bekommen. Nur der kapitalistische Profit ist kontinuierlich gestiegen. Schon diese Angaben sind bezeichnend für die Natur der Monopolpolitik. Auch wenn sie von einer Zunahme der Investitionen und der Produktion begleitet wird, so bleibt ihr Ziel doch zwangsläufig die Realisierung des Maximums an Profit zu Lasten der Arbeiter, der anderen Unternehmen und der großen Masse der Konsumenten. Im Interesse dieser Ziele haben die großen Monopole ihre Investitionen fast immer auf bereits bestehende Fabriken konzentriert, ohne neue zu errichten...". Ebenfalls auf diesem Kongreß betonte Foa (p. 400): "Das Thema des antimonopolistischen Kampfes muß nicht nur als Thema eines allgemeinen politischen Kampfes hervorgehoben werden, sondern es muß sich ganz konkret an der innerbetrieblichen Wirklichkeit der Fabriken orientieren. Denn tatsächlich kann keine politische Aktion den Kampf innerhalb der monopolistischen Fabrik selbst ersetzen". Vgl. auch L. Lama "Novità nella politica e nella tattica dei sindacati operai", "Rinascita", N. 11, 1954. Novella (ibd., vol. VI, p. 34): "Das Monopolunternehmen ist sozusagen keine 'Kathedrale in der Wüste'. Es organisiert um sich herum die kleinen und mittleren Unternehmen und versucht deren Entwicklung zu bestimmen. Es verbindet sich mit alten und neuen Formen der kapitalistischen Organisation des Industrie- und Agrarmarktes. Es zeigt die Tendenz, die Organisation des öffentlichen Haushalts und die unterschiedlichsten Formen des Staatskapitalismus zu durchdringen und sich mit ihnen zu verquicken, die öffentlichen Dienstleistungen, die Berufsausbildung, das Schulwesen zu kontrollieren und seiner Politik unterzuordnen". Die Diskussion bekommt eine strategische Dimension in dem Beitrag von B. Trentin (p. 220-227), mit dem Vorschlag einer organischen Auffächerung der Kämpfe.

(12) L. Lama (ibd. Bd. VII, p.34) vertritt eine verbreitete Auffassung, wenn er behauptet: "Die Arbeiterklasse bildet die Basis unserer Organisation". Die Repräsentations- und Schutzfunktion bekommt eine klare theoretische Begründung von A. Tatò: "Ordinare la struttura della retribuzione-secondo la logica e i fini del sindacato" (in "Politica ed economia", 1961, n.2-3). Einer kritischen Analyse hingegen wird das Verhältnis Gewerkschaft-Klasse in den "Quaderni rossi" unterzogen (V. Foa,

"Gewerkschaft und kapitalistische Entwicklung", in diesem Bd. S.81; V. Rieser, "Definizione di settore in una prospettiva politica", n. 1, 1961). Von dieser Perspektive aus gesehen, deren Grundlagen sehr kontrovers sind, (P. Santi, "Fabbrica e società nei 'Quaderni rossi'", in "Critica marxista", n. 1, 1963) bringen die gewerkschaftlichen Aktionen nicht notwendigerweise die Möglichkeiten der Klasse zum Ausdruck, Protesthaltungen einzunehmen. Denn sie können sich sehr stark unterhalb des Konfliktpegels ansiedeln, und sie können sogar das Risiko laufen, die Klasse zu spalten und zu schwächen.

(13) "I congressi della CGIL", a.a.O., Bd. VII, p. 23.

(14) Deutlich wird diese Tendenz, wenn es darum geht, Bereich und Dimension der Forderungen zu bestimmen. In einer ersten Phase versuchte man einfach zu verallgemeinern, nach '56 versucht man das subjektiv (auf Gruppen- oder Betriebsebene) empfundene Interesse mit dem einer Situation objektiv zuschreibbare Interesse zu verbinden. Von daher das Bestreben, Kämpfe auf Branchenebene anzusetzen oder die Auseinandersetzungen so zu führen, daß bedeutsame Beziehungen zwischen den Branchen aufgenommen werden. Vgl. den Beitrag von B. Trentin auf dem Kongreß von 1960 (ibd. Bd. VI, p. 220) und den von G. Sclavi auf dem Kongreß von '65 (ibd., Bd. VII, p. 163).

(15) Das Thema Fabrik wird in der politischen Diskussion der Gewerkschaft auf drei unterschiedlichen Ebenen behandelt. Vorwiegend organisatorisch auf der Verhandlungsebene und damit strategisch; in zweiter Linie von der Lage der Arbeiter her; drittens notwendigerweise als Machtproblem. Für die erste Ebene bedeuten die Jahre '55 - '56 - '57 einen Umschwung, der vom Kongreß 1960 voll bestätigt wird: wenn bis dahin die Tendenz bestand, allgemeine und notwendigerweise undifferenzierte Aktionen zu planen, setzt sich nun die These der artikulierten Kampfführung und der von der Fabrik ausgehenden Neuorganisierung durch. Vgl. zum Umschwung, den unter anderem Di Vittorio hervorzurufen verstand, die Resolution des Führungskomitees (26.-28.April 1955), insbes. Punkt III. Vgl. auch die Beiträge von S.Paonni, zugunsten artikulierter Aktionen ("Notiziario CGIL" 3-9-55), und von L.Lama (Il"nuovo" nella politica aziendale della CGIL, "Rassegna sindacale", n. 4, 1956), während der Beitrag von C. Maglietta eine eindeutig umgekehrte Stoßrichtung hat: "Le trattative a livello azienda-

le", in "Notiziario CGIL", September 1955. Santi entwickelt auf dem Kongreß von 1956 eine eingehende Selbstkritik (p. 376-377). 1960 erreicht das Interesse für den Betrieb als strategisches Moment und als Bereich von Veränderungen seinen Kulminationspunkt. (Vgl. aber auch den Kongreß der FIOM in Rimini vom März '64, der wesentlich für diese Aspekte ist). Trotzdem bleibt die Fabrik für den größten Teil der Funktionäre auch nach dem Umschwung nicht das Endziel, sondern die Gewerkschaft muß sich notwendigerweise im Bereich des Arbeitsmarktes behaupten; die Gewerkschaft ist nicht im Betrieb und aus dem Betrieb heraus entstanden, betont A. Tatò ("Lavoratori e sindacati di fronte alle trasformazioni del processo produttivo", a.a.O., Bd. II, p. 319ff.; ebenfalls von Tatò s. auch "Il nostro biglietto da visita di sindacato", in "Rassegna sindacale", 1963, n. 23, p.3). Was die Lage des Arbeiters im Betrieb betrifft, so steht sie natürlich im Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Interesses, sie wird aber in marxistisch orientierter Terminologie weder untersucht noch dargestellt. Von entfremdender Arbeit spricht eindeutig der Studentenführer Andrea Margheri auf dem Kongreß von 1960 (Bd. VI, p. 430). Die Lage der Arbeiterklasse wird von dem Begriff der Überausbeutung ausgehend untersucht (vgl. die klare Darstellung von G. Di Vittorio "Supersfruttamento e produttività del lavoro nell' industria italiana", in "Rinascita", 1951): d.i. der Zuwachs an absolutem Mehrwert, den der Kapitalist nicht mit Hilfe von technischen Veränderungen erreicht, sondern durch Steigerung der Dauer und der Intensität der Arbeit bei gleichzeitiger Verletzung der Sozialgesetzgebung, bzw. durch den Rückgriff auf Heimarbeit oder durch die Praxis der Auftragsvergabe. Man muß zu den Kongressen der Berufsgruppen zurückkehren, wo sich eine ziemlich hohe Beteiligung von Betriebskadern feststellen läßt, um stärker empirische Darstellungen der Arbeiterwirklichkeit in der Fabrik zu finden. Was die Fabrik als Machtproblem betrifft, so gibt es vereinzelte Beiträge und z.T. polemische Äußerungen zur Verteidigung der Verwaltungsräte, die von der CGIL nicht immer voll getragen wurden. Vgl. den wirklich umfassenden Beitrag von G. Castagno auf dem Kongreß von 1949 (Bd. III, p. 152-156), während Santi in seinem Referat (p. 73-74) zwar die politischen Mängel zugibt, es aber nur in einem Stadium der Nationalisierung für möglich hält, daß die Räte wirklich funktionieren können, mit der Aufgabe, den unvermeidbaren Bürokratisierungsprozessen

entgegenzuwirken. T. Noce (p. 186-187) schreibt den Räten vorwiegend Informations- und Kontrollaufgaben zu. Nach 1949 hat eigentlich nur Foa die Frage der Macht und der direkten Eingriffe in den Akkumulationsprozeß immer wieder aufgenommen.

(16) Die CGIL ist immer eindeutig anti-luddistisch*eingestellt gewesen (in Übereinstimmung mit der marxistischen Tradition), aber während eines bestimmten Zeitraums hat sie das "Neue" an den Veränderungen nicht gesehen und liefert jetzt Rückzugsgefechte (der Arbeitsplan als Kampf von Arbeitslosen, so sehen es Lama und Trentin zu unterschiedlichen Zeitpunkten). Von den Beiträgen, die bezeichnend sind für eine anders geartete Einstellung, verweisen wir auf V. Foa und B. Trentin, "Die Politik der Forderungen der CGIL seit 1945",(in: V.Foa/ B.Trentin, "Lavoratori e sindacati di fronte alle trasformazioni del processo produttivo", Mailand 1962 (in diesem Band S.36) und B.Trentin, "Le trasformazioni tecnologiche e l'autonomia rivendicativa e contrattuale del sindacato nell' azienda",ebd. Später dann ist die Konferenz der Großbetriebe, Modena 1963 von größter Wichtigkeit. (Vgl. die "Atti" in dem gleichnamigen Band der Editrice sindacale italiana, Roma 1964).

(17) Vgl. "I congressi della CGIL", a.a.O., Bd. III, p. 134.

(18) Vgl. den regierungsfreundlichen Vorschlag der CGIL auf dem Kongreß von 1952 (bd. IV-V, p. 42) und die Erklärung von Di Vittorio gegenüber "Ansa" zum Vanoni-Plan, in "Rassegna sindacale", n. 12, 1956.

(19) Bezeichnend sind die zahlreichen Beiträge zur Politik der IRI-Betriebe.

(20) Solange die Gewerkschaftsbewegung alter Prägung noch nicht überwunden ist, muß die CGIL auch die entsprechenden Ansprüche befriedigen können. (Vgl. M. Montagnana, "I compiti del movimento sindacale nell'attuale periodo" in "Rinascita", n. 6, 1952)

(21) A. Tatò hat wohl präzis dieses Verhalten theoretisiert, ausgehend von der Berufsproblematik.

(22) "I congressi della CGIL", a.a.O.,Bd.VII, p.443.

---

* von Luddismus = Maschinenstürmerei; der Engländer Ludd war Anführer der Luddistenbewegung zu Beginn des 19. Jhds.

KONZEPTIONEN UND GESELLSCHAFTLICHE STELLUNG DER CISL (1962/63)

1. Wert und Bedeutung des Gründungsaktes und der ersten richtungsweisenden Dokumente.

Zur Entstehung der CISL (Confederazione italiana sindacati lavoratori) kommt es, nachdem in der unmittelbaren Nachkriegszeit versuchsweise eine Einheitsgewerkschaft ins Leben gerufen worden war. Der Gründungsakt, der am 30. April 1950 in Rom zustande kam, ist "der Pakt zur Vereinigung der demokratisch gesinnten gewerkschaftlichen Kräfte". Bereits in diesem ersten Dokument werden die Gründe sichtbar, die zur Konstituierung der neuen Organisation geführt haben, und unschwer lassen sich diese auf jene Grundwerte zurückführen, die, wie jedermann weiß, bei der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ihre Bewährungsprobe bestanden haben. In dem Pakt wird zuallererst die grundsätzliche Entscheidung (Artikel 1 und 2) zwischen einer an politische Parteien gebundenen Gewerkschaft und einer Gewerkschaft, die von jeder Bindung an politische oder ideologische Strömungen frei ist, zugunsten letzterer getroffen.

Diese Aussage ist sowohl vom prinzipiellen als auch vom historischen Gesichtspunkt von Bedeutung. Vom prinzipiellen, denn damit kehrt unsere Gewerkschaft zu dem zurück, was der wirkliche Ausgangspunkt der Gewerkschaftsbewegung ist: eine spontane Vereinigung, frei von jenen Fesseln, die, speziell auf dem europäischen Kontinent, die Gewerkschaft an die politische Führung der Parteien gebunden haben. Aber auch vom historischen Gesichtspunkt aus ist dies von Bedeutung: finden sich doch in der Gewerkschaft Gruppen, die bereits vorher organisiert waren, bzw. unterschiedliche ideologische Strömungen zusammen; damit kommt einerseits zum Ausdruck, daß der Hauptgrund für den Zusammenschluß in den unmittelbaren gewerkschaftlichen Interessen selbst liegt; andererseits wird die europäische Erfahrung um diesen Typus von Gewerkschaft erweitert. Jedoch sollte diese Loslösung von politischen Ideologien und Parteien nicht eine Isolierung der Gewerkschaft und ein Sichbescheiden mit ausschließlich sektorialen Interessen bedeuten. Es hat sich jedenfalls gezeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung - dies gilt für die Tarifverhandlungen auf den britischen Inseln wie für die ideologischen Auseinandersetzungen auf dem europäischen Kontinent - angesichts einer neuen wirtschaftlich-politischen Lage das Ghetto der rein betrieblichen und kategorialen Betätigung verlassen hat, um im weiteren Felde der Wirtschaftspolitik der verschiedenen natio-

nalen Systeme tätig zu werden.
Im Gründungsakt bekennt man sich ausdrücklich zu dieser Entwicklungstendenz; es wird zwar "an der Autonomie der Einzelgewerkschaft" festgehalten, allerdings soll diese "unter Berücksichtigung der sozialen Solidarität und der allgemeinen Erfordernisse des Landes ausgeübt werden" (Artikel 2). Die CISL legt sich auch ein neues internationales Selbstverständnis zugrunde: dieses hatte sich gerade infolge des 2. Weltkrieges als unaufschiebbare Notwendigkeit erwiesen, um einer Überwindung der größten ökonomischen und sozialen Probleme näherzukommen. Die neue Vereinigung hat folgende Punkte (Art. 4, S. 5 u. 6) in ihr Programm aufgenommen: die wirtschaftliche Solidarität zwischen den Völkern zu verstärken; die Freizügigkeit der Arbeitskraft zu erreichen; Beziehungen solidarischer Zusammenarbeit mit den demokratischen Gewerkschaftsorganisationen anderer Länder anzustreben.
Nach dieser Charakterisierung der neuen Gewerkschaft werden im Gründungsakt die beiden zur Zeit der Konstituierung größten Anliegen angesprochen. Es sind dies zwei Anliegen, die sich kontinuierlich in allen gewerkschaftlichen Kämpfen seit der Entstehung des Syndikalismus wiederfinden: die Achtung vor der Menschenwürde des Arbeiters auf der einen Seite, zum andern die Überwindung der Bedingungen, welche den Arbeiter der Gesellschaft und dem Staat entfremdet haben. Diese beiden Anliegen besaßen für unser Land eine noch größere Aktualität, denn es hatte gerade die Erfahrung eines totalitären Staates gemacht. Nicht nur die Arbeiter waren ihrer Freiheit beraubt worden, sondern darüber hinaus wurden die Gewerkschaften zur Kollaboration mit dem Staat gezwungen; dies alles trug dazu bei, daß die Arbeiter nicht mehr an verantwortliche Eigeninitiative gewöhnt waren.
Ausgehend von diesen beiden Anliegen, sind im Gründungsakt eine Reihe von Zielen angegeben, die verfolgt werden sollen: angefangen beim Recht auf Arbeit und bei der Erhöhung des Lebensstandards bis zum Recht auf Vertretung der Arbeiter in den öffentlichen Institutionen; vom Recht auf freien Zusammenschluß und von der Kontrolle über den Produktionsprozeß bis hin zum Recht auf Bildung und auf individuelle und familiale Freiheit. Wie man sieht, sind dies Zielvorstellungen, mit denen alte und neue Forderungen des Proletariats wiederbelebt werden. Sie alle laufen auf das eine Hauptziel hinaus: mit Hilfe der Gewerkschaft den Arbeiter vom Objekt zum Subjekt des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens werden zu lassen.
Noch feierlicher und ausdrücklicher werden diese Ziele im Verbandsstatut der Organisation bekräftigt (Kap. 1, Grundsätze und

Ziele). Einerseits wurde erklärt, daß die Gewerkschaft frei von jeder ideologischen Unterordnung sei, andererseits war es nötig klarzustellen, daß diese Unabhängigkeit nicht mit Gleichgültigkeit gegenüber jeder Form oder jedem Typus von Gesellschaft zu verwechseln sei. Ganz im Gegenteil, denn die Voraussetzung für den Zusammenschluß von Arbeitern unterschiedlicher politischer Orientierung besteht gerade darin, daß ihre Vorstellungen über die inhaltliche Gestaltung der Gewerkschaftspolitik auf einer gemeinsamen Basis beruhen, so daß in dieser Vereinigung niemand sich zur völligen bzw. teilweisen Aufgabe seiner Ideale gezwungen sieht. Mit der gemeinsamen Basis ist im Artikel 2 des Statuts ganz klar die pluralistische Gesellschaftskonzeption gemeint; sie wird als diejenige Gesellschaftskonzeption bestimmt, derzufolge sich "eine natürliche Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit über die Zugehörigkeit zu verschiedenen gesellschaftlichen Vereinigungen vollzieht und die deshalb daran festhält, daß die Achtung der Bedürfnisse des Individuums richtungsweisend sein muß für Staat und Gesellschaft".
Die CISL akzeptiert also die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung: denn die demokratische Staatsform kommt in ihrer jetzigen historischen Ausprägung der pluralistischen Gesellschaft am nächsten und ist damit am ehesten geeignet, jene Freiheitsräume, die der gesellschaftliche Pluralismus den Personen und Gruppen bietet, zu gewährleisten. Aber diese Akzeptierung der bestehenden Ordnung - hier reiht sich die CISL in die früheren Aktivitäten des demokratischen Syndikalismus ein - geschieht mit der erklärten (und deswegen gegenüber den anderen Gruppen auch fairen) Absicht, sich für eine Veränderung einzusetzen, und zwar zum Vorteil der Arbeiter. Außerdem ist eine pluralistische Gesellschaft stets von sich aus fortschrittlich eingestellt und für Neuerungen empfänglich: die Gewerkschaft übernimmt dabei ihre legitime Aufgabe, den Fortschritt zu beschleunigen und voranzutreiben.
Aber wie soll man diese Veränderungen verwirklichen? Den Grundsatzentscheidungen entsprechend, müssen gerade die Arbeiter, die der neuen Organisation beigetreten sind, die Urheber dieser Veränderungen sein und dürfen das, wobei es auf ihre Initiative ankommt, weder den politischen Parteien, noch dem Staat, noch anderen Vereinigungen oder Gruppen überlassen. Es ist wohl auch kein anderer Weg abzusehen, der die Achtung vor dem Menschen und die persönliche Entfaltung des Arbeiters gewährleisten könnte. Nicht der Paternalismus: dieser wirkt sich in der Beziehung Unternehmer-Arbeiter so aus, daß der letztere in einem Zustand der Unterlegenheit und Unterwerfung gehalten wird. Auch die Sozialgesetzgebung kann

dies nicht leisten, und gar nicht so sehr wegen der häufig beklagten Tatsache, daß sie nicht angewendet wird. Es ist doch so, daß die Arbeiter nach dem Gesetzgeber rufen, um ihrer eigenen Schwäche abzuhelfen; die Gesetzgebung beseitigt daher nicht eine Situation der Unterlegenheit, sondern verstärkt und perpetuiert sie. "Das Individuum muß sich seiner bewußt werden und sich bei anderen Respekt verschaffen" (1). Aber erst die Gewerkschaft eröffnet dem Arbeiter diese Perspektive. Solange er isoliert dasteht, unterliegt er weitgehend, wenn er sich aber organisiert, dann wird er wer, dann beginnt man auf seine Stimme zu hören: allein die Gewerkschaft verschafft ihm die Chance, als Person respektiert zu werden.

Das Statut geht von dem "freiwilligen und spontanen Beitritt der Arbeiter" zur neuen Organisation aus. Die Durchschlagskraft der Organisation bestimmt sich aus der Solidarität: nur diese Kraft kann dem Arbeiter eine wirkliche Anerkennung seiner Person verschaffen. Nicht die Prämien und Zugeständnisse sind ausschlaggebend, viel wichtiger ist es für den Arbeiter, als Mensch behandelt zu werden und an den Entscheidungen teilhaben zu können; die Gewerkschaft sorgt dafür, daß nicht am Arbeiter vorbei entschieden wird. Das ist der Entwicklungsgang der Demokratie.
Man merkt sofort, daß dies, gemessen an den italienischen Verhältnissen, ein neuer Weg ist. die ersten Dokumente, die von den Organen der CISL verabschiedet wurden, sind ein Ausdruck dieser Realität. Ohne an dieser Stelle eine Analyse, die später geleistet werden soll, vorwegzunehmen, können wir zusammenfassend feststellen: in der Zeit des Risorgimento* wurde die Gewerkschaft nicht als natürliches Element innerhalb der Gesellschaft bzw. des Staates akzeptiert; nachdem sie später doch Fuß gefaßt hatte, nimmt die Entwicklung des Syndikalismus folgenden Verlauf: von der Gewerkschaft marxistischer Prägung gelangt man über ideologisch ausgerichtete Organisationen zum Faschismus, der die Gewerkschaft in ein Instrument des Staates umformt. Bei allen genannten historischen Erfahrungen entdeckt man eine natürliche Bevorzugung der Gesetzgebung gegenüber dem Weg der Tarifverhandlungen als Mittel zur Lösung der sozialen Probleme und Konflikte: dadurch nimmt der Staat in seinem Verhältnis zur Arbeiterklasse paternalistische Züge an. In einem solchen Rahmen, in dem die politischen Lösungen überwiegen, blieb die Vorrangstellung der Parteien in allen Fragen lange Zeit unangetastet: das Verhältnis von Gewerkschaft und Partei war schwierig und spannungsreich, und zwar wegen des Anspruchs der Parteien, die Gewerkschaft zu ihrem Instrument zu degradieren.

* nationale Einigungsbewegung in Italien in der 2. Hälfte des 19. Jh.

Die Unternehmer ihrerseits haben stets aus Gründen, die teils in der kulturellen Tradition, teils in ihrer Reaktion auf den Klassenkampf oder in der Verteidigung der Privilegien zu suchen sind, in ihrer großen Mehrzahl die Möglichkeit der Tarifverhandlungen ausgeschlossen bzw. sie umgangen; sie bevorzugten eindeutig den Weg der Bevormundung, der individuellen Abmachungen bzw. der Zugeständnisse. Obwohl ein bestimmtes Maß an demokratischen Freiheiten und ein bestimmtes Niveau in der sogenannten Sozialgesetzgebung erreicht worden ist, kennt die italienische Geschichte, von sporadischen Ausnahmen abgesehen, keine wirkliche pluralistische Dynamik, innerhalb derer die wirtschaftlichen Gruppen und der Staat sich um kontinuierliche fortschrittliche Lösungen bemühen. Es ist bekannt, daß ganz im Gegenteil stets entweder die radikale oder die konservative Richtung, beide gegenüber totalitären Experimenten nicht abgeneigt, die Überhand hatte. Die italienischen Arbeiter, die alle diese genannten Erfahrungen und Tendenzen am eigenen Leibe miterlebt haben, hatten bisher keine Gelegenheit, die Erfahrung einer autonomen Organisation zu machen, die ihre Entscheidungen selbst trifft und die nötigen Veränderungen im Sinne der Tarifverhandlungen in die Wege leitet.
Wenn daher im Artikel 2 des Statuts, mit dem wir uns gerade auseinandersetzen, die Aussage gemacht wird, daß die CISL mittels der Eigeninitiative der Arbeiter und durch "die freie Ausübung gewerkschaftlicher Aktionen" wirksam werden will, so führt sie damit in die italienische Sozialstruktur ein Element ein, das weder selbstverständlich noch unbestritten ist: sie vollzieht damit einen Bruch, sowohl was die Beziehungen der gesellschaftlichen Gruppen untereinander bzw. in ihrem Verhältnis zum Staat angeht als auch gegenüber der gewerkschaftlichen Tradition selber.

2. Charakteristika und Aufgaben der Gewerkschaft

Wenn wir nun, ausgehend von den soeben analysierten Grundsatzdokumenten, die eigentlichen Grundzüge der CISL als demokratischer Gewerkschaft kennzeichnen wollen, dann besteht wohl kein Zweifel, daß ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit den weitaus wichtigsten Charakterzug darstellt (vom prinzipiellen wie vom historischen Gesichtspunkt aus). Die Gewerkschaft ist eine der wichtigsten Vermittlungsinstanzen in einer pluralistischen Gesellschaft. Wenn diese Vereinigung in ihrer Autonomie bedroht wird, dann wird sie die Ziele, die sie ins Auge faßt, nicht mehr allein bestimmen

können; dies gilt für die Wahl der Mittel, für die Personen, die sie vereinigen möchte, die Organisation, die sie sich geben will. Sie hört sozusagen auf, eine selbständige Vermittlungsinstanz zu sein, um das Anhängsel anderer Gruppen zu werden, ein Glied innerhalb einer anderen Organisation. Sie hinterläßt ein Vakuum, das alsbald von anderen aufgefüllt wird: konkurrierende Gruppen oder der Staat werden sich sofort breitmachen. Eine Vereinigung ist entweder autonom oder ist es nicht; oder - schlimmer noch - sie stellt eine Scheinorganisation dar: die Leute treten in gutem Glauben formal einer bestimmten Vereinigung bei, in Wirklichkeit treten sie aber einer anderen bei, die sich der ihren bemächtigt hat. (Man kann sich dies unschwer vorstellen. Nehmen wir an, ein Gewerkschaftsführer hätte in hinterlistiger Weise seine Gewerkschaft den Interessen eines Unternehmers dienstbar gemacht. Der Arbeiter wird zwar noch immer einer Organisation beitreten, die sich für ihn einsetzen sollte; in Wirklichkeit aber wird er hinter dem Schleier der Gewerkschaft für die Interessen und Machtansprüche der Unternehmergruppe mißbraucht, die sich seiner Organisation bemächtigt hat). Auf diese Weise würde der Existenzgrund der Gewerkschaft - nämlich eine Verbindung zwischen Arbeiter und Gesellschaft herzustellen - wegfallen. Diese Verbindung findet ihren Ausdruck im Tarifvertrag: aber gerade der Tarifvertrag setzt die Autonomie der Parteien voraus, sonst ist es kein Vertrag. Und weil gerade durch dieses Vertragsverhältnis, das erst über die Gewerkschaft möglich wird, konkret die Achtung vor der Menschenwürde des Arbeiters durchgesetzt wird, wird die Unnachgiebigkeit der CISL bei der Verteidigung der Autonomie verständlich: hier steht ein Einsatz auf dem Spiel, für den das Proletariat seit jeher gekämpft und gelitten hat, ein zu hoher Einsatz, als daß man ihn wegen einiger illusorischer Vorteile, die unmittelbar erreichbar scheinen, fallen lassen könnte.

Andererseits kann die italienische Gesellschaft - historisch betrachtet - heute drei mögliche Wege einschlagen. Ein Weg führt zu der vom Kommunismus propagierten Gesellschaftsordnung. Der Weg dorthin wird durch eine Gewerkschaft, die Instrument, Transmissionsriemen des von politischen Parteien bestimmten strategischen Konzepts ist, geebnet. Ein zweiter Weg ließe sich als der konservative bezeichnen. Er knüpft an bestimmte traditionelle Vorstellungen an, die wir schon erwähnt haben, und strebt eine Perpetuierung der formalen Demokratie an, in der die bekannten Unterschiede bestehen bleiben. Dabei können die Gruppen, welche über die (wirtschaftlich-politische) Macht verfügen, auch zu partiellen Zugeständnissen bereit

sein, um die bestehende Ordnung nicht übermäßig zu gefährden, aber stets unter der Bedingung, daß die Aktivitäten der anderen Gruppen strikt durch Gesetze geregelt werden. Wo dieser Weg eingeschlagen wird, dort wird die Gewerkschaft de facto ignoriert, ihre Autonomie sehr stark beschränkt, und ihre Mitglieder werden in ihrer Loyalität eingeschüchtert. Dieser Weg - man muß sich dies stets vor Augen halten - führt dann zur Diktatur, wenn keine Alternative vorhanden ist.

Es gibt aber noch einen dritten Weg, den wir als den Weg einer modernen demokratischen Industriegesellschaft bezeichnen möchten. Hier wird die Gewerkschaft als natürliche Komponente der Sozialstruktur akzeptiert, innerhalb derer sie ihre Tarifpolitik ausüben kann. Es steht allerdings außer Zweifel, daß das bestehende Gleichgewicht durch die Dynamik der konkurrierenden Gruppen vor allem am Anfang bedeutenden Erschütterungen ausgesetzt ist; aber gerade die darauffolgende schrittweise Neuordnung ermöglicht einen allgemeinen Fortschritt, in einem Klima, das man als sozialen Frieden zu bezeichnen pflegt. Die Autonomie der Gewerkschaft stellt hier die Grundlage für die fortschreitende Entwicklung der Gesellschaft dar.

Aber selbst bei isolierter Betrachtung der gewerkschaftlichen Organisation, ist die Autonomie eine unerläßliche Voraussetzung für die Durchsetzung der in den Gründungsakten postulierten Charakteristika. Wie sollte es möglich sein, daß Arbeiter unterschiedlicher politischer Anschauungen einer gemeinsamen Organisation beitreten, wenn diese sich nicht, theoretisch und praktisch, völlig autonom gegenüber jeder politisch-ideologischen Richtung verhielte? Gerade hierin liegt der Grund für das aufsehenerregende Scheitern des Versuchs der Einheitsgewerkschaft nach dem 2. Weltkrieg; und aus demselben Grund kam es dort, wo die neue Gewerkschaft, die zwar formal, nicht aber inhaltlich autonom war, gegründet wurde, zu fortwährenden Krisen und Abspaltungen. Und wie wäre es angesichts der Existenz mehrerer konkurrierender Gewerkschaften möglich, Einheitsaktionen zu beschließen, ohne dabei in anderen Gewerkschaftsorganisationen aufzugehen, wenn man nicht autonom wäre? Man denke auch an den demokratischen Charakter.

Die innere Demokratie, Voraussetzung für die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten und für die Wahl der Gewerkschaftsführer, ist dann nicht gegeben, wenn die Vereinigung Beeinflussungen von außen aufnimmt oder ihnen erliegt. Wenn eine Vereinigung nicht imstande ist, ihre Aktionen selbständig und unabhängig zu bestimmen, dann bedeutet dies für das demokratische Handeln, daß es

entweder zu Zusammenstößen auf dem Weg zum Kommunismus oder zu Zusammenstößen auf dem Wege zum Konservativismus kommt. Schließlich kann die Gewerkschaft - wie schon erwähnt - auch in bezug auf die Tarifverhandlungen nicht zu einer eigenen Willensbildung kommen, wenn ihr das Moment der Selbständigkeit und Unabhängigkeit fehlt. Man denke daran, daß bestimmte Arbeiter immer noch gesetzliche Regelungen bevorzugen, da sie von ganz anderen Vorstellungen - nämlich dem Verzicht auf Tarifpartnerschaft - über die Beziehungen zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen bzw. dieser Gruppierungen untereinander ausgehen. Man erinnere sich auch daran, wie sich die Haltung vieler Unternehmer gegenüber der CISL verändert hat. Diese waren davon ausgegangen, daß die Spaltung von 1948 - die neue Gewerkschaft hatte damit eine entschiedene Abkehr vom kommunistischen Weg vollzogen - automatisch eine Hinwendung der neuen Organisation zum aufgeklärten Konservatismus bedeuten würde; die Unternehmer hätten sie auf diesem Wege liebend gerne aufgenommen. Aber als einmal feststand, daß der von der CISL eingeschlagene Weg jener einer modernen industriellen Demokratie war, begann man, die Autonomie der CISL aufs härteste zu attackieren, was auch heute noch ständig auf verschiedenste Art und Weise von diesen Kreisen versucht wird.

3. Gewerkschaft und Ideologien

Wir wollen nur kurz einige Aspekte dieser Autonomie analysieren, vor allem ihre Auswirkungen auf die konkrete Arbeit und die Aktionen der Gewerkschaft. ...

Wir leben in einer geschichtlichen Epoche, in der es den Anschein hat, als sei die Menschheit in zwei Gesellschaftsordnungen gespalten. Die eine wendet sich von jeder früheren Tradition ab und möchte die natürliche, soziale und geistige Lebensgestaltung aller Völker in einer einzigen politischen Ordnung vereinheitlichen; sie schließt sich eng an Theorien und Prinzipien an, die, ihren Theoretikern zufolge, die Grundlage für die letzte Evolutionsphase des marxistischen Sozialismus, d.h. den Kommunismus, darstellen. Die andere hingegen geht von der Gesamtheit der Errungenschaften, die im Laufe der Menschheitsgeschichte auf allen Gebieten vollbracht worden sind, aus und strebt seine Realisierung über eine Vielfalt von kulturellen Strömungen und sozialen Ordnungen an, zu deren Fortschritt Individuen und Vereinigungen in freier Entscheidung und Orientie-

rung ihren Beitrag leisten. Niemand, schon gar nicht eine gesellschaftliche Gruppierung, kann gegenüber der Notwendigkeit einer Entscheidung zwischen diesen beiden Gesellschaftskonzeptionen gleichgültig verharren: auch die CISL konnte einer solchen Entscheidung nicht ausweichen. Sie hat deutlich ihre Orientierung zugunsten der sich auf Freiheit gründenden Gesellschaftsordnung vorgenommen, was einer Absage an die kommunistische Zivilisationsform gleichkam. Aber nun kommt erst das eigentliche Problem zum Vorschein. Gerade weil die CISL ihre Entscheidung zugunsten der freiheitlichen Gesellschaftsordnung ausgesprochen hat, muß sie eine Reihe von Problemen in Angriff nehmen und lösen, die sich einer kommunistisch beherrschten Gesellschaft gar nicht stellen würden, weil dort die Position und die Aufgaben der Gewerkschaft im vorhinein klar definiert wären.
Innerhalb dieser Gesellschaftsordnung leistet die Gewerkschaftsbewegung, wie jede andere Bewegung auch, ihren Beitrag zur Entstehung und Erweiterung der Vorstellungen, die die Arbeit, den Arbeiter, ihre Bedeutung, ihr Verhältnis zueinander und ihre Entwicklung betreffen. Der auf diesem Gebiet von der Gewerkschaftsbewegung geleistete Beitrag ist heute ein allgemein anerkanntes Faktum. Es handelt sich um ein Gedankengut, das aus den gewerkschaftlichen Erfahrungen der Vergangenheit heraus entstanden ist und vor allem durch diese enge Beziehung, die aus dem besonderen Charakter der Gewerkschaft selbst herrührt, gekennzeichnet ist.

Die CISL, die bei uns diesen Gewerkschaftstypus in die Wirklichkeit umzusetzen versucht, ist also keinesfalls eine ideenarme Bewegung, oder, wie mitunter behauptet wird, eine Bewegung, die sich auf die Lohnentwicklung beschränkt. Andererseits ist es auch nicht die Aufgabe einer demokratischen Gewerkschaft, ein in sich geschlossenes philosophisches oder religiöses System zu entwickeln, das einen Erklärungsansatz für alle Bereiche des menschlichen Lebens enthielte. In der Geschichte Westeuropas, die uns am meisten interessiert, ist dies von besonderer Bedeutung; denn gerade in diesem geographisch-historischen Bereich ist der große Einfluß dessen, was man gemeinhin Ideologien nennt, unverkennbar; man versteht darunter meist "ein systematisches Gebäude von Theorien, Prinzipien oder Idealen, welche das theoretische Fundament einer kulturellen oder politischen Bewegung bilden." (2)
Die demokratische Gewerkschaftsbewegung lehnt die Ideologien jener kulturellen oder politischen Gruppen, die die Freiheit negieren, ab; sie unterstützt dagegen den freien Zusammenschluß der Arbeiter

in jenen kulturellen oder politischen Organisationen, deren Ideologie die Freiheit der Person und der Gruppierungen voraussetzt. Das ist kein Widerspruch : denn die Arbeiter treten nicht deswegen einer Gewerkschaft bei, weil sie die Bestätigung einer Ideologie finden bzw. eine neue Ideologie schaffen wollen. Aber es kann eine ganze Reihe von Motiven geben, die sich gegenseitig bereichern (wie es beim natürlichen Gedankenaustausch in einer pluralistischen Gesellschaft immer geschieht).
Die Gewerkschaftsbewegung wird angesichts der Begegnung von Personen mit verschiedenen ideologischen Ansätzen nicht mit festgefahrenen Schemata auskommen: sie muß jenen Werten, die die Grundlage für die Solidarität der Arbeiter bilden, eine immer größere Aufmerksamkeit widmen.
Wie bereits betont wurde, sollte kein Arbeiter beim Beitritt zur Gewerkschaft das Gefühl haben, daß seine Lebensvorstellungen mißachtet werden. Andererseits gibt es für die ideologischen Gruppen (kultureller oder politischer Natur) zahlreiche Anlässe, um aus den gewerkschaftlichen Erfahrungen wertvolle Schlüsse für die Überprüfung oder Weiterentwicklung ihrer Ideen zu ziehen. Diese Erfahrungen sind umso wertvoller, je mehr sie in voller Autonomie auf dem spezifischen Sektor gewerkschaftlichen Handelns realisiert werden. Gerade unter diesem Gesichtspunkt haben ideologisch ausgerichtete Gewerkschaften keinen Sinn. Im Gegenteil, sie verhindern den freien Erfahrungsaustausch ohne daß sie imstande wären, neues Gedankengut für die Bewegungen, von denen sie inspiriert werden, zu entwickeln. Vielmehr läuft durch sie die Gewerkschaftsbewegung große Gefahr, konditioniert bzw. zu einem Instrument herabgesetzt zu werden.

4. Gewerkschaft und Parteien

In jeder modernen Gesellschaft wird die Organisation des Staates durch die Parteien bestimmt. Wir haben schon gesehen, daß das vorrangige Problem im Staat des 19. Jhd. in der Konstituierung der Staatsorgane bestand. Zu diesem Zweck wurde das Volk als ein politisches Ganzes betrachtet, das sich zusammenschließen konnte, um das passive Wahlrecht auszuüben. Dieses Ganze umfaßte längst nicht die gesamte Bevölkerung, und bei den Wahlen wurde es noch stärker eingegrenzt. Den Staatsorganen blieb es allein überlassen, politische Lösungsvorschläge auszuarbeiten; der Gesellschaft hingegen wurden die Fähigkeit bzw. das Recht dazu abgesprochen.

Heute, auch darauf wurde bereits hingewiesen, stehen wir vor einer radikal veränderten Situation: die heutigen Parteien stellen die Überwindung der Situation des 19. Jhd. dar; sie sind Ausdruck "der spontanen Bewegung zur Selbstorganisation innerhalb der Gesellschaft; der Staat ist nicht mehr eine amorphe Einheit, sondern ein lebendiger Organismus, fähig zur Ausarbeitung von Ideen und politischen Konzeptionen, die dann durch den autoritären Staatsapparat in die Wirklichkeit umgesetzt werden". (3)
Heute ist das Parlament "Organ einer politischen Repräsentanz zweiten Grades" im Verhältnis zu den Parteien, denen innerhalb des Staates direkt oder indirekt, ausdrücklich oder implizit, eine autonome juridische Stellung zuerkannt wurde. Ihre Aufgabe besteht darin, allgemeine politische Vorstellungen zu entwickeln, die, wenn auch vermittelt über die parlamentarische Auseinandersetzung mit den anderen Parteien, die Grundlage der Gesetzgebung ausmachen, einer Gesetzgebung, die aus einem Normenkomplex besteht, dem alle Bürger verpflichtet sind. Aber in unserer modernen, pluralistisch organisierten Gesellschaft werden auch partikulare Lösungsvorschläge erarbeitet, die Ausdruck der Bedürfnisse und Interessen einzelner Gruppen sind.
Zweifellos ist die Gewerkschaft eine der bedeutendsten Organisationen, wenn es um die Erarbeitung solcher partikularer Lösungsvorschläge im Interesse der Arbeiter geht. Die Unabhängigkeit der Gewerkschaft gegenüber den Parteien ist für die Erarbeitung von Vorschlägen zu den verschiedenen Problemen der Arbeitswelt unerläßlich, damit die Interessen der Arbeitnehmerschaft nicht aufs Spiel gesetzt und keine faulen Kompromisse geschlossen werden. Die Parteien sollten diese Vorschläge bei der Erstellung ihrer Programme berücksichtigen. Die Gewerkschaft muß allerdings bei ihren Forderungen, die nur im Rahmen politischer Programme oder gesetzlicher Maßnahmen zu verwirklichen sind, die allgemeinen Zielvorstellungen im Auge behalten. Es bleibt dann ihr überlassen, ob sie politische Programme bzw. Parteiführer unterstützen will, je nachdem ob die Vorstellungen, die von der Arbeiterschaft an die Öffentlichkeit getragen werden, berücksichtigt worden sind.

5. Gewerkschaft und Staat

Es ist - aus Gründen der Vollständigkeit - wichtig zu wissen, daß die Maßnahmen, die die Gewerkschaft im Interesse der Arbeitnehmerschaft für notwendig hält, auf zweifache Weise (je nach Art und

Ausmaß) Gesetzescharakter erhalten können:
a) zunächst auf dem Wege der Tarifverhandlungen; hier werden Normen geschaffen (die Normen des Tarifvertrages), die für alle Gewerkschaftsmitglieder und für jene Gruppen, die mit der Gewerkschaft in Verhandlungen getreten sind, verpflichtend sind. Hier braucht der Staat nicht einzuschreiten, es sei denn, um die Verhandlungsfreiheit zu garantieren oder um die Einhaltung der vertraglichen Normen auch durch die Staatsorgane durchzusetzen.
b) Für die allgemeinen ökonomischen Probleme gibt es die Möglichkeit der Regelung durch Gesetze oder die Kombination beider Lösungstypen; hier kann die Gewerkschaft einen eigenen Forderungskatalog erstellen und darauf hinarbeiten, daß dieser in die Programme der politischen Parteien aufgenommen wird. Sie kann aber auch dem Staat gegenüber als Verhandlungspartner auftreten, womit sich eine neue Verhandlungsform etabliert : die gesellschaftlichen Gruppen verhandeln nicht nur untereinander, sondern auch direkt mit dem Staat, bei der Suche nach Lösungen für die allgemeinen wirtschaftlichen Probleme, in die der Staat somit direkt verwickelt ist.

6. Gewerkschaft und andere Gruppen und Vereinigungen

Die Gewerkschaft bringt ihre Autonomie auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen zum Ausdruck. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Verhältnis zu den Unternehmerorganisationen. Dazu findet man in dem auf dem 3. Konföderationskongreß gehaltenen Hauptreferat folgende Äußerungen: "Streng darauf bedacht, unser Recht auf freien gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu wahren, beobachten wir sehr aufmerksam die Tätigkeit des Unternehmerverbandes. Bis zu einem gewissen Grade wird die gewerkschaftliche Freiheit gerade dadurch gewährleistet, daß man jede andere Interessengemeinschaft in ihrem Recht auf freien Zusammenschluß unterstützt, obwohl der Zusammenschluß der Unternehmer eine Veränderung des Kräfteverhältnisses mit sich bringt und darauf hinausläuft, die Verhandlungsposition der Gewerkschaften zu schwächen. Gerade wegen der gleichartigen Interessenlage der beiden Organisationen - die auf der Ebene der Tarifverhandlungen in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen - würden wir uns eine größere Unterstützung der Unternehmerverbände wünschen, damit bei den Tarifverhandlungen

viele Punkte miteinbezogen werden können, die heute noch gesetzlich geregelt werden. Die organisierte Unternehmerschaft - wir sagen dies ganz klar - muß wissen, daß sie in der CISL einen äußerst sensiblen Partner hat, wenn es darum geht, die Interventionen des Staates im Bereich der Arbeitsbeziehungen zu beschränken. Wir erwarten allerdings von seiten der organisierten Unternehmerschaft - auch dies sei deutlich gesagt - eine Distanzierung von den letzten Resten korporativer Vorstellungen, die heute noch in den Institutionen und in der bürokratischen Organisation der Arbeitgeberverbände, wenn nicht sogar im Bewußtsein der leitenden Funktionäre, zu finden sind." (4)

Was die Beziehungen zu Institutionen mit religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken betrifft, findet man in dem vorher erwähnten Hauptreferat auch dazu klare Vorstellungen über die autonome Haltung der CISL: a) das Interesse jener Kreise, die mit den einzelnen Aktionen bzw. der allgemeinen Gewerkschaftspolitik nichts zu tun haben, muß geweckt werden; durch geschickte und intelligente Werbung muß die Sympathie für die Gewerkschaft gefördert und gleichzeitig die Information und damit die positive Einstellung verstärkt werden. b) es muß versucht werden, in der Öffentlichkeit die Funktionen der Gewerkschaft verständlich zu vermitteln und entsprechend ihre Vorrechte und ihr Ansehen zu wahren. Das ist in Italien umso mehr notwendig, als hier bei diesen Dingen meist eine fürchterliche Verwirrung herrscht.

Eine kurze abschließende Bemerkung. Angesichts der strengen Abgrenzungen, die die gewerkschaftliche Autonomie verlangt, könnten Befürchtungen in Bezug auf das praktische Verhalten, das dem Arbeiter abverlangt wird, auftauchen: sein Verhalten könnte sich als schwierig und inkonsequent erweisen. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß die harmonische Einheit der verschiedenen Funktionen der Gesellschaft sich in jedem einzelnen Menschen neu herstellen muß. In jedem einzelnen Individuum (nicht im Staat, auch nicht in einer Gruppe oder in einem Diktator stellvertretend für alle) müssen alle verschiedenen Elemente miteinander verbunden und der eigenen freien Entfaltung zunutze gemacht werden. Von hier aus wird verständlich, daß die Freiheit gerade durch die Abgrenzung der Organisationen und ihrer Funktionen gegeneinander gewährleistet werden kann. Ein Wort zu den Problemen, die vor allem bei der praktischen Ausübung leitender Funktionen entstehen: die Gewerkschaft muß die Entscheidungen stets frei auf der Grundlage der Analyse und der Einschätzung des jeweiligen historischen Moments treffen. In diesem Zusammenhang sei das Statut der CISL (Art. 24-28) erwähnt, als

deutlicher Ausdruck der Tendenz zur klaren und eindeutigen Abgrenzung von Verantwortlichkeiten zugunsten einer immer präziser bestimmten Autonomie der Gewerkschaft.

Anmerkungen

(1) P. Bigo, Sindacalismo e promozione della persona
(2) A.A.V.V., Dizionario enciclopedico italiano
(3) C. Mortati, Sindacati e partiti politici, S. 220
(4) CISL, Il sindacato democratico per lo sviluppo della società italiana ed europea, S. 29 ff.

ROMANE FÜR ARBEITER

1. Ernst Ottwalt — DM 6,80
   Denn sie wissen, was sie tun
   Ein deutscher Justiz-Roman
2. Sergej Tretjakow — DM 6,20
   Feldherren. Der Kampf um eine Kollektiv-Wirtschaft
3. Sergej Tretjakow — DM 7,20
   Den Shi-chua. Die Geschichte eines chinesischen Revolutionärs
4. Ernst Ottwalt: Ruhe u. Ordnung — DM 6,–
5. Ilja Ehrenburg — DM 5,80
   Das Leben der Autos

HAGEN VERTRIEB
1 Berlin 15
Postfach 311

links . express . bücher- & paper-vertrieb
Sozialistische Zeitung

Probeexemplare anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

VITTORIO FOA / BRUNO TRENTIN
POLITIK DER FORDERUNGEN DER CGIL SEIT 1945
(1962)

1.

In den Jahren unmittelbar nach Beendigung des 2. Weltkrieges war die Haltung der CGIL zum technischen Fortschritt stark von den Problemen des Wiederaufbaus des Landes bestimmt: für die Gewerkschaft besaß die Notwendigkeit absoluten Vorrang, den Produktionsapparat wieder in Gang zu setzen, der im Krieg zerstört, bzw. in der langen Zeit der Isolation während des italienischen Faschismus zerrüttet und in seiner wirtschaftlichen Existenz untergraben worden war.

Die freie Gewerkschaftsbewegung war in Italien als eine Eroberung der nationalen Befreiungsbewegung wieder neu erstanden, und die Einheits-CGIL als Ausdruck dieser Bewegung hatte konsequenterweise die gemeinsamen Anstrengungen des Wiederaufbaus nachdrücklich und rückhaltlos unterstützt. Aber zu dieser Entscheidung kamen noch jene Motive hinzu, die mit den besonderen Aufgaben zusammenhingen, mit denen sich die Gewerkschaft in der italienischen Wirklichkeit konfrontiert sah: die beängstigende Notlage der massenhaften Arbeitslosigkeit und die auch auf ideologischer Ebene zu leistende Überwindung der traditionellen Trennung zwischen tarifmäßigem Schutz für beschäftigte Arbeiter und "politischem" Schutz für Arbeitslose; die Überzeugung, daß die Schaffung von moderneren Grundlagen für die Produktionsstruktur die Mindestbedingung sei, um für Arbeitslose feste Arbeitsplätze zu schaffen. Gewiß lag in dieser relativ undifferenzierten Forcierung jeder Form technischen Fortschritts in den verschiedenen Branchen der italienischen Wirtschaft eine unausbleibliche Unterschätzung der spezifischen Probleme, die eine modernere Technik und neue Formen der Arbeitsorganisation im Bereich von Betrieben bis hinein in die Strukturen des Arbeitsverhältnisses hervorrufen mußten. Allgemeiner gesehen bedeutete es die Unterschätzung der Notwendigkeit, die relative Intensität der Investitionen mit den allgemeineren Zielsetzungen von Beschäftigungspolitik und dezentralisierter Entwicklung in Einklang zu bringen.

Ein erstes, fest umrissenes Bündel von Entscheidungen war jedoch von Anfang an für die CGIL durch den Zusammenhang von sektoralen und regionalen Zielvorstellungen bei dem Umstellungsprozeß der Industrie auf die Friedensproduktion gegeben. Ein wichtiger Teil der italienischen Industrie war für einen langen Zeitraum den Zielsetzungen der Rüstungsproduktion wirtschaftlich wie technolo-

gisch unterworfen gewesen. Zwischen 1946 und 1951 bekämpfte die CGIL, z.T. in aufsehenerregenden Kämpfen und mit bemerkenswertem Erfolg, die Tendenz zum totalen Abbau des Produktionsapparats, der seinerzeit für Rüstungszwecke aufgebaut worden war, und verfolgte im Gegensatz dazu die Umstellung der Industrie auf solche Produktionen, die sich grundsätzlich an der zivilen Entwicklung und an den Erfordernissen der Industrialisierung orientierten. In eben dieser Zeit verbreiteten sich die "Produktionskonferenzen" zur Ausarbeitung von Plänen auf Massenbasis mit dem Ziel der Reorganisierung und Umstrukturierung. Wichtiges Kennzeichen für die Vorstellungen über die Probleme industrieller Entwicklung und technologischer Innovationen, wie sie damals von der CGIL entwickelt worden waren, war das - angesichts der Interessenlage der Anlagen, die sich im Kampf gegen den Abbau befanden, übrigens unvermeidliche - Überwiegen von Zielsetzungen, die sich an den Erfordernissen des Wiederaufbaus und der Expansion einer starken Basis-Industrie als notwendiger Voraussetzung für die Verwirklichung eines geplanten Industrialisierungs-Prozesses und einer nationalen Politik von Reform und Transformationsprozessen im Agrarsektor orientierten. Die Erfahrungen in den Industriezweigen, die mit der Metallverarbeitung und mit der chemischen Basisproduktion zusammenarbeiteten, machten es jedoch sehr schnell möglich, den gewerkschaftlichen Aktionsbereich im Interesse der Verteidigung des Beschäftigten-Niveaus und der technologischen Neuerungen von Betrieben, die wirtschaftlich weniger effizient oder schwächer waren, auf andere Sektoren auszudehnen, insbesondere auf die extraktive Industrie, auf den Maschinenbau, auf die Textilindustrie. Das ging so weit, daß die Gewerkschaft in den größeren Industrie-Unternehmen Italiens zu neuen Initiativen griff, die gleichzeitig mit der technischen Modernisierung der Betriebe die Anpassung ihrer Produktions-Strategien an die Erfordernisse des Massenkonsums vorantreiben halfen.

2.

Der Arbeitsplan, der auf dem Kongreß in Genua im Oktober 1949 formuliert wurde, war der erste organische Versuch der Gewerkschaft, Grundlinien einer Politik der Entwicklung zu formulieren und Maßstäbe für Investitionsvorhaben im Produktionsbereich auf sektoraler und regionaler Ebene zu setzen, beides eng verknüpft mit bestimmten Struktur-Reformen in der Landwirtschaft und im Elektro-Bereich (1). Die Grenzen des Arbeitsplans, die heute offenkundig sind, waren darauf zurückzuführen, daß seine Realisierung, zumindest im industriellen Sektor, sich vorwiegend auf ein Programm

öffentlicher Ausgaben stützte, ohne sich dabei gleichzeitig inhaltlich zu einer organisch entwickelten antimonopolistischen Politik zu verpflichten. Ebenso wurde das heikle Problem ausgeklammert, das sich ergibt aus der Abwägung zwischen intensiven Investitionen einerseits und den allgemeiner geltenden Erfordernissen nach Garantie der Verbreitung der neuen Produktionseinheiten andererseits, und damit der Verbreitung des technischen Fortschritts in allen Regionen des Landes unter Anwendung des modernen wirtschaftspolitischen Instrumentariums, sei es kreditwirtschaftlicher und fiskalischer Natur oder auch auf der Ebene der Programmierung direkter öffentlicher Investitionen. Außerdem berücksichtigte er noch nicht angemessen die spezifischen Probleme der Arbeitsbedingungen in ihrer engen Verknüpfung mit den von der Technik hervorgerufenen Veränderungen und der berufsbestimmten Persönlichkeit des Arbeiters.

Aber trotz dieser Grenzen bleibt der Arbeitsplan das erste entscheidende Dokument der bewußt gewordenen organisierten Arbeiterbewegung hinsichtlich der Einschätzung ihrer Rolle als organisierter und bewußter Kraft, die den technologischen Transformationsprozeß im Produktions-Apparat mitfördert und ihm Maßstäbe setzt. In den Jahren seit 1950, in denen der Arbeitsplan in Kraft war, wurde der von den allgemeinen Zielsetzungen der CGIL bestimmte Kampf von vielen tausend Arbeitern in allen Regionen Italiens getragen und konnte in zahlreichen Fällen konkrete Erfolge aufweisen, so daß es möglich war, einige Industrieanlagen zu erhalten, neue Perspektiven in der Politik öffentlicher Ausgaben zu entwickeln und ein günstigeres Beschäftigtenniveau in der Landwirtschaft auszuhandeln. Der Kampf war jedoch in seinem wesentlichen Teil Kampf der Arbeitslosen oder Kampf der unmittelbar von der Entlassung bedrohten Arbeiter, ohne daß eine systematische Koordinierung mit den Forderungen und den gewerkschaftlichen Initiativen der beschäftigten Arbeiter stattgefunden hätte. Die gewerkschaftlichen Initiativen beschränkten sich in ihren Verhandlungen in der Tat vorwiegend auf die allgemeine nationale Ebene, ohne dabei die verschiedenen Kategorien oder gewerkschaftlichen Ebenen in ihrer Besonderheit zu berücksichtigen. Hinter dieser Politik der CGIL stand das Bemühen, das angesichts der extrem niedrigen Löhne auf allen Ebenen gerechtfertigt war, eine einheitliche massenhafte Aktion von Arbeitern der niedrigsten Lohngruppen gemeinsam mit denjenigen moderner Branchen zu sichern, und zwar auch durch den Inhalt der Forderungen.

Wenn auch diese Strategie zur Bildung eines neuen nationalen Ver-

tragssystems und damit zu einer grundlegenden Überwindung des vom Faschismus geerbten Lohnniveaus führte, so bedeutete sie gleichzeitig eine tatsächliche Unterbewertung des jeweils spezifischen Charakters derjenigen Forderungen, die gerade in den Betrieben und in den Branchen an Gewicht gewannen, in denen sich ein allmählicher Transformations-Prozeß in der technologischen Ausrüstung und im organisatorischen Bereich anbahnte. Das negative Ergebnis war, daß nun stärker zu artikulierende Forderungen verzögert entwickelt wurden und daß gerade in den entscheidenden Jahren, in denen erste wichtige technologische Veränderungen in einer Reihe von großen Betrieben durchgeführt wurden, der Aufbau einer effektiven gewerkschaftlichen Kontrollfunktion, die im Betrieb und in der einzelnen Branche (und damit in der entsprechenden Kategorie) die Formen und die Rückwirkungen dieses Transformationsprozesses gerade auch auf die Lage der Arbeiter hätte aushandeln können, nicht gelang.

3.

Eine tiefgreifende Veränderung der Industriestruktur und der Beginn von Transformations-Prozessen in einigen Agrarbereichen kennzeichneten die Jahre von 1951 bis 1956. Das Fortbestehen der fundamentalen Ungleichgewichte in der italienischen Wirtschaft und insbesondere das unübersehbare Phänomen der Massenarbeitslosigkeit trugen zur Unterbewertung der Veränderungen bei, die sich im Zuge dieses Modernisierungsprozesses in der Struktur des Betriebslohnes, in der Bestimmung des Leistungslohnes, ebenso wie in der berufsmäßigen Zusammensetzung der Belegschaften niederschlugen.
In dem Maße, in dem der auf Betriebsebene ausgehandelte oder zugestandene Lohn das größere Gewicht erlangte, deckten die Lohnverhandlungen auf allgemeinerer Ebene immer weniger die tatsächlichen Ansprüche der Arbeiter in den Branchen ab, die sich im Transformationsprozeß befanden, während eine gewisse Auseinanderentwicklung deutlich wurde zwischen den Zielsetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung und der antimonopolistischen Aktion und den unmittelbaren Problemen hinsichtlich der Lage der Arbeiter, den neuen Formen ihrer Ausbeutung, wie sie im Industriebetrieb herangereift waren. Der Unternehmerschaft gelang es, auch unter Ausnutzung dieses vorübergehenden Mangels an Kampfbereitschaft der Gewerkschaft, ihre paternalistischen Bestrebungen zu konsolidieren, die Differenzen zwischen den Gewerkschaften zu verschärfen bis hin zum offenen Angriff (1954-55) auf die gewerkschaftlichen Freiheiten und Vorrechte und auf die Arbeiterorganisationen in den Fabriken, so daß sie es in einigen Fällen erreichten, wichtige Kerngruppen von Arbeitern von ihrer Klassenorganisation

abzuspalten. In diesen Jahren nahmen auch die Abmachungen zu, die jeweils getrennt nach Betrieben abgeschlossen wurden, mit dem Ergebnis, daß die Machtposition der Gewerkschaft in den Tarifauseinandersetzungen weiterhin geschwächt wurde: diese Verträge, die in der Tat oft Ausdruck einer tatsächlichen Initiativschwäche der CGIL, und mangelnder Fähigkeit der Gewerkschaften, die sie abgeschlossen hatten, zu autonomer Ausarbeitung und zum Kampf waren, entstanden objektiv als Auswirkung der paternalistischen Bestrebungen des jeweiligen Betriebes.
Der Verlust an Einfluß, den die Gewerkschaft (und nicht nur die CGIL) in den großen mechanisierten Betrieben zu verzeichnen hatte und der auf diese Offensive der Unternehmerschaft zurückzuführen ist, fiel mit dem Rückzug einiger Arbeiterschichten auf fatalistische Positionen zusammen. Sie zweifelten an der Möglichkeit der Gewerkschaft, die Auswirkungen des technischen Fortschritts in seiner kapitalistischen Anwendung auf gesellschaftlicher Ebene kontrollieren und zum Verhandlungsgegenstand machen zu können, bzw. es verbreiteten sich konservative Einstellungen, die jeder Art technologischen Fortschritts entschieden feindlich gegenüberstanden und einem entschiedenen Vorgehen der Gewerkschaft gegen dessen gesellschaftliche Rückwirkungen mißtrauisch begegneten. All das erschwerte außerordentlich den Umschwung, der sich zwingend ergeben mußte (1955-1956), und der gekennzeichnet war von einer mutigen Selbstkritik an den begrenzten Forderungs-Aktionen im mechanisierten Betrieb und an der Formulierung der gewerkschaftlichen Strategie, die die vom technischen Fortschritt aufgeworfenen Probleme als nicht zu umgehende Komponente jeder Politik der Forderungen einbeziehen sollte (2).
In den Diskussionen, die auf den verschiedensten Ebenen der gewerkschaftlichen Organisation über diesen Umschwung geführt wurden, traten - vor allem in den Großbetrieben - folgende Probleme in Form von Zielsetzungen einer artikulierten* Kampfaktion in den Vordergrund: das Aushandeln von Akkordlöhnen sowie jeder Form von Leistungslohn, angesichts auch der Notwendigkeit, der Praxis entgegenwirken zu müssen, die darin besteht, die Produktions-Tempi unterschiedslos zu beschneiden samt der daraus entstehenden Entleerung des dynamischen Charakters des Leistungslohns. Weiterhin ging es um das Problem der Arbeitszeitverkürzung in den technologisch fortgeschritteneren Branchen. Im konsequenten Zusammenhang mit der Neuformulierung der Kampfstrategie der CGIL standen die

* articolazione = Aufgliederung, Differenzierung der Forderungen, Verhandlungen, Kämpfe nach Abteilungs-, Betriebs-, sektoraler regionaler und nationaler Ebene. Vgl. dazu den Aufsatz von Brandini, in diesem Band ,. besonders S. 99 f

Bemühungen der Gewerkschaft um Anpassung ihrer Organisationsstruktur an die neuaufgetretenen Erfordernisse artikulierter Verhandlungsführung. In dieser Zeit liegen die Anfänge der Konstituierung von Gewerkschaftssektionen im Betrieb und des Bestrebens der CGIL, die Anwesenheit der Gewerkschaft im Betrieb durchzusetzen als die Instanz, die sich zur Verhandlung über alle Aspekte des Arbeitsverhältnisses auf betrieblicher Ebene am besten eignet - bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der unverzichtbaren Vorrechte der Betriebsräte als Wahlorganismen im Interesse des Schutzes der Belegschaften bei Anwendung der auf nationaler und betrieblicher Ebene abgeschlossenen Verträge. In dieser Zeit beginnen die nach Kategorien gegliederten Organisationen stärker zu werden und Kampfstrategien, bzw. eine Politik der Tarifauseinandersetzung zu entwickeln, die zunehmend selbständigen Charakter innerhalb der von der CGIL vorgegebenen Leitlinie annehmen.

4.
Seit 1956 treibt die Gewerkschaft die Auseinandersetzung ohne Unterbrechung voran, wobei sie sich an dieser inhaltlich wie organisatorisch weiterentwickelten Kampflinie orientiert - trotz schärfster Widerstände von Seiten der Unternehmerschaft. Der Widerstand der Unternehmerschaft, der sich in den einzelnen Betrieben zeigte, aber vor allem von den organisierten Interessenvertretungen getragen wurde, traf auf das schärfste gerade jene Forderungen der Arbeiterschaft, die Kenntnis des neuen technischen und organisatorischen Niveaus der Produktion verrieten und die dessen gesellschaftliche Rückwirkungen zum Gegenstand von Verhandlungen machen wollten. Als dann spezifische Arbeitsmarktbedingungen für einzelne Gruppen von Arbeitern und vor allem der von den Arbeitern ausgeübte Druck die Unternehmerschaft zu Konzessionen gezwungen hatte, versuchten die Betriebsleitungen immer, Präzedenzfälle autonomer gewerkschaftlicher Verhandlungsführung über Fragen der Produktionsorganisation zu unterbinden, sei es durch Begrenzung von Verhandlung und Vertragsabschluß allein auf den Betriebsrat (oder sogar durch Gewährung von Konzessionen unabhängig von jeder Verhandlung), sei es, indem sie sich bemühten, den Konzessionen den Charakter eines bloßen Geschenks zu verleihen, bar jeglichen spezifischen Bezugs zur organisatorischen und technischen Entwicklung der Produktion.
Trotz dieser Widerstände konnten positive Ergebnisse, so bei der Festlegung der Arbeitszeit und zwar in der gesamten Schwerindustrie und in zahlreichen Betrieben des Maschinenbaus, der Chemie

und der Erdölverarbeitung, wie auch bei Lohnverhandlungen erreicht werden. Vor allem konnte sich in zunehmendem Maße das Bewußtsein in der Arbeiterschaft durchsetzen, daß diese Kampflinie das Höchstmaß an dynamischen Entwicklungsmöglichkeiten sowohl hinsichtlich des Vergütungsniveaus als auch hinsichtlich des wirtschaftlichen Fortschritts in sich trägt.

Aber das auffälligste sowie auch wesentlichste Ergebnis bestand darin, daß in der ausgeprägt konkreten und direkten Verbindung zwischen Gewerkschaft und Technischer Produktionsrealität der Betriebe die fundamentale Grundlage und der Ausgangspunkt für die großen einheitlichen Kämpfe um Neuabschluß der Arbeitsverträge (1958-1959) und für ihren Katalog von neuen Forderungen geschaffen wurden. Diese Forderungen, die die nationalen Gewerkschaften für die Erneuerung der Arbeitsverträge aufgestellt hatten, enthielten in der Tat bereits viele neue Elemente, die folgende Punkte betrafen: die Lohnstruktur mit dem Ziel, die unterschiedliche Vergütung nach Region, Geschlecht und Alter ohne jegliche wirtschaftliche Rechtfertigung zu beseitigen, die Besoldungsstruktur schlechthin - bei Geltendmachung des Rechts der Gewerkschaften, alle Formen der Vergütung auf der Grundlage von Leistung auszuhandeln, und Aufstellung der Forderung, daß ein Teil der Bezahlung mit der Arbeitsleistung in den Betrieben gekoppelt wird ; die Aushandlung von Qualifikationsmerkmalen und Aufgaben in ihrer Verknüpfung mit der neuen inhaltlichen Bestimmung der Berufe angesichts der technologischen Entwicklung in vielen Betrieben und in einigen Branchen; schließlich Garantien für kontinuierliche Lohnauszahlung, sowie Kürzung der Arbeitszeit.

Die Kampferfolge bei den einzelnen Kategorien waren vor allen Dingen wegen der erreichten Lohnerhöhungen wichtig. Hier war der Widerstand der Unternehmer wesentlich schwächer im Vergleich zu ihrem fast fanatischen Widerstand gegen die Forderungen normativen Charakters. Letztere sind, das ist wahr, noch nicht in eine substanzielle Erneuerung der nationalen Arbeitsverträge eingegangen. Jedoch diese Tatsache hat nicht verhindern können, daß die Gewerkschaftsbewegung im Ganzen einen höheren Grad des Bewußtseins angesichts der Probleme gewerkschaftlicher Kontrolle im Produktionsprozeß und hinsichtlich der gesellschaftlichen Auswirkungen des technischen Fortschritts erlangt hat. Es läßt sich daher bereits jetzt annehmen, daß die neue Phase gewerkschaftlicher Auseinandersetzung, ausgehend von der Beendigung des Kampfzyklus 1958-59, von einer lebhaften Wiederaufnahme des Kampfes auf Branchen- und Betriebsebene durch gerade jene Forderungen gekennzeich-

net sein wird, die sich aus dem technologischen Transformationsprozeß ergeben. Überhaupt ermöglichen einige Errungenschaften, die auf nationaler Ebene erreicht wurden, bereits weitere artikulierte Forderungen, vor allem im Bereich von Leistungsanreizung und Qualifikation.

5.
Immer mehr wurden während der letzten Jahre die Lohnforderungsstrategien mit den Zielsetzungen wirtschaftspolitischer Entwicklung und struktureller Reformen verknüpft und angereichert. Der europäische Integrationsprozeß seit Beginn der internationalen Entspannung, die tiefgreifenden Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen Aufbau der unterentwickelten Länder haben das Konkurrenzfeld erweitert und notwendigerweise die Probleme, die mit dem technologischen Neuerungsprozeß, mit dessen Tendenz und gesellschaftlichen Rückwirkungen zusammenhängen, konkretisiert und verschärft. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, die der ungeordnete technologische Transformationsprozeß auf die Arbeiter hatte, sind daher verschärft spürbar geworden - auch weil eine auf nationaler Ebene entwickelte Politik der Investitionsplanung fehlte , die darauf abzielte , die Erfordernisse eines schnelleren und intensiveren technischen Fortschritts mit den Bestrebungen um Überwindung sektoraler und regionaler Ungleichgewichte abzustimmen. Die Gewerkschaft weist warnend auf die Gefahr hin, daß sich in dieser Situation die Last dieser Ungleichgewichte voll auf die arbeitenden Klassen niederzuschlagen droht mit der Tendenz, sich auf die Formen und Perspektiven gewerkschaftlichen Kampfes in den verschiedenen Sektoren und Regionen des Landes derart auszuwirken, daß sie wieder eine traditionelle Ausprägung annehmen. Die Gewerkschaft hat sich entschlossen, gegen diese drohende Entwicklung vorzugehen und gleichzeitig ihrer Aufgabe nachzukommen, den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt in allen Wirtschaftsbereichen und auf allen Arbeitsplätzen des Landes voranzutreiben. Dabei behauptete sie die volle Autonomie in ihrer Lohnpolitik gegenüber den ungleichmäßigen Lohnniveaus, die sich durch die technologische Entwicklung herausgebildet hatten: sie zielte darauf ab, die Überwindung der ungleichen Lohnstufen zu unterstützen, nicht aber zu deren Verfestigung noch beizutragen. Daraus folgt, daß eine Weiterentwicklung der Lohnforderungen auf jeden Fall die Modernisierung der Produktionsanlagen vorantreibt: und zwar in den Branchen und Betrieben mit niedriger Kapitalintensität tendiert der Lohndruck in dem Maße, in dem er sich verstärkt,

dazu, sich als bewußt eingesetzter Anreiz auf die Forcierung des technischen Fortschritts auszuwirken, und damit das unproduktive Renditenwesen zu zerbrechen; in den technisch weiter fortgeschrittenen Branchen und Betrieben tendieren dagegen die Lohnforderungen immer stärker dazu, sich als Druckmittel zu erweisen zur Ausübung einer kontinuierlichen und unabhängigen Kontrolle der Gewerkschaft über die Organisation der Arbeit und damit über die Bedingungen, unter denen die Akkumulation erfolgt, - und zwar aus der Perspektive ihrer gesellschaftlichen Rückwirkungen. In beiden Fällen stellt die Lohnforderungspolitik das unmittelbar einsetzbare Instrument dar, um zu Verhandlungen über die Auswirkungen des technologischen Fortschritts auf die Arbeitsbedingungen und auf die Beschäftigungsmöglichkeiten der Belegschaften zu kommen.
Eine ständig zunehmende Anreicherung der gewerkschaftlichen Lohnkampfmaßnahmen und ihre immer enger werdende Verbindung mit der Technologie in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Entwicklung läßt sich insbesondere in den Branchen und Betrieben mit großer Kapitalintensität feststellen. Immer seltener werden die rein quantitativen Lohnforderungen, die von jedem Bezug zur Investitionspolitik des Betriebes oder der Branche losgelöst sind. Die allgemein und ständig vorgetragene Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wird genau formuliert und etappenweise vorangetrieben, eng verknüpft mit der Durchsetzung neuer Formen der Arbeitsorganisation, wobei die psycho-physischen Auswirkungen der Mechanisierung auf die Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden. Die Forderung nach einer besseren Bewertung der Qualifikations- und Tätigkeitsmerkmale entspricht nicht nur dem ständigen Anspruch, die im Beruf sich entfaltende Persönlichkeit des Arbeiters gemäß ihrem Wert zu berücksichtigen, sondern wird nun konkret von dem technologischen Transformationsprozeß abgeleitet, der bestimmte intellektuelle und kulturelle Forderungen an die Leistung der Arbeiter stellt. Und diese Kampfstrategie der Gewerkschaft um die grundsätzliche Garantie von kollektiven Verhandlungsmöglichkeiten ist gleichzusetzen mit ihrer Anstrengung zur Durchsetzung des folgenden Grundsatzes: in der Auseinandersetzung auf Betriebsebene (nicht nur in Lohn-, auch in Organisationsfragen) sollen Arbeitsbewertungskriterien praktiziert werden, die von objektiven Faktoren tatsächlich ableitbar und damit jeder erfahrungsgemäßen und willkürlichen Anwendung seitens der Betriebsleitung entzogen sind.
Die bei vielen Verhandlungen auf Betriebsebene vorgebrachten Forderungen hinsichtlich der Qualifikations- und Tätigkeitsmerkmale bezogen auf ihre neuen Berufsinhalte münden konsequenterweise in

die Forderung nach gewerkschaftlicher Aushandlung der betrieblichen Stellenpläne ein (und damit in die Forderung nach den Formen und Stufen der Beschäftigung), wie sie sich aus ihrem Zusammenhang mit den unterschiedlichen Phasen der technologischen Entwicklung ergeben; die CGIL ist sich im klaren darüber, daß die entscheidende Rolle der Gewerkschaft in der heutigen Gesellschaft, nämlich die Kontrolle des Arbeitsmarkts, nur in dem Aushandeln der Stellenpläne voll realisiert werden kann.
Der Widerspruch zwischen diesem notwendigen Anspruch und der Tatsache, daß die Gewerkschaft derzeit nicht beteiligt ist an all den Prozessen, die sich mit der Berufsausbildung und der besonders heiklen Phase der Stellenvermittlung befassen, ist offenkundig; ein Widerspruch, der die Notwendigkeit eines direkteren Engagements der Gewerkschaft aufwirft, auch im Interesse der Behauptung ihrer Verhandlungsmacht, gerade in solchen Schlüsselfragen unternehmerischer Politik wie Beschäftigung und Organisation der Arbeit.
Inhaltlich weiter entwickelte Strategien solcher Art führen ihrerseits zu neuen Formen der Artikulierung von Forderungen und Kampfmaßnahmen. Beides bildet die logische Weiterentwicklung jener notwendigen Phase innerbetrieblicher Verhandlung und bedeutet die Überwindung ihrer offenkundigsten Schranken; gleichzeitig gewinnen die homogenen Industriegruppen, -komplexe und Produktionsbereiche als neue Ebenen bei gewerkschaftlichen Verhandlungen zunehmend an Gewicht. (...)

7.
Auf der Basis ähnlicher Forderungen und deren Artikulierung versucht die CGIL, in der derzeitigen Phase, eine eigene Politik der Beschäftigung zu realisieren, die mit den Auswirkungen technologischer Veränderungen auf Betriebs- und Branchenebene in Zusammenhang steht. Angesichts der technologisch bedingten Entlassungen, die für die derzeitige Arbeitsmarktsituation sowie für die wirtschaftliche Situation insgesamt typisch sind und die in vielen Fällen zu ständiger Arbeitslosigkeit, jedenfalls fast immer zu einer Rückstufung in der Entlohnung und in den beruflichen Leistungsanforderungen führen, angesichts einer solchen Situation kann die CGIL ihre Schutzfunktion nicht auf das Aushandeln der Bedingungen beschränken, unter denen die Entlassungen stattfinden. Von daher hat sich die Forderungsstrategie in den letzten Jahren nicht nur auf das Aushandeln der Bedingungen für Neueinstellung und berufliche Neuqualifizierung des Arbeiters in- und außerhalb des Betriebes erstreckt, sondern auch auf das Aushandeln des Beschäftigungs-

niveaus, jedenfalls in einzelnen Werken sowie innerhalb der größeren Industriekomplexe mit dem Ziel, die jeweiligen Aufgabenbereiche festzusetzen und die betrieblichen Stellenpläne auszuhandeln. Der von der Gewerkschaft ausgeübte Druck, der auf die Eroberung eines durch Verhandlungen gesicherten betrieblichen Beschäftigtenniveaus hinzielt, bietet nicht nur einen direkten Anreiz für weitere technologische Transformationen und rationellere Formen der Arbeitsorganisation, sondern bildet derzeit den notwendigen Ansatzpunkt für das unerläßliche Eingreifen der Gewerkschaft bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ebensowenig kann die Gewerkschaft darauf verzichten, bei der Orientierung von Investitionen im Betrieb, in der Industriegruppe, in der Branche und innerhalb der Region mitzuwirken, wenn es um Ziele geht, die ein allgemeines und sicheres Ansteigen der Beschäftigtenzahl erreichen wollen, um daraufhin ein stärker ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem Wachstum intensiver Investitionsvorhaben in den industrialisierten Gegenden einerseits und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den wirtschaftlich rückständigen Regionen andererseits zu ermöglichen - und zwar durch eine gründliche Eindämmung der monopolistischen Machtzentren.

Die Zielsetzungen des Programms für wirtschaftliche Entwicklung und Vollbeschäftigung - und, vor allem, für Strukturreformen - bilden für die CGIL nicht nur eine allgemeine Plattform zur Orientierung der italienischen Öffentlichkeit und zur Anregung gewerkschaftlicher Aktionen gegenüber Regierung und parlamentarischen Instanzen. Sie stellen auch und vor allem eine Verpflichtung zu direkten Kampfstrategien dar und sollen Maßstäbe für eine Massenbewegung setzen, die mit Hilfe gewerkschaftlicher Kampfformen konkret auf die - wenn auch nur partielle - Veränderung bestehender Strukturen einwirken, sowie auf die Eroberung entscheidender Kontrollpositionen der Arbeiterschaft über die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungshebel in Staat, Region, Provinz und Betrieb hinarbeiten soll. Eine Aktion solchen Ausmaßes setzt voraus, daß die Gewerkschaft imstande ist, eine diesen Maßstäben entsprechende Kampfbewegung zu entwickeln, die zwar von den traditionellen Zielsetzungen gewerkschaftlicher Aktion, d.h. von unmittelbaren spezifisch gewerkschaftlichen Forderungen ausgeht, um dann aber gleichzeitig die Macht der Unternehmer sowie die rückständigen und monopolistischen Strukturen der Gesellschaft anzugreifen. Im Verlauf dieser Bewegung, die fest verankert ist in konkreten Forderungen, die unmittelbaren Mobilisierungseffekt haben, wird es den Organisationen der CGIL möglich sein, die aktive

Zusammenarbeit mit weiteren Gewerkschaftsorganisationen zustande zu bringen und die Unterstützung der produktiven, nicht monopolistischen Schichten in Industrie, Landwirtschaft und Handel um ihre Initiativen zur Wirtschaftspolitik und (-)Reform zu sammeln. Bestimmte unmittelbare Forderungen, die die Verhandlungsmacht der Gewerkschaft in Bezug auf Probleme der Beschäftigung und der Formen von Arbeitsorganisation in Fabriken und landwirtschaftlichen Betrieben gewährleisten, bilden in besonderem Maße den entscheidenden Ausgangspunkt für eine massenhafte Aktion, die in der Lage ist, Strukturreformen und eine Politik der Vollbeschäftigung durchzusetzen.

Im modernen Großbetrieb erweisen sich die von der Gewerkschaft aktiv vorangetriebenen Verhandlungen um Qualifikation und Stellenpläne als ein wichtiger Ausgangspunkt für das Recht der Gewerkschaft, auch das derzeitige und zukünftige Beschäftigungsniveau gegenüber den Investitionsprogrammen der Unternehmerschaft auszuhandeln. So kommt es, daß aktives Vorgehen und Verhandlungen um die indirekten Lohnformen und die Eroberung der Leitung der sozialen Einrichtungen in der Fabrik durch die Arbeiter den Ausgangspunkt bilden für eine zielbewußte Aktion der Gewerkschaft in Richtung auf Umverteilung der betrieblichen Investitionspläne zugunsten der sozialen Einrichtungen. Diese unmittelbaren Forderungen und Ziele können die Investitionspolitik der Unternehmer bereits konditionieren, indem sie ihre Profite Formen einer Kontrolle unterwerfen.

Derartige Forderungen können daher die Voraussetzung für weitergehende Kämpfe - auf Branchenebene wie in den Zonen - im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsstätten, im Interesse von Modernisierung und Weiterentwicklung bestehender Industrieanlagen sowie von einer Preis- und Marktpolitik der Industrieunternehmen bilden, die - zusammen mit dem sicheren Wachstum der Unternehmen - eine Garantie für ein stabiles Beschäftigungswachstum darstellt.

Insbesondere in der staatlichen Industrie sind bereits die Zielsetzungen gewerkschaftlicher Aktionen voll entwickelt. Sie konkretisieren sich in der Forderung, betriebs- und branchenbezogene Investitionsprogramme auszuhandeln hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigungs- sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaft. In diesem Rahmen können sich weitergehende Aktionen entwickeln, die auf Industriegruppen und -komplexe übergreifen. Ziel dieser Aktion ist es, Investitionsprogramme und Machtstrategien durchzusetzen, die ein jeweils höch-

stes Beschäftigungsniveau innerhalb einer Industriegruppe und im Komplex insgesamt garantieren , so daß danach mit Erfolg gewerkschaftliche Kämpfe um die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern geführt werden können.
Im Bereich der Arbeitsstellenvermittlung sowie der Berufsausbildung landwirtschaftlicher und industrieller Arbeitskräfte stellen Aktionen, die zur Schaffung von Berufsausbildungszentren, sowie deren Leitung und Überwachung durch die Gewerkschaften führen, ein wichtiges Druckmittel dar, gerade auch in Richtung auf den Industrialisierungs- und Veränderungsprozeß im Agrarbereich und gleichzeitig bilden sie eine erste Form der Mobilisierung von Arbeitslosen mit dem Ziel, einen gesicherten Arbeitsplatz und eine demokratisch gehandhabte Stellenvermittlung auf der Grundlage gewerkschaftlicher Verhandlungen zu gewährleisten.

Im Bereich öffentlicher Arbeitsvorhaben kann die von Arbeitslosen unmittelbar aufgestellte Forderung nach Arbeit, und sei es auch nur nach vorübergehender Beschäftigung, den Ausgangspunkt bilden für eine weitergesteckte Aktion, die darauf abzielt, eine organischere Interventionspolitik des Staates herbeizuführen, damit ein neues Netz notwendiger Infrastrukturen im Agrar- und Industriebereich in Verbindung mit den wirtschaftlichen Wachstumszielen geschaffen wird. Gleichzeitig aber zielt diese weitergesteckte Aktion darauf ab, eine unmittelbar wirksam werdende Steigerungsrate der Beschäftigten in diesen öffentlichen Arbeitsvorhaben zu erreichen, darüber hinaus zielt sie auf eine Verlängerung des Arbeitsverhältnisses und, daraus folgend, auf eine höhere Entlohnung ab. Eine derartige Forderung steht in engem Zusammenhang mit der allgemeiner angelegten Aktion, die auf ein integriertes Wachstum von Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen in den unterschiedlichen Regionen des Landes hinzielt. Die CGIL und alle ihr angeschlossenen beruflichen und regionalen Organisationen werden sich intensiv darum bemühen, diese Forderungsbewegungen auf allgemeinere Zielsetzungen der Reform und der wirtschaftlichen Entwicklung hin bezogen zu koordinieren, und zwar so, wie sie sich in ihren einheitlichen Grundzügen in jeweils unterschiedlich konkreten Situationen innerhalb von Bereichen und Regionen darstellen können.
In diesem Rahmen bekommen die Kämpfe um regionale wirtschaftliche Entwicklungsprogramme einen neuen Wert: sie geben der Gewerkschaft die Möglichkeit, eine einheitliche Lösung der Probleme der Agrarreform und der industriellen Entwicklung, der Industrialisierung im Basisbereich und der Expansion kleiner und mittlerer in-

dustrieller Verarbeitungsbetriebe voranzutreiben. Im Verlauf derartiger Kämpfe wird die Gewerkschaft in der Lage sein müssen, alle Organisationen der Arbeitgeberschaft und die Institutionen staatlicher Wirtschaftspolitik in ihre konkrete Strategie der Forderungen einzubeziehen. Zu den Organisationen zählen konkret in der wirtschaftlichen Realität der unterschiedlichen Regionen Italiens folgende: Agrargenossenschaften, sowohl solche, die Erschließungsarbeiten ausführen, als auch solche, die gebirgiges Land bearbeiten, Anstalten zur Durchführung von Reformen, Industriegenossenschaften gegliedert nach Zonen, Handelskammern, Berufs- und sonstige Ausbildungszentren, vertikal gegliederte Industriekartelle, von der Regierung abhängige Institutionen, die sich mit der wirtschaftlichen Programmierung auf nationaler und regionaler Ebene beschäftigen, bis hin zu den Verbindungsbüros und den branchenmäßig gegliederten internationalen Organisationen der Unternehmer.

8.
Angesichts der heranreifenden neuen Zielsetzungen und der neuen Formen gewerkschaftlicher Aktion nimmt das immer stärker werdende Ungleichgewicht zwischen dem nunmehr erreichten technischen Niveau in zahlreichen Branchen deutlichere Konturen an - und nicht nur in der Industrie und auf dem extrem rückständigen Gebiet der "industriellen Beziehungen", d.h. dem Gesamtkomplex der Beziehungen zwischen Arbeitgebern auf der einen, und Arbeitern und Gewerkschaften auf der anderen Seite. Es handelt sich dabei nicht nur um eine offenkundige Rückständigkeit in dem Arbeitsrecht, das diesen Beziehungen zugrunde liegt und das auch noch durch die verzögerte Anwendung der verfassungrechtlichen Normen gefördert wird , sondern es geht auch um die Geringschätzung , die in Kreisen der Unternehmerschaft insgesamt in Bezug auf die Rolle der Gewerkschaft und den Charakter einer demokratischen Gesellschaft herrscht. Der CGIL hat es nicht an Initiativen und konkreten Vorschlägen zu diesen Problemen gefehlt, dabei ist nicht nur an ihre Aktion zur Verteidigung und Bestimmung der jeweiligen Vorrechte und der organisatorischen Struktur von Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Industriebetriebs gedacht, sondern auch an die Absteckung eines neuen Systems von industriellen Beziehungen im Bereich von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, die in diesem Rahmen beispielhaft und zum Teil auf alle gewerkschaftlichen Beziehungen innerhalb des Industriebereichs anwendbar sein sollen. Aber die CGIL ist natürlich der Meinung, daß die Überwindung der rückständigen Mentalität der italienischen

Unternehmerschaft nicht mit Hilfe von bloßen Worten und auch nicht allein mit den geschilderten, an sich gerechtfertigten Initiativen erreicht werden wird, sondern in erster Linie dadurch, daß die Forderungen inhaltlich zunehmend adäquater ausgebaut, daß sie mit der Dynamik der konkreten Arbeitsbedingungen verknüpft werden und daß die Arbeiter sich gleichzeitig zunehmend die Fähigkeiten aneignen, den Produktionsprozeß und die Arbeitsverhältnisse in eigener Bestimmung zu leiten.

Anmerkungen

(1) Dem Schlußantrag des Kongresses in Genua zufolge sollte sich der Plan in folgende vier Punkte gliedern: 1. Nationalisierung der monopolistischen Elektrizitätswerke und Gründung einer nationalen Elektrizitätsanstalt, die die Leitung der nationalisierten Betriebe übernimmt und die insbesondere die Aufgabe hat, die Gründung neuer, für die Erfordernisse der produktiven und friedlichen Entwicklung des Landes ausreichender Wasserkraftwerke in kurzer Zeit voranzutreiben. 2. Gründung einer nationalen Körperschaft für Urbarmachungs- und Bewässerungsarbeiten sowie für Bodenreformen mit der Aufgabe, eine intensive Entwicklung der italienischen Landwirtschaft, speziell im Süden, im Zusammenhang mit der anlaufenden Realisierung der Agrarreform in Gang zu setzen. 3. Gründung einer nationalen Körperschaft für den sozialen Wohnungsbau, um den Bau von Sozialwohnungen, Schulen, Krankenhäusern etc. in allen Provinzen Italiens, vor allem in den von Kriegsauswirkungen am stärksten betroffenen Gegenden, zu fördern. 4. Durchführung eines breit gefächerten Programms öffentlicher Arbeiten, die den Mindestanforderungen eines zivilisierten Zusammenlebens entsprechen (Straßen, Wasserleitungen, Kanalisation, Beleuchtung, Telefon, ärztliche Versorgung). Vgl. I Congressi della CGIL, Editrice sindacale italiana, Roma 1952, Bd. III, S. 376.

(2) Der besagte Umschwung wurde mit der Zusammenkunft des Führungskomitees der CGIL (April 1955) nachdrücklich ingangegesetzt. In seiner Einleitungsrede stellte sich für den Abg. Di Vittorio die Frage folgendermaßen: "Unsere Fehler sind nicht

die, die uns die gegnerische Seite zuschreibt: es ist nicht wahr, daß wir unsere Kräfte in unnötigen Kämpfen aufgerieben haben, im Gegenteil, in bestimmten Gegenden, in bestimmten Fabriken haben wir nicht genug gekämpft und haben schwach auf das Vorgehen der Unternehmer reagiert. In Wirklichkeit haben wir nicht eingehend genug die Veränderungen in den Betrieben untersucht, soweit sie die unterschiedlichen Bedingungen der an die Produktion gebundenen Existenz, der technischen Organisation sowie der Lohnstruktur betreffen. Unsere Fehler liegen in der Tendenz zur Unbestimmtheit und zum Schematismus, wir haben unangemessene Formeln und Strategien angewandt und uns auch dann darauf versteift, als die reale Entwicklung in der Fabrik neue Formen angenommen und die gegnerische Seite neue Methoden und Kampfmittel gegen uns anzuwenden begonnen hatte". Und die bei dieser Gelegenheit angenommene Resolution stellte fest: "Die Tatsache, daß es dem Unternehmer gelungen ist, den Arbeitern in zahlreichen Betrieben seine absolutistische Vorherrschaft aufzuzwingen, beweist, daß die Formulierung der gewerkschaftlichen Politik und die Aktivitäten der Organisationen der CGIL Fehler, Schwächen und Lücken enthielten. Nachdem die Gewerkschaftsleitung eine kritische Überprüfung und Selbstkritik dieser Mängel vollzogen hatte, weist sie alle Organisationen der CGIL auf die Notwendigkeit hin, von Grund auf Arbeits- und Leitungsmethoden zu erneuern, wobei jede Form von Schematismus und Unbestimmtheit in der Formulierung von gewerkschaftlichen Problemen auszuschließen ist. Diese Formulierung muß den neuen, realen Ansprüchen der Arbeiter entsprechen, indem sie die Veränderungen in der technischen Organisation und der Struktur der Löhne sowie die Einführung neuer wissenschaftlicher Kontroll- und Unterdrückungsmethoden berücksichtigt, deren gegen die Arbeiter gerichtetes Ziel es ist, ihre Einheit zu durchbrechen, sie zu isolieren und sie getrennt zu schlagen. Es ist unerläßlich, schnell eine direkte und lebendige Verbindung zwischen der Führung der Organisationen der CGIL und den Arbeitermassen herzustellen, um die Kluft zu schließen, die sich in letzter Zeit gebildet hat". Vgl. Notiziario CGIL, n. 8, 30. April 1955, S. 254.

LUIGI FERRARIO

POLITIK DER FORDERUNGEN DER CISL IN DEN FÜNFZIGER JAHREN

(1962)

Die Wechselbeziehungen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem innerhalb eines ökonomischen Systems erreichten technischen Fortschritt sind bekannt. Vor allem die "produktivistischen" Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung weisen auf den engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Effizienz und technologischen Innovationen innerhalb der Produktionseinheiten hin. Es ist unbestritten, daß die technische Perfektion und die Produktionskapazität durch die Anwendung von wissenschaftlichen Versuchsmethoden im Bereich der Produktion eine stetige Steigerung erfahren. Es ist also evident, daß eine direkte Beziehung zwischen beiden Aspekten, die in der Organisation der Produktion eng miteinander verknüpft sind, besteht.

Weniger Untersuchungen gibt es hingegen über die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und technischem Fortschritt auf der einen Seite und dem Sich-Ausbreiten der Gewerkschaftsbewegung auf der anderen. Die Vereinigung der Werktätigen, oder, wie es meistens heißt, "die Gewerkschaft", ist - obwohl es natürlich von Land zu Land und je nach historischem Zeitpunkt unterschiedliche Erfahrungen gibt - strukturell an eine institutionelle Ordnung gebunden, in der die Produktionsprozesse industriellen Charakters ablaufen. In der Gewerkschaft schließen sich jene Personen zusammen, denen in diesem Produktionssystem die besondere Aufgabe zukommt, sich als ausführende Subjekte in den Produktionsprozeß eines Industrieunternehmens einzugliedern, um psychische und physische Arbeitsleistung zu erbringen; als Gegenwert dafür erhalten sie ein Einkommensquantum, das dem Wert der erbrachten Leistung entspricht. Durch die Beziehung zwischen den Arbeitskräften und dem Unternehmen wird also ein Tauschverhältnis (Lohn) geschaffen, das allerdings die Endergebnisse des Betriebs unberücksichtigt läßt.

Es stimmt allerdings, daß die Lohnabhängigen in dem Maße, in dem sie sich ihrer Position bewußt werden - was unabdingbar ist, auch wenn es sich nur um ausführende Funktionen handelt - eine verstärkte Solidarität der Interessen innerhalb dieser Gruppe entwickeln mit dem Ziel, eine Veränderung des Tauschverhältnisses zu ihren Gunsten herbeizuführen: auf diese Weise bildet sich die Gewerkschaft heraus, als Zusammenschluß all derer, die mit einem stets größeren Anteil am Ertrag des Betriebes teilnehmen wollen, da er

sich doch gerade durch ihre Mitarbeit entwickelt hat. Unter dem ökonomischen Aspekt ist die Gewerkschaft eine typische Erscheinungsform der Monopolbildung auf den Märkten der modernen Wirtschaft: nämlich eine Monopolbildung, die das Angebot an Arbeitskräften betrifft.

Aber die Stellung der Gewerkschaftsbewegung würde eine unzulängliche Erklärung erfahren, wollte man sich darauf beschränken, in ihr nur ein Resultat der institutionellen und wirtschaftlichen Veränderungen infolge der industriellen Revolution zu erblicken. Die Gewerkschaft ist darüberhinaus der "Willensausdruck" einer Gruppe von Leuten, die - eingegliedert in ein bestimmtes Produktionssystem - die Absicht verfolgen, eine Veränderung der Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen indem sie soweit möglich, die Bedingungen verändern, unter denen die Forderung nach Lohnerhöhungen gestellt wird. Die Veränderungen, die von seiten der Gewerkschaft in Angriff genommen werden, betreffen nicht nur das Tauschverhältnis, sondern zielen auf die Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse bei der Unternehmensführung, also auf die betriebliche Organisation, in der die Entscheidungen gefällt werden und somit auch auf die Organisation der Gesellschaft, in der die Individuen tätig sind, d.h. auf einen Bereich, für den sich bisher fast ausschließlich die Unternehmerschaft als kompetent betrachtete.

Auf diese Weise bemüht sich die Gewerkschaft, das Tauschverhältnis zugunsten der Lohnempfänger zu verbessern; gleichzeitig will sie die Arbeiter dahingehend aktivieren, daß sie Verantwortung übernehmen, direkt, für das im Betrieb von ihnen geschaffene Produkt und, indirekt, für das Sozialprodukt. Dadurch entsteht ein enges Wechselverhältnis zwischen den Aufgaben der Gewerkschaft, dem wirtschaftlichen Fortschritt und der bürgerlichen Gesellschaft. Während die Gewerkschaft stets bestrebt ist, die wirtschaftliche Entwicklung eines Produktionssystems zu fördern und weiterzutreiben, kommt eben diese Entwicklung auch ihr zugute. Die Zunahme der Arbeitsplätze ist nämlich Voraussetzung für die Zunahme der Mitgliederzahl in der Gewerkschaft; dies wiederum bedeutet, daß die Gewerkschaft ihre Vorstellungen schlagkräftiger realisieren kann, weil das Angebot auf dem Arbeitsmarkt ihrer völligen Kontrolle unterliegt. Hier wird deutlich - natürlich gibt es auch Ausnahmen - daß ein enges Wechselverhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Schaffung neuer Arbeitsplätze einerseits und dem letztgenannten Faktor und der Stärkung der Gewerkschaft andererseits besteht.

Der Wachstumsrhythmus eines ökonomisch-sozialen Systems wird durch vorgefaßte Zielsetzungen so gesteuert, daß sich eine funktionale Verbindung zwischen einem stets höheren Sozialprodukt - in Folge der wirtschaftlichen Entwicklung - und der Verteilung dieses Sozialprodukts an die verschiedenen Gruppen, die an seiner Erstellung teilnehmen, realisiert. Bei diesem Bestreben, durch das schließlich und endlich rationale Beziehungen (sowohl innerhalb der Betriebe als auch innerhalb der Gesellschaftsordnung allgemein) geschaffen werden, trägt die Gewerkschaft dazu bei, sowohl die Vergrößerung als auch die Verteilung des Sozialproduktes zu beschleunigen.

Die Erfahrungen jener Länder, wo es neben starken Umwälzungen im Bereich der technisch-ökonomischen Organisation auch zur Entstehung von Gewerkschaften kam, die sich wirklich für eine Verteidigung des Einkommensniveaus der Arbeiter eingesetzt haben, zeigen sehr deutlich, daß eine äußerst positive wechselseitige Beeinflussung zwischen technischem Wachstum und sozialem Fortschritt stattgefunden hat.

Man muß allerdings hinzufügen, daß diese gegenseitige Beeinflussung der beiden genannten Faktoren in einer fortwährenden Auseinandersetzung der im Spiel befindlichen Kräfte stattfindet: dieses widersprüchliche Kräftespiel produziert mal Überdruck-, dann wieder Verlangsamungserscheinungen. In einer Gesellschaft, die sich für eine kapitalistische Organisation - wie immer auch das allgemeine politische Gefüge aussehen mag - des ökonomischen Prozesses entschieden hat, in der die Freiheitsräume der darin tätigen Individuen nicht angetastet werden sollen, zeichnet sich die Tendenz zur fortwährenden Steigerung der Güterproduktion bei gleichzeitiger Einführung von technischen Neuerungen und Verbesserungen ab; außerdem die Tendenz zur stets größeren Übertragung von Kompetenzen vom Menschen auf die Maschine und zur unausbleiblichen Herausbildung von zwei zunehmend stärker differenzierten Gruppen: die Gruppe der Manager, die stets größere wirtschaftliche und organisatorische Verantwortung an sich zieht, und die Gruppe der Ausführenden, deren Verantwortung im Produktionsprozeß sich fortdauernd reduziert. Gleichzeitig wird der Wille der Arbeiterschaft bemerkbar, die traditionellen Entfremdungserscheinungen zu überwinden, seien sie nun technischer Natur, herrührend von der Teilung des Arbeitsvorganges in kleinste Einheiten, oder wirtschaftlich-sozialer Natur, bedingt durch den Ausschluß von den betrieblichen Entscheidungsbefugnissen und der Beteiligung an den ökonomischen Resultaten des Unternehmens.

Gerade die formale Organisation der Arbeiterschaft, die Gewerkschaft, ermöglicht durch ihre verantwortliche Politik eine Überwindung der beschriebenen Spannungen bis hin zur Erreichung von Zielvorstellungen, die in der technischen und ökonomisch-sozialen Struktur bereits angelegt sind; dabei wird die Effizienz des kapitalistischen Produktionssystem nicht gefährdet, sondern erfährt ganz im Gegenteil eine weitere Förderung, was wiederum eine Verteilung seiner Vorteile an alle Beteiligten ermöglicht. Vorübergehend erweckt es den Anschein - besonders wenn sich die Innovationen häufen -, als ob die Spannungen, die den Motor des sozialen Prozesses ausmachen, ungehemmt zum Ausbruch kommen und einen Bruch zwischen der Tendenz zur Erneuerung der Produktionsstrukturen und der Gewerkschaftsbewegung erzeugen. Zwar wird ein neues Gleichgewicht des Systems mit besserer Nutzung der menschlichen Energien und der materiellen Ressourcen angestrebt; dabei kommt es jedoch in der Übergangszeit zu Friktionen und Spannungen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, die manchmal ein Ausmaß annehmen, das das Erreichen des gesetzten Zieles gefährdet. Langfristig gesehen sind allerdings keine radikalen Gegensätze zwischen technischem und sozialem Fortschritt erkennbar, im Gegenteil eher gegenseitige Anreize zur Schaffung der geeignetsten Bedingungen für eine bürgerliche und demokratische Gesellschaft.

Die Bemühungen der Gewerkschaft laufen sowohl kurzfristig als auch langfristig darauf hinaus, daß die Spannungen sich in konkreten Reformen niederschlagen und damit ein neues Gleichgewicht erzeugen; zur Verwirklichung dieser Aufgabe sucht die Gewerkschaft eine optimale Verankerung im Betrieb und vermittelt dort den Arbeitern das Bewußtsein über ihren entscheidenden Beitrag bei der Produktion bis hin zum fertigen Produkt, indem sie ihnen die soziale und moralische Bedeutung ihrer Arbeit vor Augen führt; schließlich unterstützt sie die Forderungen der Arbeiter, die auf erleichterte Produktionsbedingungen hinauslaufen (dies alles geschieht, um eine solide Grundlage für eine wirksame Vertretung der Arbeitsinteressen schaffen zu können). Die Gewerkschaft leistet somit eine wirkliche verantwortliche Tätigkeit: sie ermuntert die Arbeiter zur Auseinandersetzung und zur Lösung der Probleme, die sich aus ihrer Stellung innerhalb eines bestimmten ökonomisch-sozialen Systems ergeben, und zwar dort, wo sie am leichtesten meßbar und erkennbar sind. Gleichzeitig strebt sie danach, eine wirkliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und, langfristig, auch der politischen Landschaft zu erreichen. Durch die

organisierte freie Wahrnehmung der eigenen Interessen entsteht für die Arbeiter die Chance zur Überwindung der geschichtlichen Bedingungen ihrer Entfremdung; für die Gesellschaft als Ganzes bedeutet dies die Lösung einiger ihrer brennendsten ökonomisch-sozialen Probleme.

2. Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen bekommt das Entstehen einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung wie der CISL seine richtige Bedeutung; diese hat sich von den Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, distanziert und gleichzeitig die Aufgabe übernommen, sich mit den Problemen der Arbeitswelt, wie sie sich bei uns gestellt haben und noch stellen, auseinanderzusetzen; dabei standen die Beziehungen zwischen Gewerkschaftspolitik und ökonomisch-sozialer Struktur (Wachstum der industriellen Produktion, Struktur der Märkte, der Faktoren u.s.w.) stets im Mittelpunkt. Die CISL wird alles daransetzen, diese ihre Vorstellungen zu verwirklichen, allerdings in einer Situation, welche sich durch eine ganze Reihe von miteinander zusammenhängenden Mißverhältnissen kennzeichnen läßt: sektoriale Mißverhältnisse (zwischen zwei Produktionssektoren und manchmal sogar innerhalb eines Produktionssektors), territoriale Mißverhältnisse (Industriegebiete und landwirtschaftliche Gebiete), Mißverhältnisse zwischen demographischen Strukturen und Bodenschätzen, Mißverhältnisse zwischen bestehenden Bedürfnissen und den zur Verfügung stehenden Mitteln. Aber wie sieht es in einer so gekennzeichneten Situation mit der Verwirklichung einer Gewerkschaftspolitik aus, die an dem fundamentalen Ziel der Verteidigung des Lohnniveaus festhält? Die Erfahrungen anderer Organisationen haben doch mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß bei der besonderen Struktur unseres wirtschaftlichen Systems die Lohnsteigerungen meistens zunichte gemacht oder sogar überproportional aufgezehrt werden, und zwar durch die Möglichkeit der Unternehmer, die neuen Lohnbelastungen auf die Güterpreise abzuwälzen. Gerade die durch die Lohnsteigerungen ausgelöste Inflationsspirale erschwerte außerdem neue Investitionen, durch die die Macht und der Einfluß der Arbeiterschaft zugenommen hätten; diesselbe Inflationsspirale verunmöglichte die Entwicklung einer Gewerkschaftsorganisation, die das Angebot an Arbeitskräften einer totalen Kontrolle hätte unterziehen können.
Einer Gewerkschaft, die unter diesen Bedingungen entstand und die die beschriebenen Mißverhältnisse überwinden wollte, blieb - nachdem sie sich den radikalen Lösungen verweigert hatte - keine andere Möglichkeit, als ihre Lohnpolitik in den Zusammenhang der Lö-

sung des Produktionsproblems zu stellen. Der Rhythmus der Kapitalverzinsung sollte durch diese Lohnpolitik nicht nur nicht verlangsamt, sondern zusätzlich beschleunigt werden. Es galt eine Lohnpolitik zu entwerfen, welche die Interessen der italienischen Arbeiter gerade an jenem Platz verteidigen und fördern sollte, wo sie ihre Leistung verrichteten: in der Fabrik. Die gewerkschaftlichen Bemühungen stellten neben den allgemeinen Bedingungen des Arbeitsverhältnisses gerade die "Arbeitsplatzbedingungen" in den Mittelpunkt. Auf diesem Hintergrund entsteht die neue Gewerkschaftspolitik und entwickeln sich die neuen organisatorischen Strukturen der Gewerkschaft, deren Bezugspunkt die moderne, stets in Evolution befindliche Industriegesellschaft ist.

3.a) Die strukturellen Veränderungen, die sich in der Organisation des Produktionsbereiches abzeichnen, wirken sich auf den Arbeitsmarkt insofern aus, als sie das wirtschaftliche Gleichgewicht, das vor der Einführung dieser Innovationen bestand, verändern. Die Gewerkschaft kann bei der Kontrolle des Arbeitsangebotes nicht davon absehen, ihr Augenmerk auf das innerhalb eines wirtschaftlichen Systems existierende Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungstypus zu richten, und zwar sowohl was den absoluten Umfang dieser Beschäftigung angeht, als auch die sich innerhalb der Arbeiterschaft abzeichnenden Veränderungen. Im wirtschaftlichen System Italiens, wo der Faktor Arbeit nicht völlig genutzt wird, ist die Sicherung eines für die Mitglieder zufriedenstellenden Lohnniveaus für die Gewerkschaft mit großen Schwierigkeiten verbunden, gerade weil der Zustand einer andauernden strukturellen Arbeitslosigkeit von beträchtlichem Ausmaß der Gewerkschaft die totale Kontrolle des Faktors, den sie vertritt, verunmöglicht.
In einer solchen Situation bestehen die Aufgaben der demokratischen Gewerkschaft nicht nur darin, den Arbeitsmarkt zu kontrollieren, sondern darüber hinaus vor allem außerhalb dieses Marktes wirksam zu werden und eine Veränderung des ökonomischen Systems Italiens zu betreiben, so daß ein neues Gleichgewicht erreicht wird, bei dem alle verfügbaren Bodenschätze und das gesamte Arbeitslosenpotential genutzt werden. Angesichts der Probleme, welche die enge Verzahnung von Gewerkschaftspolitik und allgemeiner Wirtschaftspolitik mit sich bringt, hat die CISL es stets als ihre Aufgabe angesehen, Entscheidungen herbeizuführen, die den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen, d.h. einen Prozeß zu initiieren, der zur Förderung jener Sektoren

beiträgt, die von einem zufriedenstellenden Gleichgewicht noch weit entfernt sind. "Eine starke Wirtschaft für eine starke Gewerkschaft" war das Programm der CISL in den ersten Jahren nach ihrer Gründung. Sie geht davon aus, daß durch eine Stärkung der Wirtschaft viele Ursachen, die heute noch Arbeitslosigkeit und Stagnation erzeugen, beseitigt werden können.
Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der CISL über die weitere Entwicklung unseres Systems - unter besonderer Berücksichtigung der Vollbeschäftigung - haben sich in verschiedenen Erklärungen niedergeschlagen, in Zusammenhang mit den verschiedenen Konjunkturperioden, die die italienische Wirtschaft im letzten Jahrzehnt bestimmt haben. Die erste Resolution ist in einem Dokument enthalten, das auch heute noch ziemlich aktuell ist: ein Dokument, das vom Zentralausschuß anläßlich seiner Tagung in Bari (4.-5. Januar 1951) diskutiert und schließlich angenommen worden ist. Damals wurde der bedenkliche Zustand der Überalterung und Rückständigkeit unseres ökonomischen Produktionssystems einer kritischen Prüfung unterworfen und gleichzeitig mögliche Lösungen für die Probleme, die die Erneuerung unseres industriellen Produktionssystems mit sich bringt, angedeutet: die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und von Steuerungsinstrumenten die die Ausrichtung der Produktion an "Dringlichkeitsplänen" ermöglichen. Im besonderen wurde der Staat auf die vorhandenen Möglichkeiten aufmerksam gemacht, um "Bedingungen zu schaffen, mittels derer die Unternehmer zur Rationalisierung der Produktion stimuliert werden. Dabei sollte der Staat sein Vertrauen in die Wirksamkeit einer Preiskontrolle setzen, welche allerdings so konzipiert sein müßte, daß die Anreize zur Ausweitung der Produktion nicht unterdrückt werden, sondern die Unternehmer gezwungen werden, die Produktionskosten durch Rationalisierungsmaßnahmen zu senken. Auch indirekt kann der Staat auf eine Potenzierung der Produktionskapazität Einfluß nehmen, indem er zur Förderung und Unterstützung von wissenschaftlichen Untersuchungen und Absprachen beiträgt, die die Vereinfachung, Standardisierung und Rationalisierung der Produktion zum Ziele haben"(1).

Gleichzeitig verpflichtete die CISL ihre Funktionäre und Mitglieder, selber zum wirtschaftlichen Wachstum beizutragen. In demselben Dokument heißt es: "Eine außerordentlich wichtige Rolle im Rahmen der Potenzierung des wirtschaftlichen Wachstums kommt den Arbeitern zu. Eine Zunahme der Arbeitsproduktivität stellt eine unerläßliche Bedingung für die Inangriffnahme wirksamer Maßnahmen dar, mittels derer eine Überwindung der Tiefkonjunktur ins Auge gefaßt

werden könnte. Außerdem werden die Anstrengungen der Arbeiter zur Steigerung der Produktionskapazität eine Legitimation für Forderungen an Unternehmer und Regierung darstellen, ähnliche Anstrengungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unternehmen". (2) Auf diese Weise brachte die CISL zum Ausdruck, daß sie sich der unumgänglichen Notwendigkeit bewußt war, von der auch der Erfolg einer demokratischen Gewerkschaft in Italien abhing: die Struktur unseres wirtschaftlichen Systems konnte nur durch eine "produktivistische Politik" erneuert werden.
Das Sekretariat der CISL hat - gemäß den Beschlüssen der vorangegangenen Sitzungen des Zentralausschusses - bei verschiedenen Gelegenheiten den Regierungsvertretern Denkschriften zur inhaltlichen Präzisierung ihrer Politik zugeleitet. Auch die Veröffentlichung des Vanoni-Plans (2a) war, zu einem späteren Zeitpunkt, für die CISL ein Anlaß, um präzisere und artikuliertere Vorschläge aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik mit dem - für die Gewerkschaft und das ganze Land gleichermaßen wichtigen - Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zunahme der Beschäftigung vorzulegen.

Bereits zu Beginn des Jahres 1955 überreichte die CISL der Regierung und den demokratischen Parteien ein "Referendum", in welchem die Zustimmung, aber auch die Motive der Vorbehalte zum Ausdruck gebracht wurden, welche die CISL in bezug auf den "Plan" hegte. In vielen anderen Dokumenten kommt das dauerhafte Interesse der CISL für die wirtschaftliche Planung hinsichtlich Entwicklung und Vollbeschäftigung zum Ausdruck. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Entschlüsse, die anläßlich der Tagung des Zentralausschusses vom 10. bis 11. Oktober 1956 in Ladispoli gefaßt und beim 3. Nationalkongress in Rom im März 1959 wiederaufgenommen und noch weiter präzisiert wurden.
In der Resolution heißt es, daß "der Expansionsprozeß der italienischen Wirtschaft, wenngleich er bei Betrachtung des Produktionsniveaus einiger Sektoren zufriedenstellend verlaufen ist, allerdings die Strukturprobleme unseres Systems nicht genügend in Angriff genommen hat, speziell die Arbeitslosigkeit und die Unterschiede in der regionalen Entwicklung; außerdem ist die Einkommensentwicklung nicht so verlaufen, daß sie sich als ein geeignetes Mittel zur Lösung der schwierigsten Probleme der Krise der italienischen Wirtschaft erwiesen hätte." Weiter "wird eine Politik der staatlichen Investitionen gefordert und eine Steigerung der tatsächlichen Nachfrage durch Anhebung der Löhne oder durch Folgepläne zur Verbes-

serung des Lebensstandards und der Sozialversicherung der Arbeiter". (3)

Und weiter: "Der Kongreß drückt seine Überzeugung aus, daß die EWG keine ernste Gefahr für die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes darstellt; ganz im Gegenteil wird die EWG zu einem Faktor spürbaren wirtschaftlichen Fortschrittes und sozialen Wohlstandes für die Arbeiter werden, wenn die politischen Maßnahmen, die gerade mit Hinblick auf die Öffnung des europäischen Marktes entworfen wurden, richtig angewandt werden." (4)
Der Zentralausschuß brachte auf seiner Versammlung am 14.-15. Oktober 1959 in Rom eine Bestätigung der grundlegenden politischen Inhalte, die beim letzten Kongreß verabschiedet worden waren; gleichzeitig wurden neue Vorschläge ausgearbeitet, mit welchen Aktionen und mit welchen Mitteln eine Entwicklungspolitik in die Praxis umgesetzt werden kann. Wie aus diesen Texten, die allerdings alle auf ganz verschiedene Vorgänge und Zeiten Bezug nehmen, hervorgeht, hat die CISL keine Mühe gescheut, um die wirtschaftlich-sozialen Interessen der Arbeiter mit den allgemeinen Interessen des Landes zusammenfallen zu lassen, damit die wirtschaftliche Entwicklung zu intensivieren, auf das Entstehen einer effizienteren Wirtschaftsstruktur hinzuwirken, und damit auch gleichzeitig die Grundlagen für eine wirkliche Durchschlagskraft der gewerkschaftlichen Bewegung zu schaffen. Durch das Erreichen dieser Ziele wäre es möglich, der Verwirklichung einer größeren Sicherheit des Arbeitsplatzes, einer Verringerung der starken Arbeitslosigkeit und einem Realzuwachs der Löhne näherzukommen.
b) Etwas anders stellt sich das Beschäftigungsproblem, wenn man, anstatt vom wirtschaftlichen System in seiner Gesamtheit auszugehen, die innerhalb der einzelnen Betriebe sich abspielenden Veränderungen betrachtet. Diese Veränderungen technologischen Charakters sind grundsätzlich unter zwei fundamentalen Aspekten zu sehen: 1.) die Einführung von neuen energetischen Systemen und neuen Produktionsinstrumenten, 2.) die Einführung von neuen Systemen zur Organisierung der Produktion. Diese Aspekte sind wieder untereinander abhängig und haben - dies wird in Zukunft noch stärker geschehen - ihre Rückwirkungen auf das Beschäftigungsniveau, die Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften, die Art der Ausführung des Arbeitsvorganges und ganz allgemein das Verhältnis von Arbeiter und Organisation des Produktionsprozesses gehabt. (...)

Die gewerkschaftspolitischen Vorstellungen der CISL zu diesen Problemen sind in verschiedenen Dokumenten enthalten, in denen die

angemessensten Lösungsmöglichkeiten im gemeinsamen Interesse der Arbeiter und der Wirtschaft des Landes hervorgehoben werden. Angesichts des technologischen Fortschritts und im besonderen der automatischen Anlagen, die eine Veränderung der Produktionsprozesse der großen industriellen Unternehmen mit sich bringen, hat die CISL auch zu dem Problem der Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen. Bei seiner Tagung vom 7.-8. Juni 1956 setzte sich der Zentralausschuß der CISL mit den Folgeerscheinungen für die Wirtschaft für den Fall einer Arbeitszeitverkürzung auseinander und "fordert die Einzelgewerkschaften auf, ein großes Maß an Wachsamkeit zu üben für die durch den technologischen Fortschritt sich öffnende Möglichkeit, über Arbeitszeitverkürzungen von Betrieb zu Betrieb bzw. Situation zu Situation Verhandlungen zu führen; man soll sich aber vergewissern, daß solche Verhandlungen keine Rückwirkungen auf den Arbeitsrhythmus und die Arbeitsnormen haben und daß auch der Beschäftigungsgrad erhöht wird. Diese Verhandlungen müssen auch auf der Ebene der Sektoren und Untersektoren geführt werden, um auch hier dem Ziel der Abstimmung der Arbeitsbedingungen näherzukommen." (5)

Dieses Aktionsprogramm muß von anderen Maßnahmen begleitet werden, deren Ziel es ist, die Errichtung automatischer Anlagen, nach vorheriger Abstimmung mit den Gewerkschaften, mit anderen Erfordernissen zu koordinieren, vor allem mit den Lohnerhöhungen, so daß die Kaufkraft der Arbeiter erhalten bleibt, bzw. proportional zur Steigerung der Produktion und der Produktivität erhöht wird. Die technologischen Veränderungen erfordern eine Verbesserung der Methoden zur beruflichen Ausbildung der Arbeitskraft und eine angemessene Umschulung jener Arbeiter, die auf Grund neu errichteter automatischer Anlagen arbeitslos geworden sind. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat die CISL versucht, die Hauptziele dieser ihrer Politik deutlich zu machen, und ihre Aufgabe darin gesehen, sich überall dort zu engagieren, wo Bildungsprogramme für die Arbeitskräfte diskutiert oder in die Praxis umgesetzt wurden. (.)

c) Von den technologischen Veränderungen gehen tiefgreifende Rückwirkungen teils materiellen, teils psychischen und sozialen Charakters auf viele Aspekte der Arbeitsbedingungen aus; die Gewerkschaft muß sich über diese Rückwirkungen im klaren sein, um den technischen Fortschritt unter Kontrolle bringen und einen wirksamen Schutz ihrer Mitglieder ausüben zu können. Dabei geht die CISL davon aus, daß die technologischen Veränderungen nicht nur die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt, sondern die unerläßliche Bedingung für die Verwirklichung einer neuen Lohnpolitik

darstellen.
Bereits in einer Entschließung des Zentralausschusses in Ladispoli im Jahre 1953 wurden allgemeine Richtlinien fixiert, um das Verhältnis von Gewerkschaftspolitik und den Erfordernissen der Expansion des Produktionssystems zu konkretisieren: "Bei der Lohnentwicklung - in den obengenannten Fällen und Bedingungen - geht man davon aus, daß es unerläßlich ist, die stete Steigerung des Sozialproduktes nicht abzublocken oder zu erschweren, und daß die Entwicklung der Rentabilität des Produktionsapparats einen beschleunigten Rhythmus der Kapitalverwertung erforderlich macht: nur auf diese Weise wird es möglich sein, den beschäftigten und arbeitslosen Arbeitskräften immer neue Arbeitsplätze und Produktionsmittel anbieten zu können. Gleichzeitig ist es natürlich richtig und, bei Berücksichtigung der Lage gewisser Unternehmen, sogar notwendig, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Ertrag der Unternehmen auszubauen, d.h. ihre Produktivität zu vergrößern. (6)
Auch die Schlußresolution jenes Zentralausschusses setzte sich mit den allgemeinen gewerkschaftspolitischen Zielen auseinander und gab auch gleichzeitig ein Sofortprogramm an. In der Resolution heißt es: "Wenn man davon ausgeht, daß es beim Verteilungsprozeß des Sozialproduktes darauf ankommt, den Anteil für die Arbeiter im gleichen Maße zu vergrößern, wie die Produktivität des Systems zunimmt, dann stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln man diesem Ziel wohl am ehesten näherkommen kann. Diese Mittel bestehen ganz allgemein in der Anwendung einer Lohnpolitik, die je nach Sektor oder Unternehmen unterschiedlich ausfällt: unterschiedlich nicht nur was den Umfang der Forderungen, sondern auch was die Bedingungen angeht, unter denen die Forderungen gestellt werden. Diese Lohnpolitik fände ihre praktische Anwendung in der Ausarbeitung eines lohnpolitischen Plans, der durch Verhandlungstechniken, die eine Ergänzung der heute auf nationaler Ebene wirksamen Verhandlungsprozeduren darstellen, verwirklicht werden sollte. Auf diese Weise würde eine Diversifizierung des Lohnniveaus je nach der Tragfähigkeit der einzelnen Sektoren und Betriebe erreicht, wobei die Tragfähigkeit an der Leistungsfähigkeit der Produktion gemessen werden soll". (7) Der techn ologische Fortschritt bringt eine Veränderung der Arbeitsbedingungen mit sich, sowohl in Bezug auf den Arbeitsvorgang als auch in Bezug auf die Lohnstruktur. Eine Gewerkschaft, welche sich für die Interessen der Arbeiter stark machen will, kann nicht von den neuen Strukturen absehen, welche die Position des Arbeiters im Produktionsprozeß ausmachen. Die Leistung des Arbeiters in der Fabrik muß unter Berücksichtigung

seines Arbeitsplatzes bewertet werden, d.h. unter Berücksichtigung der neuen Maschinen, Einrichtungen und der Organisierung des Arbeitsvorganges. Das bedeutet, daß man sein Augenmerk - anders als bisher - auf die neuen Arbeits"plätze" und -"rhythmen" legen muß. Ein allgemeiner Tarifvertrag kann natürlich nicht auf die neuen Arbeitsvorgänge, wie sie in einzelnen Betrieben geschaffen werden, eingehen: er kann nicht die von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlichen Bedingungen berücksichtigen, denn die Produktionsvorgänge und Organisationsbedingungen der Arbeit sind hier äußerst verschieden strukturiert.
Die Veränderungen der Unternehmensstrukturen haben die Gewerkschaft gezwungen, sich in die Unternehmen hineinzubegeben, um Verhandlungstechniken zur Anwendung bringen zu können, die dem Warencharakter bzw. dem Grad der technologischen Entwicklung, den der Einzelbetrieb erreicht hat, eher angemessen sind. Die Tarifverhandlungen herkömmlicher Art lassen die Realität des Einzelbetriebs, in der der Arbeiter lebt, und die Komplexität und Verschiedenartigkeit der Arbeitsleistung völlig unberücksichtigt. Die Tarifverhandlungen, die sich in den nationalen Tarifverträgen niederschlagen, weisen eine grundlegende Schwäche auf: ihre Entfernung vom Arbeitsplatz ist zu groß, und damit bleibt in ihnen jene Vielzahl von Angelegenheiten unbehandelt, die sich direkt auf die Organisation des Unternehmens beziehen und damit konkret den Schutz des Arbeitsplatzes durchsetzen können.
Die wissenschaftliche Organisation der Arbeit hat einen neuen Arbeitertypus hervorgebracht, der immer weniger direkten und unmittelbaren Kontakt zum Resultat seiner eigenen Arbeit hat; gleichzeitig aber haben sich neue Beziehungen zwischen dem Arbeiter und dem Gesamtresultat der Arbeit des Betriebs, dem er angehört, entwickelt. Die Eingliederung jedes Arbeiters in die Produktionsorganisation vollzieht sich nicht etwa aufgrund einer statischen Qualifikation oder einer bestimmten manuellen Fertigkeit, sondern aufgrund einer umfassenderen Einsicht in seine Persönlichkeit und seine physischen und geistigen Möglichkeiten und Fähigkeiten. Mit der Entstehung der modernen Organisation kommt es zur konkreten Verwirklichung der Integration des Arbeiters in das Betriebsleben; der Arbeiter ist Teil einer Gemeinschaft von Personen, die alle - wenn auch mit verschiedenen Funktionen - eine gemeinsame Anstrengung unternehmen, deren Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn es zu einer hinreichenden Integration innerhalb der Gruppe kommt.
Aber auch die Lohnverhandlungen sind von der Art und Weise der

Organisation der Produktion abhängig, die dazu tendiert, dem Arbeiter eine klar abgegrenzte Aufgabe, welche in einer bestimmten Art und Weise und in einer bestimmten Zeit ausgeführt werden muß, zuzuweisen. Es etabliert sich eine Beziehung besonderer Art zwischen der Lohnstruktur und dem Entwicklungsgrad der Technik und der Organisation. Solange der Arbeiter im Produktionsprozeß bei der Ausführung seiner Arbeit über eine ziemlich große Eigeninitiative verfügt und solange der Arbeitsrhythmus durch seine Geschicklichkeit bestimmt wird - mindestens zu einem bedeutenden Teil -, ist ein Lohnsystem vorherrschend, das neben dem Zeitlohn zusätzliche Anreize einführt, um beim Arbeiter Interesse für einen erhöhten Produktionsrhythmus zu wecken. Die individuellen Anreize (die sogenannte Akkordarbeit) erhalten eine bedeutende Funktion im Produktionsprozeß und stellen bis zu einem gewissen Grade einen Ausgleich für die fehlerhafte Organisation des Unternehmens dar.

Aber mit der Expansion und der verstärkten Perfektion des Unternehmens geht die Initiative bei gleichzeitiger Verkümmerung der traditionellen beruflichen Fertigkeit vom Menschen auf die Maschine über; der Produktionsprozeß wird von oben kontrolliert und organisiert, wobei die Aufgaben jedes Arbeiters und Art und Weise und Zeit der Ausführung des Arbeitsvorganges im voraus festgesetzt und durch den Rhythmus der Maschinen, die durch ein Fließband miteinander verbunden sind, diktiert werden. Mit der Weiterentwicklung der Organisation des Produktionsprozesses verlieren die individuellen Anreize an Bedeutung, während neue Formen von kollektiven Anreizen auftauchen (für das Team, die Abteilung oder das ganze Unternehmen). Nicht mehr die Geschicklichkeit oder die Fertigkeit des einzelnen Arbeiters ist ausschlaggebend, sondern jene des Teams oder der Abteilung, welche sich in gemeinsamer Anstrengung um eine bestimmte Arbeitsleistung bemühen. Man könnte also sagen, daß der technologische und organisatorische Fortschritt dazu beiträgt, die Bedeutung und Wirksamkeit jener Anreize herabzusetzen, die zur Steigerung der Produktivität wie auch bei der Lohnbemessung an die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters gebunden sind.
Die Gewerkschaften hatten entscheidenden Anteil an der Fixierung der Akkordlöhne und haben auch hier dauernde Auseinandersetzungen nicht gescheut. Aber die Gründe der gewerkschaftlichen Vorbehalte gegen die verschiedenen Formen dieser individuellen Lohnanreize liegen weniger in dem Verfahren selber, als vielmehr in der Tatsache, daß sie ohne Absprache eingeführt wurden und sich aus-

schließlich an den Interessen des Betriebs unter Preisgabe der Arbeiterinteressen ausrichteten. ( )

d) Die von der CISL eingeschlagene Lohnpolitik findet ihre besondere Ausprägung darin, daß sie auch das Problem der Finanzierung der technologischen Innovationen nicht vernachlässigt. In den Vorschlägen des Zentralausschusses bei seiner Tagung in Ladispoli (10. -11. Oktober 1956) zur Realisierung des Vanoni-Plans kommt zum Ausdruck, daß man Anstrengungen in Richtung einer Steigerung der Sparquote unternehmen muß, um eine Finanzierung des Entwicklungsplanes unter Beteiligung auch der Arbeiter zu ermöglichen. Die demokratische Gewerkschaft erklärte ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und zwar mit einer Gewerkschaftspolitik, die die Beschleunigung des Rhythmus der Kapitalverwertung und gleichzeitig eine Verstärkung der Verbrauchernachfrage zum Ziele haben sollte. Eine Beschleunigung der Kapitalverwertung, die durch eine strikte Enthaltsamkeit bei der Lohnentwicklung erreicht würde, wäre nicht nur vom Standpunkt der Gewerkschaft her untragbar, weil das durch die Produktivitätssteigerung erreichte Einkommen nur den Unternehmern zugute käme, sondern wäre auch insofern negativ, als sie den einzelnen am Produktionsprozeß Beteiligten nicht mehr zur Anstrengung anspornen würde.

Die Erreichung des zweifachen Ziels, das eben angesprochen wurde, verlangt die Anwendung einer Lohnpolitik, welche die extensive und intensive Entwicklung des Systems erleichtert. Dies könnte erreicht werden, wenn die Lohnsteigerungen die Grenze des Produktivitätszuwachses in den verschiedenen Produktionssektoren oder den einzelnen Unternehmen nicht übersteigen. Wenn diese Grenze erreicht wird, versucht man das Gleichgewicht des Systems auf ein stets höheres Niveau zu verschieben, ohne dadurch einen Inflationsschub zu erzeugen; auf der einen Seite wird nämlich das reale Angebot durch einen größeren Güterfluß erweitert, andererseits kommt es zu einer Ausdehnung der Nachfrage auf Grund des Lohnzuwachses, der wiederum ein Entgelt für die größere produktive Anstrengung der Arbeiter darstellt. Auch in Bezug auf die Quote der "zusätzlichen" Investitionen, die notwendig sind, um eine extensive Entwicklung des Systems zu erreichen, könnte die Gewerkschaft einen Beitrag leisten: die Auszahlung eines Teils der Lohnerhöhungen könnte - nach den Weisungen eines Plans für die wirtschaftliche Entwicklung - zeitlich zurückgestellt werden und damit als Rücklage bzw. für Investitionen verwendet werden.

Einer solchen Gewerkschaftspolitik kommt - eine richtige Anwendung stets vorausgesetzt - eine bedeutende Rolle bei der Stimulierung

des Wachstumprozesses zu: durch die Ausdehnung der Nachfrage führt sie zu einer positiven Beeinflussung der Wirtschaftsträger und gewährleistet gleichzeitig eine Akkumulierung der Gewinne, ohne daß dies zu einer Zurücksetzung der Erwartung der Arbeitnehmer auf einen Zuwachs ihres Einkommens führt. Diese Hinweise machen deutlich, welch grundlegende Bedeutung einer Lohnpolitik zukommt, die differenziert nach dem verschiedenen Leistungsniveau der Betriebe vorgeht und damit einen Teil des hohen Ertrages in den Unternehmen, welche eine besonders große organisatorische und technologische Effizienz aufweisen, den Arbeitern zugute kommen läßt. So kommt es: a) daß die Unternehmen oder Sektoren, die eine ziemlich hohe Produktionskapazität aufweisen, zu Adressaten von besonderen Lohnforderungen gemacht und damit zur Intensivierung ihrer Anstrengungen gezwungen werden, um die erhöhte Belastung durch Rationalisierungen oder durch Einführung von Innovationen aufzufangen; b) daß die Kaufkraft der Arbeiter, die bei diesen Unternehmen tätig sind, real zunimmt und zur Verstärkung der Güternachfrage bei den anderen Produktionssektoren beiträgt: dies wiederum bringt indirekt Vorteile für jene Arbeiter, die bei Unternehmen beschäftigt sind, wo das Lohnniveau gerade die Minimalbeträge des nationalen Tarifvertrages erreicht; c) daß sich dadurch im wirtschaftlichen System eine bemerkenswerte Dynamik etabliert, welche - ohne Inflationsschub - auf der einen Seite zur Förderung der technologischen Veränderungen und auf der anderen zur Expansion der Produktionsanlagen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt. (. .)

e) Die Regelung der Arbeitsbedingungen - sowohl der Bedingungen für die Leistung des Arbeiters als auch derjenigen für die Gegenleistung des Unternehmers - kann grundsätzlich auf zwei Wegen vonstatten gehen: auf dem Weg der Gesetzgebung und auf dem der Tarifverhandlungen. Von diesen beiden kann die Gewerkschaft nur den der Tarifverhandlungen direkt einschlagen, indem sie auf der Grundlage ihres Mandats als Repräsentantin der Arbeiter mit den Unternehmern in Verhandlungen tritt. Durch die Ausübung dieser grundlegenden Funktion wahrt die Gewerkschaft kontinuierlich die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern, wobei es mit dem Abschluß des "Tarifvertrages" erneut zu einer Bekräftigung der Freiheit des einzelnen Arbeiters und der gesamten Belegschaft innerhalb des modernen Betriebs kommt. Mit den Tarifverhandlungen werden der ungeschmälerten Ausübung von Unternehmermacht Grenzen gesetzt, bis hin zu einer grundlegenden Veränderung der Struktur des traditionellen kapitalistischen Unternehmens.

Die CISL hat stets jedes "Gesetz über die Gewerkschaften" abgelehnt und wird dies auch in Zukunft tun, solange dieses Gesetz die Errichtung eines Verfahrens vorschlägt, das zu der jetzigen Lösung für die Streitfragen am Arbeitsplatz - nämlich: Tarifvertrag auf der Grundlage von Verhandlungen - in Widerspruch stehen sollte: dies käme nämlich einem Verzicht der Arbeiterschaft auf autonome Bestimmung ihrer Interessen gleich. Laut der vom Zentralausschuß in Brunate verabschiedeten Resolution (30.-31. Oktober 1950) beansprucht die Gewerkschaft "das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation unter einem zweifachen Gesichtspunkt: dem Recht des Einzelnen, einer Berufsvereinigung beitreten zu können, und dem Recht auf Durchführung gewerkschaftlicher Aktionen;" und sie fordert, "daß eine Gesetzgebung über die Gewerkschaften sich in ihrer wesentlichen Ausprägung darauf beschränken sollte, einen juristischen Rahmen für die Tarifverträge zu liefern". (8)

Die Tarifverhandlungen erfüllen noch eine andere zusätzliche Funktion: man denke an die dauernden Veränderungen der Lage jener Arbeitnehmer, die in Betrieben tätig sind, welche unter dem Druck der technologischen und organisatorischen Innovationen einen stetigen Wandel durchmachen; die Verhandlungen ermöglichen es, daß Arbeiter und Unternehmer in Kontakt treten, um von Fall zu Fall jene infolge der neuen Arbeitsbedingungen erforderlichen Anpassungen und Verbesserungen zu realisieren. Die Tarifverhandlungen erfolgen auf verschiedenen Ebenen: auf der nationalen, auf der Branchenebene und besonders auf der Ebene des Einzelbetriebs: speziell auf dieser letzten Ebene kann die Gewerkschaft sich für die Sicherheit des Arbeitsplatzes einsetzen, sollte er durch vom technischen Fortschritt geschaffene Veränderungen oder neue organisatorische Strukturen des Betriebs gefährdet werden. (.)

4.a) Die Strukturen einer Gewerkschaft müssen bestimmte Merkmale aufweisen, sind sie doch das technisch-organisatorische Mittel zur Durchsetzung bestimmter gewerkschaftspolitischer Ziele: sie müssen geeignet sein, die Konzeption der Gewerkschaftspolitik in konkrete Maßnahmen umzusetzen.
Die Basis für die Struktur einer modernen Gewerkschaft muß auf jeden Fall in der Fabrik sein: ist dies doch der Schnittpunkt zwischen den technisch-organisatorischen Bedingungen der Leistung des Arbeiters und den technisch-wirtschaftlichen Bedingungen des Betriebs. Dort konstituiert sich durch Beitritte die Gewerkschaft als

solche, und wiederum dort verhandelt die Gewerkschaft über jedes einzelne Moment der Beteiligung des Arbeiters am Leben des Betriebes.

In der gewerkschaftlichen Tradition Italiens ist keine Gewerkschaftsorganisation bekannt, die wirksam am Arbeitsplatz präsent ist. In einem Bericht des Zentralausschusses von 1953 heißt es: "Eine Vielzahl von geschichtlichen Faktoren hat dazu beigetragen, daß bei der Gewerkschaft die Organisation auf regionaler Ebene sich gegenüber der auf Branchenebene durchgesetzt hat, und genauso die horizontale gegenüber der vertikalen. Es ist unerläßlich - so heißt es in demselben Dokument -, daß die von der CISL repräsentierte Gewerkschaftsbewegung eine eigene Organisation auf Betriebsebene aufbaut, von der neue Impulse für betriebliche Tarifverhandlungen und neues Leben für den gewerkschaftlichen Organismus als ganzen ausgehen können und die jede Einzelgewerkschaft dazu bringt als aktives Mitglied der Gesamtgewerkschaft innerhalb des neuen Organismus zu handeln. Es ist also nötig, daß in den Betrieben eine Gewerkschaftssektion errichtet wird, welche die Basis des organisatorischen Systems darstellt. Diese Sektion hat die Aufgabe, eine Verbindung zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der Wirklichkeit des Betriebs herzustellen und die Lohnforderungen auf Betriebsebene zu propagieren. Eine Gewerkschaft kann (und dies gilt für alle Ebenen, auf denen sie aktiv wird) nur dort erwarten, Tarifverhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen, wo Einsatz und Solidarität vorhanden sind und wo ihre Ziele von ihren Mitgliedern verstanden werden. Auch auf Betriebsebene hängt es nur vom Umfang der Mitgliederzahl, der Qualität der Funktionäre, der Güte der Forderungen und des allgemeinen Programmes ab, ob eine Veränderung der Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Betrieb durchgesetzt werden kann und ob auf dieser Ebene alle Anlässe, die ein Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter darstellen, genutzt und kontrolliert werden können." (9) Der Zentralausschuß von Rom kommt auf seiner Tagung vom 20.-22.7.1958 zu folgender Feststellung: "Durch die Gewerkschaftssektion innerhalb des Betriebes wird die Organisation der Arbeiter in den Industrie-, Landwirtschafts-, Handels- und Dienstleistungsbetrieben verwirklicht. Nachdem die Organe der regionalen Gewerkschaft außerhalb der Fabrik die Aufgabe erhalten haben, die Vertretung bei den Tarifverhandlungen zu übernehmen, ist es Aufgabe der Gewerkschaftssektion innerhalb des Betriebes, den Willensbildungsprozeß in Hinblick auf die Tarifauseinandersetzungen voranzutreiben. Diese Willensbildung verleiht der Repräsentanz der regionalen Gewerkschaft

eine inhaltliche Bedeutung. Die betriebliche Gewerkschaftssektion, primäre organisatorische Einheit für die Arbeiter innerhalb eines Betriebes, die einer Gewerkschaft beigetreten sind, übernimmt folglich im betrieblichen Bereich - unter der Leitung und Kontrolle der Gewerkschaft folgende Aufgaben: a) sie ist Vorkämpferin der Gewerkschaftspolitik, indem sie ständig auf die Zustände im Betrieb aufmerksam macht, das Interesse auf gewerkschaftliche Probleme lenkt und Forderungskataloge aufstellt; b) sie sucht die größtmögliche Zustimmung der Arbeiter im Betrieb für die gewerkschaftlichen Forderungen zu finden, d.h. eine einheitliche Willensbildung im Sinne der gewerkschaftspolitischen Vorstellungen der CISL zu erreichen; c) sie sucht immer neue Anhänger zu gewinnen und übernimmt die organisatorische Verantwortung für die Gewerkschaftsbeitritte innerhalb des Betriebs; d) sie versteht sich als Mittelpunkt von bildungspolitischen Anstrengungen (sowohl durch spezifische Ausbildungsinitiativen als auch durch eine Intensivierung von Begegnungen und Diskussionen), um den Willensbildungsprozeß und das Bewußtsein der Arbeiter zu fördern." (10)

Anmerkungen

(1) I lavoratori difendono l'Italia, l'Italia difende i lavoratori, Hg. CISL, Rom, 1951, S. 33-34
(2) a.a.O., S. 34
2a) Der Vanoni-"Plan für eine Entwicklung der Beschäftigung und des Einkommens in Italien für das Jahrzehnt 1955-64", benannt nach dem Minister, der den Entwurf im Parlament einbrachte, leitet die Diskussion über staatliche Wirtschaftsplanung ein. (A.d.R.)
(3) Le conclusioni programmatiche al III Congresso della CISL, in "Politica sindacale", aprile 1959, S. 199-200
(4) a.a.O., S. 201
(5) "Documenti", a.a.O., S. 134
(6) Un economia forte per un sindacato forte, a.a.O., S. 28-29
(7) a.a.O., S. 41
(8) "Documenti", a.a.O., S. 21
(9) Il sindacato e l'organizzazione di fabbrica, Hg. CISL, Rom 1957, S. 71
(10) CISL, "Documenti", a.a.O., S. 185-86

VITTORIO FOA

GEWERKSCHAFT UND KAPITALISTISCHE ENTWICKLUNG (1961)

Das in den gewerkschaftlichen Kämpfen erreichte hohe Niveau hat die kritischen Stimmen innerhalb der Organisation nicht schwächer werden lassen, sondern im Gegenteil verstärkt. Die theoretische Arbeit wird weiterhin fortgeführt, und die Fragen werden immer drängender gestellt. Dabei werden sämtliche Aspekte des gewerkschaftlichen Lebens miteinbezogen: die Inhalte der Forderungen, die Kampfformen, die Führungsmethoden und darüberhinaus zwangsläufig auch die strategische Perpektive.

Eines der Motive für dieses Drängen ist das wachsende Mißverhältnis innerhalb der Bewegung. Abgesehen von einigen, allerdings bemerkenswerten Ausnahmen, herrscht in Norditalien insgesamt eine Dynamik mit langanhaltenden Kämpfen, die zum großen Teil ganz neuartig sind. Dagegen haben wir im Süden - auch hier mit einigen wichtigen Ausnahmen (Bergarbeiter in Sardinien, Elektriker in Sizilien, Streik der Busfahrer, wichtige Betriebskämpfe in Neapel und Palermo) - eher die Stagnation herkömmlicher Art, nur zuweilen unterbrochen durch explosionsartige Ausbrüche von Arbeiterwut, denen die Kontinuität fehlt. Die Zweiteilung in der ökonomischen Entwicklung Italiens beginnt die gewerkschaftliche Organisation und die gesamte Arbeiterbewegung spürbar zu belasten. Wir können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Gefahr eines Bruchs in der Einheit der Arbeiterkämpfe abzeichnet.

Mit der banalen Bemerkung, daß der Norden eben entwickelt und der Süden rückschrittlich ist, kommen wir hier gewiß nicht weiter. Auch im Süden finden wir beachtliche Phänomene kapitalistischer Entfaltung, die in ihrem Innern die typischen Mißverhältnisse des Systems reproduzieren. Doch macht sich in diesen Bereichen der kapitalistischen Entfaltung im Süden (in den Fabriken ebenso wie auf dem Lande) keine Neuorientierung bemerkbar, die mit derjenigen in ähnlichen Bereichen des Nordens vergleichbar wäre. Wir dürfen uns keinesfalls von der Art und Weise und vom Typus der kapitalistischen Entwicklung abhängig machen lassen. Die Autonomie der Arbeiterklasse besteht in einer einheitlichen Sicht der ökonomischen und gesellschaftlichen Gesamtlage. Der Mechanismus kapitalistischer Entwicklung unter den Bedingungen der Führung durch Monopole ist in ganz Italien ein und derselbe, Expansion und Rückständigkeit sind zwei Seiten desselben Phänomens. Auch mit all ihren inneren Gegensätzen macht die ungleiche monopolkapitalistische Entfaltung den grundlegenden Widerspruch immer deutlicher - und

damit auch die Alternative zwischen der Strategie der Arbeit und der des Kapitals. Dies gilt objektiv sowohl in den Gebieten mit kapitalistischer Expansion wie in denen der Stagnation und des Rückschritts.
In den Gebieten der stärksten kapitalistischen Dynamik ist der neokapitalistische Mythos der fünfziger Jahre, der Mythos von der Integration der Massen in die kapitalistische Vorherrschaft, in die Krise geraten, und zwar sowohl in den Betrieben wie auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene; und das stärkste Kampfpotential zeigt sich in der Umkehrung der Entfremdung durch den emphatischen Ausdruck eines antagonistischen Klassenbewußtseins. Auch in den rückschrittlichen Gebieten bestehen - jedenfalls objektiv - sämtliche Bedingungen für einen heftigen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der Bauern, gegen jene Art kapitalistischer Entfaltung, die für den Rückschritt verantwortlich ist. Theoretisch unterscheidet sich der Lebenshorizont der Arbeiter in den beiden Situationen in keiner Weise, in der Praxis allerdings sehr wohl.

Dies zeigt sich weniger an den quantitativen Unterschieden im Kampfniveau als an der geringen Fähigkeit der großen Kämpfe in Norditalien, sich dem Süden zu vermitteln. Innerhalb der Nordregionen (und auch in Mittelitalien) scheint die Vermittlungsfähigkeit heute bereits ziemlich groß zu sein, - wobei selbstverständlich mit diesem Begriff kein Prozeß der Imitation bei der Aufstellung von unmittelbaren Kampfzielen gemeint ist , ebensowenig wie ein schlichter, passiver Reflex gleichartiger Entwicklungsbedingungen, sondern vielmehr die Entfaltung eines einheitlichen Bewußtseins, das die Arbeiter auch bei unterschiedlichen Bedingungen zu gemeinsamen Zielsetzungen führt: so kämpfen die Halbpächter der rückschrittlichen Regionen Seite an Seite mit denen der von der Agrarreform umgewandelten Betriebe, - ein Moment von Verheitlichung der zwei Seiten des ungleichen kapitalistischen Entwicklungsprozesses. Ähnliches gilt teilweise auch für die Tagelöhner.
Ohne den Einfluß objektiver Ursachen ausschließen zu wollen, scheint es mir doch, daß die geringe Vermittlungsfähigkeit der Kämpfe vorwiegend subjektiven Beschränktheiten, bestimmten Fehlern in der Durchführung zugeschrieben werden muß. Ich kann dazu hier nur Hypothesen vortragen, die notgedrungen schematisch sind. Meine erste Hypothese wäre, daß die norditalienischen Kämpfe trotz ihrer Breite noch teilweise auf ständischer, korporativer Ebene stehenbleiben, das heißt, daß sie teilweise noch auf bereichsbegrenzte Verbesserungen innerhalb des Systems abzielen und damit noch die ka-

pitalistische Expansion selbst (bei unwesentlicher Teilhabe an ihr) unterstützen, wodurch sie gerade nicht als einheitliche Erfahrung der Klasse vermittelt werden können. Die zweite Hypothese ist, daß die Strategie der Arbeiterbewegung im Süden noch im Bemühen um klassenübergreifende Bündnisse auf lokaler oder regionaler Ebene gegen einen undeutlichen äußeren Feind - den Staat oder den Norden - befangen ist, statt sich zur Einheit mit den Arbeitern des Nordens im Kampf gegen die gemeinsamen Ausbeuter zu öffnen.

Beide Hypothesen weisen auf ein und denselben Fehler hin: Dem Grundwiderspruch, der aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis und dem kapitalistischen Entwicklungstypus entsteht, werden Widersprüche vorgeordnet, die zwar real aber sekundär und in gewisser Weise nur Randerscheinungen des Systems sind. Keine meiner beiden Hypothesen kann mit einem kategorischen Ja oder Nein beantwortet werden. Wahrscheinlich stecken in der Erfahrung der Expansion ebenso Irrtümer wie in der des Rückschrittes. Die Frage erfordert genauere Untersuchung.

Inwiefern eine gewerkschaftliche Aktion einheitlichen Klassencharakter ausdrückt, kann nicht allein an ihren inhaltlichen Forderungen gemessen werden. Ich will die Bedeutung von qualitativ fortgeschrittenen Forderungen hier gewiß nicht unterschätzen; die Ausarbeitung von artikulierten Forderungen ist durch die Selbstkritik der Gewerkschaft seit 1955 ständig reifer geworden und hat ihren vollendetsten Ausdruck auf dem 5. Kongreß der CGIL 1960 gefunden. Dabei handelt es sich nicht einfach um eine Dezentralisierung der Forderungen, der Verhandlungsorte und der Kampfebenen (nach Branchen, Gruppen und Einzelbetrieben), sondern um eine Orientierung, die auf Verankerung der Forderungen in der konkreten Realität des Arbeitsverhältnisses zielt, um so durch eine Reihe von Zwischenzielen eine gewerkschaftliche Macht zu errichten, die fähig ist, sich in voller Autonomie dem Fabrikherren zu widersetzen, - und zwar in allen Aspekten der Situation des Arbeiters am Arbeitsplatz.

Diese Linie ist noch nicht voll verwirklicht worden, es gibt noch Verzögerungen und Mißverständnisse. Doch während man noch um ihre volle Durchsetzung kämpft, bemerkt man schon die Notwendigkeit einer Einsicht in die Grenzen, die sie fatalerweise impliziert, solange die Forderungen (mögen sie auch noch so fortschrittlich sein) noch isoliert gesehen werden, das heißt, solange sie noch nicht auf engste mit der Gesamtlage der Arbeiter gegenüber der kapitalistischen Macht verbunden werden. Auch die modernsten Forderungen, die am tiefsten in der Veränderung der Arbeits- und

Produktionsbedingungen verwurzelt sind, enthalten noch ständisch-korporative Elemente, solange sie sich darauf beschränken, innerhalb des bestehenden Machtsystems auf eine Modernisierung und Zivilisierung der Verhältnisse hinzuarbeiten, und nicht im Gegenteil bewußt auf den Aufbau einer Arbeitermacht hinzielen.
Die mit der Ertragssteigerung gekoppelten Prämien, die Einbeziehung der Akkordsätze und der Stellenpläne in die Tarifverhandlungen, die Angleichung der Qualifikationsstufen an die neuen Produktionsbedingungen, die Verringerung der Arbeitszeit, die tarifliche Absicherung von allgemeinen Lohnerhöhungen und Normverbesserungen, kurzum: der Gesamtkomplex von Forderungen, der heute den größten Reichtum des italienischen Syndikalismus ausmacht, läßt sich einzig und allein an der Art und Weise beurteilen, in der die einzelnen Forderungen sich mit dem Grundthema der proletarischen Lage verbinden, dem einzigen Thema, das ein einheitliches Klassenbewußtsein zu schaffen vermag: die Befreiung des Arbeiters aus seiner Abhängigkeit, die Aufhebung der neokapitalistischen Entfremdung, die Begründung und Bestätigung einer autonomen Macht, die zwar noch begrenzt aber doch in ihren Inhalten und Zielsetzungen klar ist.
Wenn die Gewerkschaftler immer wieder betonen, daß ein Kampf nicht nach seinen materiellen Resultaten bewertet werden kann, sondern nach dem Verhältnis, in dem er (natürlich mitsamt seinen Resultaten) zu den neuen Perspektiven steht, die sich für die Arbeiter im Kampf herausbilden, so sagen sie damit nichts anderes, als daß der Bewertungsmaßstab nicht statisch sondern dynamisch ist, daß er nicht umstandslos taktisch ist, sondern taktisch nur nach Maßgabe der Klarheit der strategischen Perspektive, für die eine taktische Errungenschaft als reales, nicht scheinbares Zwischenziel von Bedeutung ist. Dies verbietet, bei der Beurteilung eines Kampfes, den Inhalt der Forderung oder des Kampfergebnisses losgelöst vom Verlauf des Kampfes zu betrachten, getrennt von den Führungsmethoden, dem demokratischen Druck der Basis, dem mehr oder weniger fortgeschrittenen Entstehungsprozeß einer autonomen und bewußten Arbeitermacht mit eigener Perspektive und eigener Strategie. Eine Ertragssteigerungsprämie kann ein wichtiger Ansatz zur Kontrolle der Arbeiter über die Akkumulation sein, sie kann aber ebensogut ein starrer Mechanismus zur beschränkten Teilhabe der Arbeiter an den Gewinnen der Betriebe sein und somit die Gewerkschaft und die Arbeiter eher fesseln als befreien. Das Erkämpfen neuer Qualifikationsstufen samt ihrer Einbeziehung in die Tarifverhandlungen kann eine siegreiche Bestätigung der Person des Arbeiters sein, die

in ihrer gegenwärtigen Form bereits die eigene Zukunft und die Zukunft der ganzen Gesellschaft mitenthält, es kann aber auch eine dem Betrieb - und also dem System - unterworfene technische Vermessung der Arbeitskräfte sein, auf der Grundlage der jeweiligen Erfordernisse der Arbeitsorganisation, also nach Maßgabe des kapitalistischen Profits. Die gesamte Geschichte und Erfahrung gewerkschaftlicher Arbeit ist seit jeher - auch auf politischer Ebene - von zwei einander abwechselnden Methoden ihres Gegners durchzogen: jener der starren Verteidigung (auf politischer Ebene entspricht ihr der Einsatz der Polizeikräfte zur Unterstützung der Fabrikherren und zum Angriff auf die Gewerkschaften) und jener der elastischen Verteidigung, die den starken Druck der Arbeiter durch Zugeständnisse zu schwächen und aufzuweichen sucht, die quantitativ mehr oder weniger bedeutend sein können, aber qualitativ dem System unterworfen sind. Sogar wenn alle Aspekte des Arbeitsverhältnisses in die regulären Tarifverhandlungen einbezogen werden - eine noch lange nicht voll verwirklichte Errungenschaft -, so können diese Verhandlungen immer in zwei verschiedenen, einander entgegengesetzten Ergebnissen enden.
Die Notwendigkeit einer umfassenderen Einschätzung der aktuellen Gewerkschaftskämpfe (die politisch sein müßte, da sie sich auf die Machtstruktur bezieht) erscheint als notwendige und unmittelbare Projektion der artikulierten, d.h. auf die konkrete Lage des Arbeitsverhältnisses bezogenen Forderungen selbst. Vergegenwärtigen wir uns nochmals das Beispiel der Halbpächter: 1958 und 1959 gab es in dieser Berufsgruppe harte Auseinandersetzungen zur Überwindung jener alten Vorstellung von unspezifischer Agitation bloß demonstrativer Art, die lediglich auf die parlamentarische Reform der Pachtverhältnisse zusteuerte, und zur Durchsetzung eines neuen Verständnisses, das den gewerkschaftlichen Kampf in direkten Kontakt mit den konzessionsbereiten Pachtherren bringen sollte. Im selben Maße, wie sich dieses neue konkrete Verständnis durchsetzte, gelang es den Halbpächtern und ihrer Gewerkschaft, ein klares Bewußtsein von dem tiefen Bruch zu gewinnen, der die auf Pachtbasis organisierte Landwirtschaft immer deutlicher bestimmt: in den rückschrittlichen Gebieten durch die Vertreibung der Bauern durch die großen Landgüter und in den modernisierten Gebieten durch die immer härtere Unterwerfung der Bauern unter die kapitalistische Steuerung der Produktion und Distribution. Der gewerkschaftliche Kampf konnte sich erst und genau in dem Moment voll entfalten, als die Agrarreform als politisches Ziel, das für die gesamte Landwirtschaft, einschließlich ihres in hohem Maße kapitalintensi-

ven Sektors gültig war, die Perspektive einer Landwirtschaft assoziierter Bauern aufwarf, als konkrete Alternative zur kapitalistischen Entwicklungsweise. Die antikapitalistische Perspektive der Agrarreform hat die Entfaltung der gewerkschaftlichen Kämpfe ermöglicht, indem sie das Bewußtsein der Landarbeiter schärfte und ihren Eifer, vor allem bei den Jugendlichen, entfachte. Die Einheit an der Basis hat auf dem Lande ein nie gekanntes Maß erreicht, obwohl die Gewerkschaft der Halbpächter (Federmezzadri) den Kampf allein eröffnet hatte.

Und wenn heute auf politischer Ebene die Möglichkeit zur Durchbrechung des ländlichen Blocks - jener überaus wirksamen Waffe des christdemokratischen und klassenübergreifenden Zentrismus - besteht, um stattdessen ein festes Bündnis von unmittelbaren Bearbeitern des Landes und Arbeitern sowie von unmittelbaren Bearbeitern und Tagelöhnern aufzubauen, so liegt diese Möglichkeit keineswegs in der Verteidigung des bäuerlichen Hofes als Unternehmen (d.h. als kapitalistische Einrichtung, die den kapitalistischen Agrargroßbetrieb und den kleinsten und ärmsten Bergbauernhof auf die gleiche Stufe stellt), sondern einzig in der Verteidigung und Neubewertung der bäuerlichen Arbeit in unversöhnlichem Gegensatz zum kapitalistischen Profit und zur Grundrente. Über diese Probleme ist während der letzten Monate in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften heftig diskutiert worden, und es scheint, daß mittlerweile eine Orientierung vorherrscht, die das entscheidende Element für eine größtmögliche Ausbreitung des Kampfes und für seine Einheit in einer klaren antikapitalistischen Perspektive sieht.

Für die Fabrikkämpfe gilt im Kern dasselbe. Wir alle kennen zahlreiche Episoden, die sich fest in unser Gedächtnis gegraben haben, angefangen mit jenem Streik der Fließbandarbeiter bei Alfa Romeo im Frühjahr 1960, der einen qualitativen Sprung in den italienischen Arbeiterkämpfen bezeichnet hat. Als Mitte Mai 1961 zu Beginn des dramatischen Kampfes bei Italcementi die Arbeiter von 25 Werken der Gruppe den totalen, unbefristeten Streik beschlossen, und zwar gegen den Willen der nationalen Bauarbeitergewerkschaften in der CGIL und der CISL, die beide einen gemäßigteren Kampf empfahlen, beschränkte sich die Differenz zwischen der Forderung der Gewerkschaft und derjenigen der Arbeiter auf 9000 Lire (damals ca. 65,-DM) pro Jahr. Diese Summe war gewiß nicht der Grund dafür, daß sich die Arbeiter gegen die Ansicht ihrer Repräsentanten für diese extreme Kampfform entschieden, - sondern etwas anderes, das wohl wirr und undurchsichtig erscheinen mag, aber in Wahrheit sehr

eindeutig und klar ist: um endlich selber jemand zu sein und nicht mehr passives Objekt zur Verfügung der Fabrikherren, um sich als Klasse zu fühlen, um eine eigene Macht, sei sie auch noch recht unbestimmt, gegen den Fabrikherren und das System der Fabrikherren zu erobern. Ich habe hier nur ein Beispiel genannt, doch jeder, der Arbeiterversammlungen kennt, in denen die Arbeiter nicht bloß Ja oder Nein sagen dürfen, sondern mit dem Anspruch von Diskussion und Entscheidungen auftreten, in denen sie ihre gewählten Repräsentanten nicht einfach machen lassen, sondern in der Gewerkschaft eine Vertretung und Führung in ständigem und wechselseitigem Kontrollverhältnis sehen, der weiß nur zu gut, daß heutzutage das Verhältnis von unmittelbaren Forderungen und politischer Perspektive in Begriffen diskutiert wird, die sich nicht mehr überspielen lassen.

Die Ausarbeitung und Überprüfung der politischen Perspektive im Verhältnis zur Erfahrung der Bewegungen an der Basis wird immer notwendiger für die Entfaltung der gewerkschaftlichen Kämpfe selbst. Innerhalb der Betriebe ebenso wie außerhalb, in Politik und Verwaltung, in Kirche und Polizei, in der bewußtseinsvernebelnden Werbung und im sogenannten gesunden Menschenverstand, der den Willen lähmt, verfügt das Machtsystem über praktisch unbegrenzte Mittel. Auch das stärkste Kampfpotential kann leicht wieder absorbiert werden, wenn der Kampf in einer ständisch-korporativen Vorstellung befangen bleibt, wenn er sich an Widersprüchen festmacht, die zwar wirklich, aber zweitrangig sind (Widersprüche zwischen Löhnen und Preisen, zwischen Lohnhöhe und Profithöhe, zwischen Unterdrückung im Betrieb und Freiheiten außerhalb usw.) und damit den Kampf am Grundwiderspruch, der in der kapitalistischen Struktur der Produktion und Gesellschaft liegt, aufgibt. Dies ist keine eingebildete Gefahr, sie droht ständig und macht sich auch in den härtesten Kämpfen häufig bemerkbar. Den Vorwurf des Anarcho-Syndikalismus, der unterschiedslos gegen alle jene erhoben wird, die sich an eine Überprüfung der politischen Perspektive im Lichte der Arbeiterkämpfe machen, kann man lächelnd zurückweisen, wenn man in der kritischen Untersuchung eben gerade von der Ablehnung jeder Art von ökonomistischem Objektivismus ausgeht. Doch das Lachen vergeht einem, wenn man sich klarmacht, daß die schematische Trennung von ökonomischem und politischem Kampf, von Betriebskampf und parlamentarischer Aktion, die Beschränkung der Gewerkschaft auf die Ausarbeitung unmittelbarer Forderungen (oder schlicht auf die Agitation, wobei es dann der Partei überlassen bleibt, sie für die politischen Ziele zu be-

nutzen) zur Aushöhlung eben des gewerkschaftlichen Kampfes selbst führt oder ihn jedenfalls in einen Korporativismus einbindet, der ihm die Vermittlungsfähigkeit als Klassenerfahrung nimmt, ihn isoliert und seine Unterwerfung unter die bourgeoise, kapitalistische Macht im Betrieb und in der ganzen Gesellschaft vorbereitet.
Schon der Kampf im Betrieb ist ein Einstieg in die politische Arbeit. Er enthält bereits wertvolle Elemente einer Neugestaltung, wertvoll auch dann, wenn sie vorwiegend negativer, antikapitalistischer Art sind; es bedarf allerdings intensiver Arbeit, um sie in positive Elemente einer sozialistischen Perspektive umzusetzen. Die proletarische Lage in ihrer Abhängigkeit und Entfremdung am Arbeitsplatz, samt ihrer unmittelbaren Auswirkung auf das gemeinschaftliche Leben außerhalb des Betriebes (trotz aller individueller Ausbruchsversuche) setzt einen unausweichlichen Ausgangspunkt für die Bestimmung einer Linie zur Eroberung der sozialistischen Demokratie: In einer industrialisierten Gesellschaft muß die revolutionäre Perspektive sich auf die Aufhebung der Entfremdung gründen, auf die Befreiung des Menschen, der heute ein Mittel und Teilstück des Produktionsprozesses ist, auf seine Wiedereingliederung in die Gesellschaft der Menschen. In der großen Fabrik bemerkt der Arbeiter, mit entstehendem Klassenbewußtsein, aufs genaueste die organisatorische und technische Macht des Kapitalisten; er weiß, daß jener die Entscheidung fällt, und er lernt, daß die Entscheidungsgewalt des Fabrikherren über seine Arbeit auch dessen Entscheidungsgewalt über sein Leben und das seiner Genossen ist. Damit begreift er, wenn auch zunächst nur ansatzweise, etwas sehr Wichtiges: daß im Kapitalismus die Macht von der Verantwortung getrennt ist. Die repräsentative Demokratie, die auf das Mandat und damit auf die Verantwortung gegründet ist, bewegt sich anhand von Entscheidungen, die zum größten Teil schon vorher getroffen und unwiderruflich sind. Ein engagierter Arbeiter kann schwerlich die Behauptung akzeptieren, daß die Demokratie im Betrieb unterdrückt, aber im Lande draußen garantiert sei. Weshalb kommt dann die Demokratie nicht in den Betrieb herein? Man stelle diese Frage an engagierte Arbeiter. Sie werden sagen, wer drinnen kommandiert, der kommandiert auch draußen, - was nichts anderes heißt, als daß die Demokratie die Gefangene des Machtsystems ist. Dies bedeutet, daß das allgemeine System der Instrumente politischer und administrativer Gewalt - also in erster Linie der Staat - kein leerer Machtraum ist, der den Einwirkungen der verschiedenen Gruppen ausgesetzt wäre (gleichsam wie der Strick bei einem Tauziehen),

sondern randvoll mit vorfabrizierten monopolkapitalistischen Entscheidungen.
Die Schlußfolgerung lautet nun nicht etwa, daß man nur innerhalb der gesellschaftlichen Basis kämpfen könne und der Kampf im Überbau unnütz sei. Die Schlußfolgerung lautet im Gegenteil, daß die beiden Kampfebenen nicht getrennt werden dürfen und daß die repräsentative Demokratie als Instrument öffentlicher Macht erst dann wirksam werden kann, wenn sie von den lähmend auf ihr lastenden Hypotheken befreit wird, daß allerdings dieser Befreiungskampf sich notgedrungen - wenn auch nicht ausschließlich - an der Basis, an den Arbeitsplätzen abspielt, in Form einer kontinuierlichen und schrittweisen Erringung von Arbeitermacht. Die Tatsache, daß dieser Kampf sich in dieser Phase als Eroberung von gewerkschaftlicher Macht darstellt, nimmt ihm nichts von seinem politischen und revolutionären Inhalt, immer vorausgesetzt natürlich, daß das Ziel als Zwischenstufe gesehen wird, nicht als Selbstzweck.
Aus all dem ergibt sich, daß das Thema der beschränkten Vermittlungsfähigkeit der norditalienischen Arbeiterkämpfe nicht mit Hinweisen auf technische Mängel der Gewerkschaften erschöpfend behandelt werden kann. Es ist ein politisches Problem und muß als solches entfaltet werden.
Das gleiche gilt für die Lage im Süden. Auch hier bezeugen die Kämpfe durch ihre Entwicklungsweise und ihre besondere Intensität und Härte eine immense Kampfbereitschaft, die häufig weit über das Niveau der unmittelbaren Forderungen hinausgeht. Auch hier bringen die Arbeiter, die den Kampf begonnen haben, einen Protest zum Ausdruck, der ihre gesamte Lage als Unterdrückte umfaßt, in den Betrieben wie in der Gesellschaft überhaupt. Alles in allem ist jedoch die Entwicklung noch gering und wenig dauerhaft.
In der Gewerkschaft macht sich außerdem ein deutliches Nachhinken und eine gewisse Taubheit bemerkbar, wenn es darum geht, die neuen Tatsachen im Süden zu erkennen und zu interpretieren: das Vordringen des Kapitalismus mit allen seinen Faktoren, nicht nur der Auflösung, sondern auch der Schaffung neuer Strukturen. Auch dieses Unvermögen kann nicht einfach auf mangelnde intellektuelle Fähigkeiten der süditalienischen Gewerkschaftsfunktionäre geschoben werden. Als offenes Problem und Gegenstand der Reflexion stelle ich hier die Hypothese auf, daß die Schwierigkeiten aus einem Widerspruch zwischen dem Charakter der neuen Arbeiterkämpfe und der derzeitigen politischen Perspektive entstehen.

Auf der Mezzogiorno-Politik der Arbeiterbewegung lastet offenbar immer noch ein Rest jener einigermaßen mythologischen Vorstellung vom Monopol, die nach 1948 weit unter uns verbreitet war. Die monopolistische Macht wurde damals dargestellt als die Macht von acht oder zehn oder zwanzig Großkonzernen, die den gesamten Markt beherrschen und denen nicht nur die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Bauern entgegenstehen, sondern auch die der gesamten Mittelschicht und der nicht-monopolistischen Kapitalisten (sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft). Erschien diese Vorstellung noch teilweise gerechtfertigt in einer Zeit (bis 1953/54), als die großen Monopole tatsächlich eine restriktive Funktion auf dem Inlandsmarkt ausübten, so wurde sie schließlich vollkommen abstrakt in der folgenden Phase des stürmischen und widersprüchlichen kapitalistischen Vordringens, das wir heute erleben. Es wird übersehen, daß das Monopol Führungsorgan einer Entwicklung ist, die den gesamten kapitalistischen Bereich umfaßt, und daß die inneren Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung nur dann ihr volles Gewicht bekommen, wenn sie mit dem Grundwiderspruch jeder kapitalistischen Entwicklung in Zusammenhang gebracht werden, jenem Widerspruch, in dem die Alternative nicht Monopol oder Nicht-Monopol heißt (freie Konkurrenz?), sondern kapitalistische Entwicklung oder Entwicklung unter der Führung der Arbeiter und Bauern, - eine Alternative, die sich freilich nicht in einem frontalen Zusammenstoß, in einem Kampf mit unmittelbarem Ergebnis ausdrückt, sondern in stückweisen, Schritt für Schritt sich vollziehenden Eroberungen, die allerdings immer auf das Hauptziel ausgerichtet sind.

Vielleicht liegt gerade hierin auch die Wurzel für die unzureichende Entfaltung der Regionalisierungspolitik*). In einigen Fällen, wie in Sizilien, hat sich diese Politik in exzessiver Weise parlamentarisiert, ohne dabei die zweifellos wichtigen Diskussionen in den Versammlungen einer starken Bewegung mit durchaus klassenspezifischen Inhalten fördern zu können. In anderen Fällen, auf dem Festland, wo es die Region als politische Einheit noch nicht gibt, hat sich die Regionalisierungspolitik auf die Forderung nach Einrichtung einer Regionalverwaltung als Vorbedingung für eine antimonopolistische

*) d.h. die Bestrebungen zur Dezentralisierung der italienischen Staatsmacht durch Gründung von "Regionen", eine Politik, die seit Ende der 50-er Jahre vor allem von der KPI vorangetrieben worden ist. (A.d.Ü.)

Wirtschaftsplanung beschränkt, mochte diese Forderung zuweilen auch in breiten Kundgebungen vorgetragen werden. In jedem Falle ist solche Politik aber offensichtlich dadurch belastet, daß sie besagte Strategie propagiert, jenes System von gesellschaftlichen und politischen Bündnissen, in welchem angeblich allein die Perspektive einer demokratischen und sozialistischen Revolution unter den Bedingungen unseres Landes liegen soll: mit dieser Position, die auch in der Gewerkschaftsbewegung des Südens zu finden ist, verwandeln sich die Bündnisse aus Instrumenten (was sie ja wirklich sind) in Zielsetzungen und Kampfperspektiven, verkehrt sich die Taktik in Strategie und verschiebt sich genau dadurch der Akzent vom Moment der Vereinheitlichung der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Bauern auf das Moment des Bündnisses mit bestimmten bürgerlichen, kapitalistischen Schichten und Gruppierungen, die eine demokratische Berufung in sich zu verspüren glauben. Am Ende dieses Weges steht möglicherweise die Schwächung und Verkümmerung der mühsamen und drängenden Suche nach reicheren und weiter fortgeschrittenen Inhalten für die einheitliche Politik der Arbeiterklasse.

So erheben sich ernste Bedenken über die Sterilität einer Konkurrenz zwischen der Arbeiterbewegung und den Christdemokraten auf einem klassenneutralen Gebiet, auf dem die Regierung und die hinter ihr stehenden Machtgruppen über zahllose Manövrierinstrumente verfügen, eine Sterilität von derselben Art wie jene mittlerweile offen zutage liegende in der Konkurrenz zwischen Arbeiterbewegung und christdemokratischem Bauernverband um die statische Verteidigung des alten Bauernhofes.

Dem Fehler in der Analyse des Monopols, das als losgelöst vom Kapitalismus gesehen wird, entspricht wohl auch der Fehler in der Analyse des Einheitsstaates, der undifferenziert als Feind, als Unterdrücker und Ausbeuter der ebenso undifferenziert gesehenen Region begriffen wird. Da der Staat der Ausdruck der Monopole ist und diese vom Kapitalismus unterschieden werden, folgt alles weitere logisch daraus. Der große demokratische Wert einer Dezentralisierung und Aufgliederung der öffentlichen Mach kann jedoch nur dann real zutage treten, wenn die Subjekte und die Inhalte dieser dezentralisierten Macht präzis definiert werden: eben diese Subjekte der Macht lassen sich nun allerdings keineswegs, bei Strafe einer absoluten Unverständlichkeit, auf bloße territoriale Abgrenzungen reduzieren. Gleichgültig, von wo aus man das Problem der Dezentralisierung und der Regionalautonomie angeht, die Klassensubjekte und Klasseninhalte treten in jedem Falle hervor. Die Gegenüber-

stellung von Staat und Region, beide gesehen als undifferenzierte Gebilde, führt zu einem Begriff der Region als Organ einer dezentralisierten Staatsmacht, in welchem zwar der Ort der Entscheidungen, nicht aber der Inhalt der Macht verändert worden ist. Demgegenüber läßt sich die vollständige Verwirklichung einer Regionalisierungspolitik nur durch die Betonung der Autonomie aller lokalen Entscheidungszentren erreichen: einer Autonomie freilich, die nicht als territorialer Gegenpart zum Staat begriffen wird, sondern als Ort und Instrument des Kampfes gegen den kapitalistischen Entwicklungsmechanismus, als Ort der Errichtung einer neuen demokratischen Macht, die auf das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern gegründet ist, - und folglich als politische Projektion der Kämpfe der Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen.

Wenn man die Verantwortlichkeit für die Unterentwicklung einer oder mehrerer Regionen in der Feindseligkeit des Einheitsstaates sieht, so gelangt man zu gefährlichen praktischen Konsequenzen. Der unmittelbare Gegner der Arbeiterklasse und der Bauern wird so praktisch aus seiner Verantwortung für die Lage entbunden; oftmals wird er gar zum Bündnispartner, wenn vom Staat Reparationen gefordert werden: angesichts des Verteilungsmechanismus liegt es auf der Hand, daß in einem solchen Bündnis der Agrarier, der Industrielle und der Spekulant schließlich eine Führungsrolle ausüben, was zumindest zu einer Stagnation der gewerkschaftlichen Kämpfe der Massen führt. Dies sind keine Spekulationen, sondern Erfahrungen, die wir gemacht haben. Nochmals: die Forderungen nach einem schadenmildernden Eingriff des Staates, in Form von Investitionen oder Konsumanreizen, führt schließlich dazu, daß eben jene Monopole im Mezzogiorno ungeschoren bleiben, die doch zu bezahlen haben müßten, und zwar nicht nur im Hinblick auf ihren Geldbeutel, sondern vielmehr noch auf ihre Machtkonzentration.

Diese Probleme werden kontrovers diskutiert. Es scheint jedoch, daß die Gewerkschaftler des Südens schnellstens ihre Analyse des kapitalistischen Entwicklungsprozesses präzisieren müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, sich gegenüber den Kämpfen im Mezzogiorno abzukapseln oder gar die immense Kampfbereitschaft, die heute überall im Süden zu finden ist, zu sterilisieren.

Man denke an die Explosionen des Volkszorns und Protestes in Marigliano und Sandonaci, in Torre del Greco und Licata, in Ferrandina und in dem neapolitanischen Stadtteil Porta Capuana, ebenso auch an die jüngsten Demonstrationen der christdemokratischen Bauern in Caserta wegen der Weinpreise. Man vergegenwärtige sich, welche antikapitalistischen Inhalte implizit in diesen verstreuten

Protesten enthalten sind, antikapitalistisch wegen des Schicksals, das die kapitalistische Entwicklung dem bäuerlichen Süden beschert und wegen der unerträglichen Lebensbedingungen in den übervölkerten Großstädten ohne kollektive Dienstleistungen. Hier machen sich die Grenzen der politischen Führung angesichts der spontanen Inhalte in der Tat schärfstens bemerkbar.
Wohin man auch schaut, auf die Landwirtschaft wie auf die Industrie, auf den Norden wie auf den Süden, überall steht die Gewerkschaftsbewegung vor gewaltigen Problemen, die sie zu lösen hat, wenn sie den Weg verfolgen will, den ihre Kongresse und die neuen Kampferfahrungen ihr vorgezeichnet haben. Es sind Probleme spezifisch gewerkschaftlicher Art (insofern die Gewerkschaft ihnen nicht ausweichen kann, wenn sie ihre Autonomie gegenüber den kapitalistischen Fabrikherren und dem kapitalistischen Staat bewahren will), die doch zugleich über die Ebene der unmittelbaren Forderungen hinausgehen.
Eine abstrakte Abgrenzung von Zuständigkeiten hilft hier gar nichts: Im gesamten kapitalistischen Europa ist es die Gewerkschaft, als die Institution mit dem direktesten Kontakt zu den Bewegungen an der Basis, in der sich heute diejenigen Positionen ausdrücken und zum Teil ausformen, die darauf abzielen, die bestehenden Machtstrukturen aufzubrechen. Es ist dies eine Tatsache, die objektive Gründe hat und anhand derer sich neue und breitere Perspektiven einer Einheit der Arbeiter auf internationaler Ebene eröffnen. Die Industriegesellschaft tendiert zur vollständigen Automatisierung aller Produktionsprozesse von Gütern und Dienstleistungen. Der Prozeß braucht zwar noch einige Zeit, aber die Tendenz ist heute bereits sichtbar. Infolgedessen übersteigen die Kosten für neue Einrichtungen immer mehr die Kosten für Arbeitskräfte, mit dem Ergebnis, daß die ökonomische Konzentration unaufhörlich wächst - und damit auch die politische. Dieselbe Tendenz zwingt immer mehr zu einer rigiden Programmierung der Produktion und ihrer Zielsetzungen, zu immer stärkerer Konditionierung des Konsums und damit zu einer vollständigen Freiheit auf Seiten der Unternehmen in der Gestaltung ihrer inneren Bedingungen und gegenüber dem Leben der Gesellschaft. Folglich muß jedes Element von Instabilität für die Amortisierungszeit der Einrichtungen beseitigt werden. Bereits heute werden in Produktionssektoren, die zwar nicht vollautomatisiert, aber doch schon in einer Phase fortgeschrittener Mechanisierung sind (wie z. B. in der Stahlerzeugung), Stillhalteabkommen mit den Gewerkschaften gefordert.
Doch an dieser Grenze erhebt sich sonnenklar die Alternative, die

heute bereits die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern nicht zur Ruhe kommen läßt: Entweder wird die ganze Macht in den Großbetrieben konzentriert und abgesichert sein, bei totalem Verlust der Arbeiter- und Gewerkschaftsautonomie (allenfalls mit weiterbestehenden gewerkschaftlichen Scheinfreiheiten innerhalb bestimmter Grenzen von vorfixierter Elastizität, und allenfalls auch abgesichert durch "planwirtschaftliche" Entscheidungen des bürgerlichen Staates), oder aber es wird eine Entscheidungs- und Kontrollmacht, die sich vom Staat bis zum Einzelbetrieb erstreckt, durch die Gesamtheit der Arbeiter - Produzenten erobert, - mag diese Macht auch vorübergehend die dualistische Form eines dauernden Antagonismus annehmen. Auf lange Sicht ist, an der Grenze der Automatisierung, keinerlei Möglichkeit zur Flucht aus dieser Alternative zu erkennen. Man kann jedoch nicht erst diese Grenze abwarten: an jenem Punkt wird die Partie bereits seit langem entschieden sein. Das Problem des Kampfes um die Macht stellt sich heute. Und es bewegt die Massen, die den Kampf aufgenommen haben, bereits heute zutiefst, unabhängig von politischen und ideologischen Positionen, allein aufgrund der Selbsterkenntnis, die der Arbeiter über seine Lage gewinnt.
Dies ist der Grund, weswegen das Problem des gewerkschaftlichen Kampfes heute ein weit größeres Problem aufwirft. Die Analyse der Lage der Arbeiterklasse kann es keineswegs erschöpfend behandeln, doch kann man auch keineswegs von ihr absehen. Diese Analyse kann uns zwar nicht alle erforderlichen Elemente zum Aufbau einer sozialistischen Demokratie in Italien oder in ganz Europa liefern, aber sie bringt uns doch wesentliche Elemente für eine kritische Orientierung und eine demokratische Methode. Die Notwendigkeit einer Überprüfung und Neuformulierung der Zielsetzung und der Mittel des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung entsteht als ureigenste Forderung aus der gewerkschaftlichen Erfahrung selbst.

PIETRO MERLI BRANDINI
DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE STRUKTUR DER TARIFVERHANDLUNGEN (1967)

1. Die historische Analyse der Gewerkschaftsbewegungen in Italien ist herkömmlich auf deren allgemeine ideologische und politische Hauptorientierungen konzentriert, sowie auf die Frage der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und dem politischen Leben

überhaupt. Der Umstand, daß nahezu alle Analysen ausschließlich diese Aspekte aufgreifen, erklärt sich bestens aus ihrem historischen Kontext und aus den Arbeitshypothesen der vorherrschenden Kultur. Aus diesem Grunde haben wir eine überaus reichliche, wenn auch nicht immer wertvolle Literatur über die geistige Herkunft der Gewerkschaftsbewegung und über die Rolle der Gewerkschaft im allgemeinen politischen Kontext. Sehr viel geringer ist demgegenüber die Zahl der Analysen des praktischen Verhaltens der Gewerkschaften und der Versuche, die Hauptlienien - sofern vorhanden - zu erhellen, die eben diesem Verhalten zugrunde liegen. (1)
Eine erste Aufgabe, die es zu lösen gälte, wäre demnach eine Einschätzung der Unterschiede in der Effizienz des gewerkschaftlichen Handelns auf der Ebene der Politik und seiner Effizienz auf der Ebene der Tarifauseinandersetzungen. Dieses Thema ist sehr vielschichtig, es erfordert die Anwendung von analytischen Mitteln, die in unserem Lande keineswegs allgemein gebräuchlich sind, und es könnte zu Schlußfolgerungen führen, die im Vergleich zu den innerhalb der vorherrschenden Kultur üblichen durchaus überraschend sein dürften. Dieser Artikel hat jedoch nicht den Anspruch, dieses Problem aufzugreifen und zu lösen. Seine vordringlichere, unmittelbare Zielsetzung ist vielmehr eine Einschätzung der Entwicklungen und Grundtendenzen in der italienischen Tarifpolitik vermittels einer Analyse der Triebkräfte, die Veränderungen herbeigeführt haben, sowie des von ihnen ausgegangenen Wirkungsgrades. Es wäre völlig willkürlich, wollte man die Kategorien der traditionellen Analyse zum Einsturz bringen, indem man bewußt ignoriert, welches Gewicht jenes System von Werten und Idealen besitzt, von dem sich die Gewerkschaftsführungen in Italien haben leiten lassen. Die Motivationen und Anstöße hatten einen mehr oder weniger bedeutenden Einfluß auf das praktische Handeln der Gewerkschaften in den Tarifauseinandersetzungen. Es wäre allerdings recht kompliziert, hier ein präzises Urteil abzugeben über das tatsächliche Gewicht und Ausmaß des Einflusses, den das Wertesystem auf die Haltung der Gewerkschaften ausgeübt hat, oder gar über die daraus erwachsenen konkreten Ergebnisse. Dennoch kann man, obwohl dazu noch keine Untersuchungen durchgeführt worden sind, auf der Grundlage von Langzeiteinschätzungen annehmen, daß die Verbindung zwischen dem Wertesystem und den Ergebnissen gewerkschaftlichen Handelns in den letzten Jahren bei weitem nicht mehr so eng ist wie noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Mit anderen Worten, eine Reihe von Wertvorstellungen haben sich immer mehr als untauglich für eine Übersetzung in praktisches Handeln

erwiesen. Zum Beispiel ist der Wert, den die CGIL damals und zu Teilen auch noch heute den Tarifkämpfen zuschreibt - indem sie diese als Elemente zur Sicherung des Übergangs von einer Gesellschaftsordnung zu einer anderen auffaßte -, in den praktischen Ergebnissen der Tarifverträge als nicht verwirklicht zu betrachten.

Von dieser Einschätzung aus kann man zu einem Verständnis jener Ursachen gelangen, die in den letzten Jahren dazu geführt haben, daß die verschiedenen Gewerkschaftsleitungen in der Frage des praktischen Handelns weithin miteinander übereinstimmen.
Nach diesen einleitenden Bemerkungen, die notwendig waren, um verkürzte Analysen und übereilte Schlußfolgerungen zu vermeiden, können nun die Ursachen und Konsequenzen der Entwicklung des italienischen Tarifvertragssystems analysiert werden.

2. Der Zeitraum vom Kriegsende bis etwa 1954 kann als die Rekonstruktionsperiode bezeichnet werden. Die praktischen Bedingungen der Wirtschaftsentwicklung in jener Zeit bilden die objektiven Bedingungen, unter denen sich die praktische Haltung der Gewerkschaft in der Tarifpolitik ausdrückte. Nach dem Kriege war das Land in einer schwierigen Lage. Das nationale Vermögen war weitgehend zusammengeschrumpft und jedenfalls nicht in der Lage, einen Lebensstandard hervorzubringen, der auch nur mit dem seinerseits ungenügenden der Kriegs- und Vorkriegszeit vergleichbar gewesen wäre. Auch die Möglichkeit zur Kapitalbildung selbst war nahezu auf dem Nullpunkt. Die massenhafte Arbeitslosigkeit führte zu gesellschaftlichen Problemen von niegekanntem Umfang, die sich noch weiter verschärften durch die Schwierigkeit, die durch die Befreiung geweckten Hoffnungen konkret zu realisieren. Der Arbeitsmarkt, der vorher durch das gesetzliche Verbot der Abwanderung in die Städte auf einem festen Stand gehalten worden war, bewegte sich nun in immer größerer Freiheit von jeglicher formalen Fessel. Die ländlichen Schichten drückten immer stärker auf den Arbeitsmarkt. Das Arbeitsangebot erweiterte sich ohne jedes Maß.
Viele dieser Bedingungen haben sich von 1945 bis 1954 schrittweise verändert, auch durch den Wettlauf um die Rekonstruktion des konstanten Kapitals mittels der internationalen Hilfspläne. Am Ende dieses Zeitraums waren die Grundlagen für einen Wiederaufschwung und neuen Start der italienischen Wirtschaft gelegt. In diesen Kontext sind die gewerkschaftlichen Forderungen einzuordnen, und zwar sowohl die der Einheitsgewerkschaft (der CGIL unitaria, 1945-48),

wie auch die der verschiedenen Gewerkschaftszentralen, die seit 1948 die Realität des italienischen Syndikalismus bildeten. Während der Dauer der Einheitsgewerkschaft bestimmten zwei Elemente das Verhalten der Organisation: zum einen die Fesseln der wirtschaftlichen Realität, wenn sie sich auch schrittweise lockerten, zum andern die Notwendigkeit, maximale Vorteile für die Arbeiter zu verwirklichen, die von dem neuen Klima der Freiheit bessere Lebensbedingungen erwarteten, als sie zuvor gekannt hatten. So paradox es scheinen mag, so haben wahrscheinlich gerade in dieser Periode die Tarifverträge den größten Beitrag zum Wiederaufschwung des italienischen Produktionssystems geliefert, indem sie nämlich den Arbeitern einige hochgeschätzte Vergünstigungen sicherten (gleiches Weihnachtsgeld für Arbeiter und Angestellte, mehr Urlaub), aber insgesamt eine bedeutend langsamere Lohnentwicklung bewirkten, als es mit einem andersartigen Vertragssystem wohl der Fall gewesen wäre. Der schnelle Aufschwung der Kapitalbildung im Inland verdankt sich weitgehend eben jener Art von Tarifverhandlungen. Es muß hier daran erinnert werden, daß zwischen 1945 und 1954 die Vertragspartner auf beiden Seiten, sowohl bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern, nahezu ausschließlich die Verbands- oder Gewerkschaftszentralen waren (2). Sie realisierten 1945 die besagten ersten Vergünstigungen, führten das System der gleitenden Lohnskala ein und bauten eine vollständige Kontrolle der gesamten Lohndynamik in allen Branchen und allen Regionen auf. Die Lohndifferenzierungen nach Branchen, Gebieten, Qualifikationen, nach Geschlecht und Altersgruppen fielen unter die alleinige Kompetenz der jeweiligen Gewerkschaftsverbände.

Den einzelnen Industriegewerkschaften und den gewerkschaftlichen Regionalorganismen blieb nur die Aufgabe, die Vereinbarungen der Zentralverhandlungen in die Praxis umzusetzen - und zwar auch dann, wenn es sich wie bei den einzelnen Industriegewerkschaften um Organisationen handelte, die durchaus in der Lage waren, die Tarifverträge für die einzelnen Berufsgruppen selbständig auszuhandeln. Zwar gab es in jener Zeit einige lebhafte Auseinandersetzungen, vor allem zwischen einzelnen Industriegewerkschaften und den Gewerkschaftsverbänden, um die Frage der exklusiven Macht letzterer, doch führten sie niemals zu einer Sprengung des eisernen Systems, in dem allein sich die Lohndynamik bewegen konnte.

Noch überraschender als dies ist jedoch der Umstand, daß sich auch die ökonomischen Analysen niemals mit den Konsequenzen und Auswirkungen dieses so rigiden und zentralisierten Systems der Lohnverhandlungen auseinandergesetzt haben. In keinem westlichen Land, auch nicht dort,

wo zentralisierte Lohnverhandlungen erprobt worden sind, wie z.B. in den Niederlanden, hat es je eine so starre und vorfixierte Kontrolle der Lohndynamik gegeben, wie sie unser Land in den Nachkriegsjahren erlebte. Mit anderen Worten, niemals war es gelungen, eine derartig lineare im Voraus festgesetzte Lohnpolitik aufzubauen, wie es damals unversehens bei uns geschah. Man kann durchaus sagen, daß der einzige Ort, an dem sich Unzufriedenheit mit diesem System äußerte, im Innern der Gewerkschaften war, während sich außerhalb nirgendswo ein Anzeichen von Kritik bemerkbar machte. Dies erlaubte sowohl den Unternehmerverbänden wie den Gewerkschaftszentralen, eine Macht von nie erlebtem Umfang auszuüben, die beträchtlich zur Ausbildung von inneren Konflikten beigetragen hat, als sie sich weiter festigte.
Die Wurzel dieser Konflikte liegt in dem Umstand, daß in den Zentralen der Gewerkschaftsverbände keine Reflektion über die Notwendigkeit einer genaueren Eingrenzung von Machtbefugnissen stattfindet, während dagegen in den einzelnen Industriegewerkschaften immer deutlicher und unübersehbarer der Wille nach völliger Unabhängigkeit in den Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen sowie in der Politik überhaupt hervordrängt. Beiden Positionen fehlt es jedoch an ausreichender Begründung. Vor allem zu einem Zeitpunkt, wo eine engere Koordinierung aller gewerkschaftlichen Entscheidungszentren notwendig wird, besteht das Problem darin, diejenigen Gewerkschaftsorgane ausfindig zu machen, in denen die Entscheidungsbefugnisse konzentriert werden sollen. Viele der Fesseln, die das Verhandlungssystem der Nachkriegszeit geschaffen hatte, bestehen auch heute noch. So sind zum Beispiel die Differenzierungen nach Gebieten - abgesehen von wenigen Ausnahmen - sowie diejenigen nach Geschlecht und Alter und in gewissem Grade auch die Differenzierungen nach Qualifikationen heute Fesseln für die Verhandlungen auf nationaler Ebene. Das italienische System unterscheidet sich auch heute noch von allen Verhandlungs- und Vertragssystemen in Ländern mit vergleichbaren Entwicklungsbedingungen. Das soll nicht heißen, daß dies von vornherein negativ beurteilt werden muß, es soll hier lediglich geklärt werden, worin sich unser System von allen anderen unterscheidet.

3. Seit 1954 drängt jedoch vieles im Rahmen der Gewerkschaftszentralen - und paradoxerweise gerade in den Organismen der Konföderationen selbst - in andere Richtungen. Schon im Jahre 1953 sprachen sich die Führungsorgane der CISL für eine Liberalisierung

des Systems und für eine deutliche Aufgliederung des Verhandlungs- und Vertragssystems aus. Sie forderten eine stärkere Differenzierung in den Verhandlungen der einzelnen Industriezweige und gingen sogar soweit, die Notwendigkeit von direkten Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmen ins Auge zu fassen. Damals entstand die Konzeption der artikulierten Verhandlungsstrategie (contrattazione articolata) und die Rechtfertigung eines Systems von Verhandlungen und Verträgen auch auf Betriebsebene. (3) Als Konsequenz dieser Bewegung war ein direkter und unmittelbarer Einfluß nur auf der Ebene der nationalen Tarifverträge zu verzeichnen. Im Jahre 1954 mußte vermittels eines ausdrücklichen Übereinkommens aller Gewerkschaftsverbände den einzelnen nationalen Industriegewerkschaften das Recht auf freie Aushandlung ihres Lohnzuwachses zugestanden werden. Somit endete die exklusive Kompetenz der Gewerkschaftsverbände in der Aushandlung der Differenzierungen nach Branchen, sie blieb allerdings in allen anderen Differenzierungen weiterhin voll bestehen. Seither ist der prozentuale Lohnzuwachs direkt von den jeweiligen Industriegewerkschaften ausgehandelt worden auf der Basis ihrer jeweiligenVerhandlungsstärke und ökonomischen Situation. Doch die Linie mit der größten Sprengkraft bestand in der Forderung eines Verhandlungs- und Vertragssystem auf Betriebsebene, das neben dem traditionellen System der nationalen Tarifverhandlungen errichtet werden sollte. Vergleicht man die Erfahrung der unmittelbaren Nachkriegszeit, die höchst rigide Zentralisierung der Lohnverhandlungen, mit der Forderung nach Verhandlungen auf Betriebsebene, sei es auch nur als Ergänzung zum bestehenden System, so spürt man sofort, wie umwälzend der Übergang von einem zum andern war (4). Es ist hier nicht der Ort, die teils recht heftigen Polemiken in Erinnerung zu rufen, die in den Gewerkschaftsverbänden, vor allem in der CISL, sowie zwischen den Gewerkschaftsverbänden und mit der Unternehmerorganisation ausgetragen wurden. Während jedoch unter den Gewerkschaften seit 1957 eine gewisse Einhelligkeit über die neuen Kriterien bemerkbar wurde - einmal abgesehen von Unterschieden in Motivation und Durchführung, - bestand zwischen den Unternehmern eine wachsende Spannung, da sie in den neuen Vorstellungen einen Versuch zum direkten Angriff sowohl auf die Macht der Unternehmer in den Betrieben sahen, wie auch auf die Bestrebungen zum Zusammenschluß der Unternehmer. Dennoch kann man sagen, daß von 1954 bis 1962 ein Verhandlungssystem auf nationaler Ebene praktiziert worden ist, bei dem den einzelnen Industriegewerkschaften die Befugnis zur direkten Aushandlung der Lohnzuwachsraten zugestanden wurde -

ergänzt noch durch eine Reihe von Verhandlungen auf unmittelbar betrieblicher Ebene.
Eine wichtige Frage ist jedoch, welche Rolle diese Verhandlungsfreiheit der Branchengewerkschaften für die Festsetzung der Löhne gespielt hat. Die beigefügte Tabelle, aufgestellt anhand der mittleren Daten, wie sie die durchschnittliche jährliche Lohndynamik der Industriearbeiter aufweist, soll darstellen, welche Rolle die folgenden beiden Faktoren langfristig gespielt haben: zum einen der Lohnzuwachs aufgrund der gleitenden Lohnskala (scala mobile), die jetzt in einem Abkommen mit den Gewerkschaftsverbänden festgelegt worden ist, und zum andern der Lohnzuwachs, der aus der Verhandlungsstärke der Gesamtheit aller Branchengewerkschaften resultiert. Um diesen zweiten Faktor zu ermitteln, nämlich den mittleren jährlichen Lohnzuwachs, der aus den Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene resultiert, muß man vom absoluten Tariflohn des jeweiligen Jahres den absoluten Tariflohn des Ausgangsjahres (1953) plus den Zuwachs der Lohnerhöhungen aufgrund der gleitenden Lohnskala abziehen. Der durchschnittliche Lohnzuwachs aufgrund der nationalen Tarifverträge ergibt sich also aus der Differenz zwischen Zeile 1) und der Summe aus den Zeilen 2) und 3). Um den relativen Zuwachs einzuschätzen, ist das Lohnniveau jedes Jahres auf die Indexzahl 100 umgerechnet worden.
Im Durchschnitt gesehen ist die Verhandlungsstärke der Branchengewerkschaften nicht ausreichend gewesen, um eine schnellere Lohndynamik als jene, die bereits durch das mechanische Funktionieren der gleitenden Lohnskala gegeben ist, zu sichern. Erst seit 1961/62 bekommt die Verhandlungspraxis der Branchengewerkschaften im Durchschnitt ein etwas größeres Gewicht. Für die unmittelbar vorausgehende Periode sicherte jedoch die gleitende Lohnskala eine wesentlich höhere jährliche Lohnentwicklung als die Tarifverhandlungen der Branchengewerkschaften auf nationaler Ebene. Die Schlußfolgerung, die daraus zu ziehen ist, spricht freilich nicht unbedingt dafür, daß ein Abkommen auf der Ebene der Gewerkschaftsverbände in jedem Falle erfolgreicher ist als ein Abkommen auf der Ebene der einzelnen Industriegewerkschaften.
Hier muß daran erinnert werden, daß jeder Konvoi stets nur so schnell wie sein langsamstes Schiff fahren kann. Man mag den Konvoi auch noch so sehr vergrößern, immer größere und schnellere Schiffe in ihn eingliedern, die Gesamtgeschwindigkeit bleibt doch immer die des langsamsten Schiffes. Überträgt man dieses Bild auf unseren Fall, so kann man sagen, daß die Möglichkeit zur Anhebung der Lohndynamik umso geringer ist, je weiter ausgedehnt die

Der Einfluß der Tarifverhandlungen auf die absolute Höhe des Tariflohns
(durchschnittlicher Tagesverdienst eines einfachen Hilfsarbeiters in Lire)

	1953	1954	1955	1956	1957	1958
1) absolute Höhe des Tariflohns	1045,3(=100)	1080,1(=100)	1134,0(=100)	1200,4(=100)	1258,6(=100)	1335,8(=100)
2) absolute Höhe des Tariflohns im Ausgangsjahr 1953	----	1045,3(=96,8)	1045,3(=92,2)	1045,3(=87,1)	1045,3(=83,1)	1045,3(=78,2)
3) Zuwachs aufgrund der gleitenden Lohnskala	----	20,0(=1,8)	40,5 (=3,5)	100,0 (=8,3)	129,0(=10,2)	171,5(=12,8)
Zuwachs aufgrund der nationalen Tarifverträge der einzelnen Industriegewerkschaften	----	14,8 (=1,4)	48,7 (=4,3)	55,1 (=4,6)	84,3(=6,7)	119,0 (=9,0)

	1959	1960	1961	1962	1963	1964
1) absolute Höhe des Tariflohns	1350,7(=100)	1410,1(=100)	1459,8(=100)	1635,2(=100)	1844,5(=100)	2338,0(=100)
2) absolute Höhe des Tariflohns im Ausgangsjahr 1953	1045,3(=77,4)	1045,3(=74,1)	1045,3(=71,6)	1045,3(=63,9)	1045,3(=56,7)	1045,3(=44,7)
3) Zuwachs aufgrund der gleitenden Lohnskala	186,0 (=13,8)	200,5(=14,2)	229,0(=15,7)	329,0(=20,1)	472,0(=25,6)	615,0(=26,3)
Zuwachs aufgrund der nationalen Tarifverträge der einzelnen Industriegewerkschaften	119,4 (=8,8)	164,3(=11,7)	185,5(=12,7)	260,9(=16,0)	327,2(=17,7)	677,7(=29,0)

Quelle: Confindustria, "Rassegna di Statistiche del Lavoro", vgl. ISRIL-ISVET "Salari e produttività", Mailand 1966

Verhandlungseinheiten sind (5). Die Daten, die wir hier zusammengestellt haben, sind Durchschnittsdaten, die also sowohl den höchsten Lohnzuwachs in den Spitzenindustrien, wie auch die langsamste Entwicklung in den schwachen Kategorien der niedergehenden Sektoren verbergen. Könnte man die Analyse nach den einzelnen Branchen differenzieren, so würde man wahrscheinlich feststellen, daß die freie Verhandlungstätigkeit seit 1954 dazu geführt hat, daß die Löhne in den Spitzenbranchen durch die Verhandlungen auf nationaler Ebene schneller gestiegen sind als durch die gleitende Lohnskala. Auf der Basis dieser Einschätzung kommt man zu der Schlußfolgerung, daß eine Beschleunigung der Lohndynamik lediglich durch Verhandlungen auf unteren Ebenen bis hin zur Betriebsebene möglich ist.
In den Jahren von 1954 bis 1961 62 sind bedeutende, wenn auch nicht verallgemeinerbare Erfolge in den Verhandlungen auf Betriebsebene festzustellen. Nach Untersuchungen aus dem Jahre 1962 gab es im Zeitraum von 1957-61 ungefähr zweitausend Vertragsabschlüsse auf Betriebsebene (6), von denen viele qualitative Neuerungen enthielten, die auch in den darauf folgenden Jahren noch nicht veraltet sind. Es wäre allerdings falsch, wollte man behaupten, daß dieser zweifellos beträchtliche Umfang an Tarifverhandlungen auf betrieblicher Ebene die Gesamtheit des verteilten Einkommens wesentlich beeinflußt hätte. In den Betrieben mit selbständigen Tarifverträgen haben diese Verträge jedoch das Lohnniveau bedeutend gesteigert.

4. Seit 1960 standen die Gewerkschaften unter dem Durck zweier grundlegender Forderungen: die erste ist unmittelbar ableitbar aus dem Verlangen der Arbeiter nach größerer Sicherheit und besserer Verteidigung ihres Arbeitsplatzes, die zweite entspringt aus den Problemen, die die Wirtschaftsplanung aufwirft.
Angesichts der ersten Forderung versuchten die Gewerkschaften, eine Strategie zu entwickeln, die es ihnen ermöglichen sollte, ihre Rechte und ihre Machtstellung zu erweitern, damit sie die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen besser schützen könnten. Angesichts der zweiten stellte sich den Gewerkschaften das Problem, ihr eigenes Verhalten, vor allem was die Lohnentwicklung betraf, so auszurichten, daß die Gesamtheit der Forderungen mit den Zielsetzungen der Wirtschaftsplanung vereinbar war. Im allgemeinen kann man feststellen, daß es den Gewerkschaften in Bezug auf den ersten Punkt gelungen ist - jedenfalls in denjenigen Branchen, die

diesem Problem gegenüber am sensibelsten sind -, erste Zielvorstellungen zu entwickeln; bei dem zweiten Punkt haben sich jedoch die unterschiedlichen Auffassungen in den verschiedenen Gewerkschaftszentralen eher noch weiter voneinander entfernt. Für die Chronik der Ereignisse kann man daran erinnern, daß in den Jahren 1962/63, in denen das Land erstmals die Schwelle der Vollbeschäftigung erreichte, die Tariflohnverhandlungen auf nationaler Ebene gerade durch die günstige Arbeitsmarktlage zu besonders hohen Zuwachsraten gelangen konnte.

Sprechen wir nun vom ersten Aspekt des Problems. Der bedeutendste Aspekt der Verhandlungen der Jahre 1962/63 war keineswegs, wie viele behaupten, die außerordentlich große Steigerung der Tariflöhne. Die hartnäckigste Forderung der Gewerkschaften war vielmehr qualitativer Art. Sie bestand darin, daß die Gewerkschaften zum ersten Male in einer Verhandlung auf nationaler Ebene das Recht auf zusätzliche Verhandlungen über bestimmte Fragen mit den Einzelbetrieben beanspruchten. Zur gleichen Zeit warfen sie erstmals das Problem der gewerkschaftlichen Rechte auf in einer Reihe von neuen Normen, die der Gewerkschaft eine freie Kommunikation mit den Arbeitern in den Betrieben garantieren sollten, das Recht auf Versammlungen sowie das Recht, die Finanzierung der Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen miteinzubeziehen. Das Ausmaß dieser Forderungen war der wahre Grund für die schweren Konflikte jener Jahre, die sich im Laufe der Verhandlungen des Jahres 1966 wiederholten. In jener Epoche stellte sich erstmals und konkret in unserem Lande das Problem einer Ausweitung des gewerkschaftlichen Einflusses im Innern der Betriebe selbst. Mag auch die herrschende Öffentlichkeit der Bedeutung dieser Veränderung gegenüber indifferent geblieben sein, jener Veränderung, die erstmals auf eine konkrete Verschiebung in den Machtverhältnissen zwischen den Klassen abzielte, so ist dies doch kein Grund, die außerordentliche Bedeutung dieses Geschehens herunterzuspielen. Im Gegenteil, damals wie heute stellte es einen Wendepunkt in den industriellen Beziehungen des Landes dar.

Daß es sich dabei nicht um ein normales Geschehen handelte, beweist schon die Tatsache, daß sich der Unternehmerverband (Confindustria) auch heute, fünf Jahre danach, immer noch nicht damit abgefunden hat und immer noch nicht bereit ist, die Konsequenzen zu akzeptieren. Noch vor wenigen Monaten erschien eine Grundsatzerklärung des obersten Repräsentanten jener Organisation, derzufolge die Entwicklung eines Systems von Verhandlungen und Verträgen auf Betriebsebene und die Ausdehnung von gewerkschaft-

lichen Befugnissen ein Attentat auf die Unternehmerfreiheit darstellen. Faßt man die Defensivlinie in derartige Kategorien, so erscheint sie grobschlächtig und ohne jene Differenzierung, mit der sie doch behandelt werden müßte. Gewiß liegt in der Verschiebung der gewerkschaftlichen Befugnisse eine Verschiebung des Machtzentrums, die unverzichtbar ist, um die immer konkreteren und umfassenderen Forderungen der Arbeiter (die sich früher eher an mythischen und wenig konkreten Zielen orientiert hatten) zu befriedigen; doch ebenso gewiß ist auch, daß die Schlußfolgerung, eine solche Machtverschiebung brächte die Expansionsmöglichkeiten des Produktionssystems zum Erliegen, sehr plump wäre. Die Erfahrung zeigt uns vielmehr allenthalben, daß die Effizienz eines Produktionssystems mit ausgedehnten Fesseln einhergeht, die die Systeme industrieller Beziehungen auferlegen.

Auf diesem Boden haben die Gewerkschaften die ersten Schritte getan, konnten sie erste Erfahrungen machen, die in diesem Jahr in der Nahrungsmittelbranche besonders günstige Ergebnisse brachten. Dennoch sind sie noch weit entfernt von der vollen Verfügung über die Instrumente, die zu wirksamerem Handeln nötig sind. Es kann nicht darum gehen, in Ergänzung zu den nationalen Tarifverhandlungen auf betrieblicher Ebene die Prämien, Vergütungsformen und Arbeitsanreize oder Klassifikationssysteme der Belegschaften auszuhandeln. Die praktischen Notwendigkeiten erfordern, daß die Normen eines Vertrages, gleichgültig, ob er auf nationaler oder auf betrieblicher Ebene geschlossen worden ist, den realen Produktionsbedingungen an den einzelnen Arbeitsplätzen konkret "angepaßt" werden. In solchem Falle sind dann aber für den Arbeiter nicht bloß die ökonomischen Aspekte des Problems von Bedeutung, sondern ebenso auch diejenigen, die sich auf seine Person beziehen und folglich auf die volle Nutzung seiner beruflichen Fähigkeiten, die Möglichkeit zum Weiterkommen in seiner Arbeit, die Verteidigung seiner Würde gegenüber dem sterilen Kommandofluß unter streng hierarchischen Verhältnissen. Gegenwart und Zukunft weisen darauf hin, daß der Strukturwandel in der Ökonomie die Arbeitsmobilität immer mehr verstärken wird. Auf diesem Gebiet wird gewerkschaftliches Handeln immer wichtiger, und das System der industriellen Beziehungen muß hier neue, adäquate Lösungen suchen. Im Hinblick auf diese Probleme, die nicht von vornherein gleich die Einzelbetriebe ökonomisch beeinflussen, stellt sich die Frage nach den geeigneten Mitteln, mit denen die bestehenden Normen korrigiert und die Entscheidungen der Betriebe wie auch der Regierung auf jene Forderungen hin ausgerichtet werden können.

Was die internen Aspekte der Betriebe angeht, so wird nur ein ausgedehntes System von Schlichtungsverfahren, das darauf abzielt, die Rechte der Tariflohnarbeiter ebenso wie die der nicht unter Tarifbedingungen Arbeitenden zur Geltung zu bringen, zu einer Lösung dieser Fragestellungen in der Lage sein (7). Bisher sind Instrumente solcher Art erstmals und nur im Rahmen der jüngsten Tarifverträge im Nahrungsmittelsektor verwirklicht worden. Sowohl die Gewerkschaften wie die Personalverwaltungen werden die Aufgabe haben, ihre eigenen Fähigkeiten diesen neuen Instrumenten, die für die genannten Ziele von außerordentlicher Bedeutung sein können, anzupassen. Wenn die Bestrebungen der Gewerkschaften in Zukunft die volle Unterstützung der Arbeiter gewinnen, so bleibt doch weiterhin der Komplex der gewerkschaftlichen Befugnisse als Boden für Konflikte zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Man kann sich durchaus noch einschneidendere und längere, wenn auch präziser artikulierte Konflikte als die bisherigen vorstellen. Es ist bemerkenswert, daß solche Forderungen von einigen Industriegewerkschaften aufgestellt worden sind (besonders von den Metallern, den Gewerkschaften der Nahrungsmittelindustrie, der Chemie, der Textilverarbeitung etc.) und von ihnen mit einer früher nicht gekannten Entschiedenheit vorgetragen werden, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg.

An der Dauer der Streiks selbst ist meßbar, inwieweit die Beteiligten ein volles Bewußtsein davon hatten, was auf dem Spiel steht und wie außerordentlich heikel die Sache als Konfliktstoff ist. Obwohl es den Branchengewerkschaften nie an der Unterstützung durch die Gewerkschaftszentralen gefehlt hat, wenn sie Forderungen solcher Art aufstellten, war doch die Grundhaltung der Zentralen im ganzen jener traditionellen Politik recht nahe, die den Weg zu Verhandlungen und Abkommen freizumachen versucht. Mag solch eine Grundhaltung auch vollkommen richtig sein, wenn es noch nicht um die überkommenen Grundlagen der industriellen Beziehungen geht, so muß man sich doch fragen, ob sie ebenso richtig ist, wenn es darauf ankommt, diese Grundlagen selbst zu verändern.

Die einschlägige historische Erfahrung zeigt, daß Lösungen, wenn es nicht nur um ökonomische Probleme, sondern um Machtbefugnisse ging, niemals ohne lange Auseinandersetzungen und harte Kämpfe gewonnen werden konnten. Die Entwicklung des Systems der industriellen Beziehungen in den angelsächsischen Ländern ist hierfür der beste Beweis.

Die aufgeworfene Frage bleibt bestehen. Sie muß - als strategisches Problem - noch präziser in der Praxis ergründet werden, da

die Zielsetzungen außer Zweifel stehen. In jedem Falle ist es sicher, wie genaue Untersuchungen auf diesem Gebiet zeigen, daß im Laufe der weiteren Industrialisierung verschiedenartige, unvorhersehbare und wachsende Konflikte, nicht nur ökonomischer Art, auftreten werden. Zahlreiche andere Probleme (z.B. die Fortbildung im Beruf, die Mobilität innerhalb und zwischen den Betrieben, das Verhältnis zur Hierarchie und viele noch unvorhersehbare) werden im Rahmen des Industriekonfliktes immer größeres Gewicht bekommen. Die industriellen Beziehungen müssen Instrumente herausarbeiten und Machtbefugnisse unter den Beteiligten neu verteilen - und zwar nicht bloß, um den Konflikten in der Industrie vorzubeugen, sondern um sie in ihren vielfältigen Aspekten, sei es auch nur vorläufig, zu kontrollieren. Es wäre wünschenswert, daß die herrschende Öffentlichkeit eine größere Sensibilität für das überaus weite Feld, das sich eröffnet hat und noch weiter öffnen wird, gewinnen und geeignete analytische Mittel anwenden würde. Es wären dann zahlreiche genauere Kenntnisse verfügbar, um die bisher noch unbekannten Mechanismen in den Griff zu bekommen, durch die die Entwicklung der gesellschaftlichen Gruppen, ihre Beziehungen untereinander und letztlich ihre politischen Ausdrucksformen geregelt werden.

5. Nun der zweite Aspekt des Problems: das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsplanung (8). Eines der paradoxen Elemente unserer Zeit ist, daß die Gewerkschaften jene gesellschaftliche Gruppe sind, die am entschiedensten für die Einführung einer Wirtschaftsplanung kämpft und die ihr gleichzeitig das Grab gräbt, wenn es darum geht, mit ihr und für ihre Ziele zu arbeiten. Schon in der Vorbereitungsphase für die Planung haben sich die italienischen Gewerkschaftszentralen in der Nationalen Kommission für Wirtschaftsplanung zusammengeschlossen. Im Laufe der Ausarbeitung und nach der Formulierung des Programmes haben sich die Wege der Zentralen dann wieder getrennt: auf der einen Seite haben CISL und UIL ihre volle Übereinstimmung mit den formulierten Zielen und Mitteln ausgedrückt; auf der anderen Seite hat die CGIL zwar nicht die Ziele insgesamt bestritten (obwohl breite Schichten in ihr der Ansicht sind, daß der Plan sich keine anderen Ziele setzt als die einer Rationalisierung der neokapitalistischen Strukturen), aber doch die Mittel so sehr kritisiert, daß sie schließlich die Linien eines "alternativen Planes" ohne genauere Spezifizierung umrissen hat (9). Allerdings könnte die Position der CGIL, wie sie im Parlament ver-

treten wird und in ihren Begründungen durchaus verschiedenen Interpretationen Raum gibt, in der Praxis doch zu sehr viel positiveren Lösungen führen, als es vorher scheinen mochte. Die beiden Gewerkschaftspositionen hatten ihre sichtbarste Auswirkung in einem neuralgischen Punkt der Durchführung des Planes: in der Frage der Vereinbarkeit von Lohnpolitik (gewiss aber nicht nur dieser) und Zielen des Wirtschaftsplanes (Wachstum bei Aufrechterhaltung des allgemeinen Gleichgewichtes).

In dieser Frage lassen sich nun drei Positionen feststellen (allerdings nicht unbedingt drei entsprechend verschiedene Verhaltensweisen): die Position der CISL, die eine Vereinbarkeit anstrebt vermittels einer differenzierten Angleichung von Lohnschwankungen und Produktivitätsschwankungen (10) mit einem zusätzlichen Vorschlag (zum Zwecke eines Gleichgewichts zwischen Sparguthaben und Investitionen) zur Bildung von Ersparnissen in den Händen der Arbeiter [ähnlich der westdeutschen "Vermögensbildung", A.d.Ü.]; zweitens die Position der UIL, die eine große Bereitschaft zur Annahme aller Kriterien für eine Vereinbarkeit beinhaltet, und schließlich die Position der CGIL, in welcher als Voraussetzung jeder Art der Abstimmung von Lohnpolitik und Planung die Annahme einer sogenannten "demokratischen Wirtschaftsplanung" (11) gefordert wird, wobei freilich die Umrisse dieser Planung von einer logischen Abstraktion beherrscht zu sein scheinen, deren Ziel ein qualitativer Sprung der Gesellschaftsordnung ist (was ein anderer Ausdruck für den historischen Weg der Revolution als Mittel zum Übergang in eine neue Gesellschaftsordnung ist) - eine Vorstellung, die sogar für Fachleute schwer zu begreifen ist und daher kaum erwarten läßt, daß sie von den breiten Massen verstanden wird. Auch die jüngsten Ansätze der CGIL auf der Suche nach einer gewissen Abstimmung ihrer Politik mit der Planung im Sinne einer "gesellschaftlichen Produktivität" tragen kaum dazu bei, das Dunkel und den Nebel über ihren Vorstellungen zu lichten.

Doch für unsere Absichten ist der wirkliche Maßstab jener, der sich aus der Einschätzung des praktischen Verhaltens der Gewerkschaftszentralen ergibt. Hatten die Tarifverhandlungen von 1962/63 noch weitgehend dazu geführt, daß Lohnerhöhungen zustande kamen, die nicht mit den Stabilitätsanforderungen in Übereinstimmung standen, so endeten dagegen die Tarifverhandlungen von 1966 mit Ergebnissen, die durchaus die Annahme erlauben, daß die Übereinstimmung mit Stabilitätsanforderungen gewährleistet ist. Anders gesagt, es waren Faktoren außerhalb des Willens der Gewerkschaftszentralen, die bei der Festsetzung der Lohnveränderungen und ihrer Überein-

stimmung mit den Zielsetzungen des Wirtschaftsplanes ausschlaggebend waren. Dies erlaubt uns hier, zwei Hypothesen zu formulieren: entweder sind die äußeren Faktoren (Arbeitsmarkt, Maßnahmen in der Währungspolitik, Verhandlungsmacht der Unternehmer, "moralischer Zwang" durch die staatlichen Machtträger) in ihrer Struktur stärker als Wille und Macht der Gewerkschaften, oder die Gewerkschaften haben sich nicht genügend angestrengt, ihren Positionen konkrete Gestalt zu geben.
Ich neige zu der Auffassung, daß die zweite Hypothese weitgehend in der Lage ist, die Kluft zwischen den Vorsätzen und der Wirklichkeit zu erklären. Vieles läßt sich zur Stützung dieser Hypothese anführen: Die Unterschiedlichkeit in den Positionen der drei Gewerkschaftszentralen und die gemeinsame Furcht der Gewerkschaftsführer, daß die Arbeiter ihre Bemühungen um eine rationale Lohnpolitik nicht anerkennen könnten, dürften wohl die wichtigsten Gründe sein. Doch auch hier ist das Problem noch nicht restlos klar. Die Suche nach einer Übereinstimmung zwischen Lohnpolitik und Stabilitätsanforderungen ist weiterhin eines der Zentralthemen einer Wirtschaftspolitik mit mittelfristigen Zielsetzungen. Vor allem die Gewerkschaftsführer sind immer stärker hin- und hergerissen zwischen der Furcht vor einer Verständnislosigkeit der Arbeiter (die immer angenommen, aber nicht bewiesen ist) und den Anforderun - gen einer konsequenten Haltung, ohne die nicht nur die Ziele der Wirtschaftsplanung infrage gestellt würden, sondern letztlich auch die Ziele der Arbeiter selbst (Sicherheit des Arbeitsplatzes und ununterbrochener Fortschritt in der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse). Man muß sich fragen, ob eine solche Lage, die sowohl für den Wirtschaftsplaner wie für die Gewerkschaften prekär ist, noch lange so andauern kann. Die Logik scheint dies zu verneinen und zugleich die Hoffnung auf eine Verwirklichung der günstigsten Hypothese zu bestärken: auf die Koexistenz zwischen Planung und Gewerkschaft.

6. Ziehen wir nun einige Schlußfolgerungen:
a) Zwischen 1946 und 1954 herrschte ein System zentralisierter Lohnverhandlungen mit festen Absprachen unter den Gewerkschaftsverbänden. Eine derartig straffe Vorausplanung der Löhne und ihrer Veränderungen ist niemals zuvor irgendwo sonst durchgeführt worden. Die Wirksamkeit dieses Systems stand außer Zweifel, da die große Arbeitslosenzahl jener Zeit eine enge Entsprechung zwischen vertraglich abgesicherten Mindestlöhnen und tatsächlichen Löhnen bewirkte.

b) Dieses System wurde innerhalb der CISL kritisch reflektiert. Zahlreiche Faktoren unterstützen diese Kritik, die dazu führte, daß die Aufgliederung der Tarifverhandlungen als eine politische Entscheidung von allen Gewerkschaftszentralen akzeptiert wurde.
c) Im darauffolgenden Jahrzehnt ist die Aufgliederung als neue Struktur des Tarifvertragssystems (Verhandlungen auf nationaler Ebene, ergänzt durch Verhandlungen auf betrieblicher Ebene) zum konkreten Tatbestand geworden. Die Artikulation der Verhandlungen und Verträge ist jedoch noch längst nicht auf alle jene Inhalte ausgedehnt, die ihr die Begründung geliefert haben, vor allem in Hinblick auf die Forderungen des Arbeiters am Arbeitsplatz.
d) Obwohl auch schon das traditionelle System von Verhandlungen auf nationaler Ebene ein ganzes Bündel von Begrenzungen der Unternehmermacht bildete, kann man doch sagen, daß gerade die neuen Inhalte einer Verhandlung auf betrieblicher Ebene, und zwar sowohl die bereits realisierten (ergänzende Verhandlungen über feste, an objektive Maßstäbe gebundene Lohnzulagen, über Prämien, über die Klassifikation, über die gewerkschaftlichen Rechte), wie auch diejenigen, die erst noch realisiert werden müssen (Schlichtungs- und Schiedssysteme, mit denen man den Anforderungen der Arbeiter am Arbeitsplatz gründlicher begegnen kann), insgesamt gesehen einen qualitativen Sprung über das bisherige Gleichgewicht der industriellen Beziehungen hinaus darstellen. Das neue Gleichgewicht ist allerdings nicht stabil.
e) Von 1962-63 an beherrscht das Problem der Umverteilung der Machtbefugnisse zwischen Unternehmen und Gewerkschaft die Szene. Das erklärt die Spannung und Schärfe der Konflikte in diesen Jahren. Auch in den kommenden Jahren kann es noch zu umfassenden Konflikten in gleicher oder noch größerer Stärke und aus den gleichen Gründen kommen. Ziel ist die Suche und Festigung eines neuen Gleichgewichts. Zu einer relativen Abschwächung des allgemeinen Konflikts kann es kommen, wenn ein neues Gleichgewicht in der Umverteilung der Machtbefugnisse sich abzeichnet und akzeptiert wird. Damit wird andererseits das beste Instrument geliefert, um die Menge der vielfältigen und unvorhersehbaren Aspekte des industriellen Konflikts in Angriff zu nehmen, der ein gegebenes "Faktum" und keine Variable in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse ist.
f) Abgesehen von den traditionellen ökonomischen Aspekten der Gewerkschaftskonflikte (auf der Ebene der Gewerkschaftsorganisationen) tritt also der Konflikt um die Machtbefugnisse in den Vordergrund. Es wäre wichtig, daß die herrschende Öffentlichkeit diesen Aspekt

des Problems immer stärker der Analyse unterzöge. Es ließen sich daraus genaue Hinweise entnehmen für das Verständnis der Mechanismen, die die gesellschaftlichen Beziehungen regeln. Man könnte daraus sogar Anregungen für Zielsetzungen in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht gewinnen. Das wäre eine wirksame Art und Weise, das Vakuum zu füllen, das die ideologischen Konzeptionen, deren Ziel es ist, abstrakte "Modelle" einer Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, hinterlassen. Die Tatsache, daß diese Konzeptionen inzwischen zu bloßen intellektuellen Denkübungen geworden sind, führt dazu, ein anderes analytisches Instrumentarium zur Unterstützung der politischen Entscheidungen und des Handelns zu verwenden.

g) Die Planung ist ein neuer Faktor im Gesamtzusammenhang der industriellen Beziehungen und besonders in Bezug auf die Einkommensverteilung. Obwohl man vernünftigerweise zugestehen muß, daß nur auf diese Weise die Probleme einer wünschenswerten Anpassung der Gewerkschaftsstrategie gelöst werden können, muß man doch die Möglichkeit eines permanenten Bruchs zwischen Planung und Gewerkschaft befürchten. Das würde die Realisierung der Ziele, unter denen sich viele Ziele der Arbeiter selbst wiederfinden (Vollbeschäftigung, kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen), unmöglich machen.

h) Das praktische Verhalten der Gewerkschaften löst sich weitgehend entweder von den theoretischen Wertvorstellungen (wenn z.B. das Ziel der CGIL, der Übergang zu einem anderen Gesellschaftstypus ist, so kann man feststellen, daß ihr praktisches Verhalten sie der Verwirklichung dieses Zieles nicht näherbringt) oder von den frei bestimmten Handlungskriterien (dies ist mehr der Fall bei der CISL und der UIL, die sich z.B. bemühen, ihre Entscheidungen in der Lohnpolitik konkret zu verwirklichen). Das dramatischste Beispiel ist gewiß das der CGIL, die sicher, wenn sie an ihrem eigenen Wertesystem und ihren Zielsetzungen festhalten will, auch in den Verhandlungen zu anderen Mitteln greifen muß. Wenn sie diesen Weg verfolgt, läuft sie wahrscheinlich das Risiko, Wasser auf die Mühlen anderer zu gießen. Die konkretere Alternative für sie scheint vielmehr die einer umfassenden Überprüfung ihres Systems von Werten und Zielvorstellungen zu sein. Die anderen Zentralen sehen sich eher vor die Entscheidung zwischen Vorsätzen und Wirklichkeit gestellt. Die Lösungen liegen mehr im Bereich der konkreten Möglichkeiten. Vielleicht genügte bereits eine genauere Festsetzung der Handlungsprioritäten und eine entsprechende Ausrichtung der Kräfte und Energien.

Anmerkungen

(1) vgl. dazu für Italien die Analyse von G. Giugni, 'Bargaining Units and Labor Organization in Italy', in "Industrial and Labor Relations Review", 1957.

(2) Der Umstand, daß die Tarifverhandlungen ausnahmslos zentral geführt wurden und auf rigide Differenzierungen nach Branchen, Gebieten, Qualifikationen, Geschlecht und Alter aufgebaut waren, führte dazu, daß die gesamte Lohnstruktur des Landes eine sicherlich schwächere Dynamik hatte (wie man aus den wenigen verfügbaren Daten ersehen kann) als die Entwicklung der verfügbaren Ressourcen.
Die langsame Lohnentwicklung hatte ihre Ursache gerade in der Ausbreitung des Einheitstarifs auf nahezu die gesamte Industriearbeit. Die Lohndifferenzierungen ließen wenig Spielraum, und vor allem die Differenzierung nach Industriezweigen garantierte eine Begrenzung der Lohndynamik in den expansiven Sektoren auf Kosten derjenigen Sektoren, die Schwierigkeiten hatten. Zwar liefern die statistischen Angaben des italienischen Amtes für Statistik (ISTAT), die auf die Preise des Jahres 1938 bezogen sind, keine besonders genauen Einschätzungsmöglichkeiten, dennoch kann man aus ihnen einige signifikante Hinweise gewinnen: zwischen 1946 und 1954 steigen die fixen Investitionen der Schwerindustrie um durchschnittlich 20,3% pro Jahr, der öffentliche und private Konsum um 6,6% (der private allein um 7,5%) und der Nettolohn um 6,6% pro Jahr. Angesichts der bedeutenden Rolle der internationalen Unterstützung (die sich auf Investitionen wie auf Konsum verteilen) ist es schwer zu sagen, inwieweit die Lohndynamik zur Bildung des Inlandkapitals beigetragen hat. Dennoch erlaubt die große Differenz zwischen Investitionsrate und Rate der privaten Ausgaben die Annahme, daß der Zuwachs der fixen Investitionen innerhalb der verfügbaren Ressourcen bedeutend höher war als der des privaten Konsums. Zu dieser Entwicklung vgl. G. Ammassari, "I salari di fatto in Italia", Mailand 1963, S. 56-80

(3) Vgl. dazu: "Relazione al Consiglio generale della CISL", Ladispoli, 23.2.1953, abgedruckt in: "Un sindacato forte per un' economia forte", CISL, Rom 1953

(4) Zu den Hintergründen und der Einheitlichkeit dieser Tendenz vgl. F. Archibugi, "Le tendenze di fondo della contrattatione collettiva", in "Politica sindacale", 1958

(5) Vgl. N. Weinberg, "La contrattazione collettiva e la legge negli Stati Uniti", in "Aspetti e tendenze della contrattazione collettiva", Reihe "Quaderni di studi e documentazione", Nr. 12 CISL, S. 280

(6) G. Ammassari / G. Scaiola, "La contrattazione integrativa aziendale nel 1961", in "Nuovo Osservatore" Nr. 2, Mai 1962

(7) Durch solche Systeme werden die individuellen Konflikte, gleichgültig woraus sie entstanden sind, schnell in Verfahren kanalisiert, in denen sie einer definitiven Lösung zugeleitet werden. Solche Lösungen können dann auch für analoge Fälle herangezogen werden. Die Vertragsnormen werden somit durch ein Rechtssystem ergänzt. Die Vertragsverhandlungen werden also, wie die Angelsachsen sagen, zu einem permanenten Prozeß. Bisher existiert noch nichts Vergleichbares in Europa, allenfalls ganz lose Ansätze. Vgl. dazu A. Kornhauser (Hrg.), "Industrial Conflict", New York 1954; J. Shister (Hrg.), "Labor Economics and Industrial Relations", New York 1951

(8) Für einen Überblick über die Entwicklung dieses Verhältnisses, wie es von den verschiedenen Gewerkschaften begriffen wird, vgl. F. Momigliano, "Sindacati, progresso tecnico, programmazione economica", Turin 1966

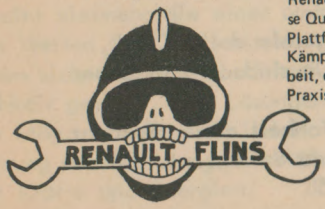
(9) Vgl. den Artikel von Bruno Trentin, "Politica dei redditi e programmazione", in "Critica marxista", Jan.-Feb. 1964.

(10) Vgl. dazu die Erklärungen von Storti auf seiner Pressekonferenz 1967 sowie die Zusatzanträge der CISL-Abgeordneten im Parlament.

(11) Vgl. die Thesen der CGIL zu ihrem 5. Kongress, in "Rassegna sindacale" Nr. 22, 1959

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

★★★



22.„Base Quvrière"
Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins DM 6,–.
1969 initiierten einige Militante von „Vive la revolution" bei Renault-Flins eine revolutionäre Betriebsarbeit, aus der die Base Quvrière hervorging. Dieser Band enthält den Entwurf einer Plattform, Berichte von Arbeitern über Vollversammlungen und Kämpfe, Flugblätter, sowie die Bilanz einer zweijährigen Arbeit, die gerade durch die Analyse der Schwierigkeiten dieser Praxis ihre Authentizität gewinnt.

GUIDO BAGLIONI

GEWERKSCHAFT UND INTERESSENVERTRETUNG IM BETRIEB * (1970)

I. Die Institution des Betriebsrates (Commissione interna)

1. Die Institution des Betriebsrates ist gegenwärtig durch die Vereinbarung zwischen den Gewerkschaftsverbänden vom 18.4.1966 geregelt. Wir werden auf diese Vereinbarung (1) in ihren wesentlichen Punkten Bezug nehmen, um eine kurze Beschreibung der Charakteristika und Aufgaben dieser Institution zu liefern. Vorweg möchten wir nur auf den wichtigsten Grundzug - man könnte auch sagen, den Widerspruch - des Betriebsrates hinweisen, der schon bei der ersten Lektüre der Vereinbarung deutlich wird: diese Institution ist zwar durch ein gewerkschaftliches Übereinkommen geregelt, das die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände unterzeichnet haben; dennoch handelt es sich um kein rein gewerkschaftliches Organ, weil es die allgemeine und einheitliche Vertretung aller Arbeiter sein soll (und als solche auch durch allgemeine Wahlen sich konstituiert).

2. In dem oben genannten Übereinkommen wird der Betriebsrat als "Organ" bezeichnet, "das die Arbeiter im Betrieb bei allen ihm ausdrücklich übertragenen Aufgaben gegenüber der Betriebsleitung vertritt". Die Hauptaufgabe des Betriebsrates besteht darin, "bei den Beziehungen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung als Vermittler aufzutreten und für ein normales Verhältnis Sorge zu tragen, um in einem Klima der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses einen geregelten Ablauf des Produktionsprozesses zu gewährleisten". Bei der Ausübung seiner Vertretungsfunktionen hat der Betriebsrat folgende Befugnisse:

a) "er kann bei der Direktion vorstellig werden, um die strikte Einhaltung der Normen der Sozialgesetzgebung, der Hygiene- und Sicherheitsvorschriften zu gewährleisten";

b) "er kann bei der Betriebsleitung für die genaue Anwendung der Tarifverträge und der gewerkschaftlichen Vereinbarungen vorstellig werden und gleichzeitig als erste Instanz sich mit der Beilegung der kollektiven und individuellen Streitfragen befassen. Sollte die Streitfrage nicht beigelegt werden können, wird sie an die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen weitergeleitet";

---

* Die neuen Formen der Arbeitervertretung , die sich in den Kämpfen seit 1969 entwickelt haben (Basiskomitees, Abteilungs- u. Banddelegierte, Delegiertenräte) bleiben in diesem Aufsatz unberücksichtigt. Siehe dazu S. Garavini, Strukturen der Arbeiterautonomie, in dieser Broschüre Band II.

c) "er kann die Betriebsordnungen vor ihrem Inkrafttreten zusammen mit der Unternehmensleitung überprüfen, ebenso die Festlegung des Urlaubs, des Beginns und des Endes der Arbeitszeit an den verschiedenen Wochentagen, auch für den Fall der Schichtarbeit; dabei soll eine für alle Seiten befriedigende Lösung erreicht werden";
d) "er soll Vorschläge für die Perfektionierung der Arbeitsmethoden und für eine Verbesserung der betrieblichen Dienstleistungen wie Kantine, Verkaufsstellen bzw. hygienisch-sanitäre Einrichtungen erarbeiten";
e) "er kann bei der Erarbeitung der Statuten und Geschäftsordnungen der innerbetrieblichen Sozialeinrichtungen (Fürsorge-, Vorsorge- oder kulturelle Einrichtungen) mitwirken und durch eigene Vertreter für eine ausreichende Funktionsfähigkeit derselben Sorge tragen". (...)

II. Historischer Ausblick zum Problem der betrieblichen Arbeitervertretung

1. Wenn man historisch an das Problem der betrieblichen Arbeitervertretung herangeht - und sei es auch nur zum Zweck einer kurzen Einführung -, muß man notwendigerweise auf die Besonderheiten der italienischen Gewerkschaftsbewegung in ihren Anfängen hinweisen. Es ist bekannt, daß die ersten bedeutenden Gewerkschaftsorganisationen in Italien sich auf territorialer Ebene organisiert haben und stets für mehrere Berufsgruppen zuständig waren. In der italienischen Geschichte ist die gewerkschaftliche Organisierung auf Berufsbasis eine seltene Erscheinung. Die ersten organisatorischen Formen territorialer Art (im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts) waren die Arbeitskammern, die zumindest teilweise den in Frankreich konstituierten "Bourses du travail" vergleichbar sind.

2. Die Ursachen dieser besonderen Situation kann man in drei Punkten zusammenfassen: a) die Rückständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens. Diese Rückständigkeit und die daraus sich ergebende Verspätung, mit der man mit fortgeschrittenen Formen industrieller Organisation in Kontakt kommt, haben es mit sich gebracht, daß die Entwicklung des industriellen Systems zum Teil ohne Rückkoppelung auf die normale technologische Entwicklung vor sich ging. Die industrielle Expansion hat von An-

fang an große, unqualifizierte Arbeitermassen an sich gezogen und die Entstehung bzw. Konsolidierung echter beruflicher Qualifikationen nicht zugelassen. b) der Überschuß an Arbeitskräften. Dieser Faktor hat ein dauerndes Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt erzeugt und damit die italienischen Gewerkschaften veranlaßt, generelle Formen der Interessenvertretung, unabhängig von ihrem Mitgliederstamm und ihrer tarifpolitischen Durchsetzungsfähigkeit, zu fordern. c) Der starke Einfluß der politischen Parteien. Es ist ziemlich klar, daß der starke Einfluß der politischen Gruppierungen, besonders der sozialistischen Partei, die Tendenz zur Beibehaltung der territorialen Organisation verstärkt hat: ist sie doch eine sehr geeignete Organisationsform zur Verfolgung und Durchsetzung nicht nur gewerkschaftlicher, sondern darüber hinaus auch rein politischer Ziele (z.B. anläßlich des Wahlkampfes). Diese Ursachen haben dazu beigetragen, daß sich bei der Gründung der italienischen Gewerkschaftsbewegung und auch bei ihrer Entfaltung die territoriale gegenüber der Berufsorganisation durchgesetzt hat; dies hat auch bewirkt, daß Aufgaben wie Arbeitsvermittlung und generelle Interessenvertretung der Arbeiter mehr im Vordergrund standen als Lohnverhandlungen und ein Eingehen auf die konkreten Arbeitsbedingungen. Die strukturellen Bedingungen und die vorrangigen Forderungen haben den Aufbau einer wirksamen gewerkschaftlichen Präsenz am Arbeitsplatz stark behindert. Dies wird für viele Jahre einer der kritischen Punkte der gewerkschaftlichen Erfahrungen Italiens sein.

3. Aus geschichtlicher Perspektive läßt sich sagen, daß der Versuch diese kritische Situation zu überwinden - wobei dieser Versuch alle Unzulänglichkeiten der italienischen Gewerkschaftsbewegung ans Tageslicht förderte -, mit der Konstituierung der Betriebsräte zusammenfällt. Sie waren als Formen zur gelegentlichen Interessenvertretung der Arbeiter entstanden, wurden aber in vielen Fällen auf dem Wege von Tarifverhandlungen zu einer ständigen Einrichtung erhoben. In der Zeit zwischen 1906 - dem Jahr der Vereinbarung zwischen der Automobilfabrik "Itala" und der FIOM, in welcher die Einrichtung eines Betriebsrats festgesetzt wurde, dem man die Aufgabe übertrug, zusammen mit der Betriebsleitung Lösungen "für alle sich aus der Interpretation und Anwendung des Tarifvertrages und der diesbezüglichen Reglements ergebenden Streitigkeiten und Auseinandersetzungen" zu finden - und 1914 kam es zur Errichtung zahlreicher Betriebsräte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte sich diese Ten-

denz fort und fand ihren Niederschlag in zwei wichtigen Vereinbarungen; der von 1919 (mit den Automobilfabrikanten von Turin) und der von 1920 (mit der mechanischen und metallverarbeitenden Industrie in Mailand).
Seit seiner Gründung war der Betriebsrat, da er einerseits ein Organ zum Ausdruck der gewerkschaftlichen Forderungen, andererseits ein Instrument zur Zusammenarbeit innerhalb der Fabrik war - dem Druck verschiedener Interessengruppen ausgesetzt:
a) Druck von Seiten der Arbeitgeber. Viele Industrielle befürworteten die Errichtung von Betriebsräten, weil diese in ihren Augen gar kein Instrument der Arbeiter darstellten, sondern vielmehr die Beteiligung der Arbeiter an der Lösung der Streitfragen und an der Aufrechterhaltung normaler Arbeitsverhältnisse gewährleisteten. Oft verbarg sich hinter der positiven Einstellung der Unternehmer das Ziel, mit Hilfe der leichter zu kontrollierenden Betriebsräte Arbeiter und Gewerkschaften auseinanderzudividieren.
b) Druck von Seiten der Gewerkschaften: diese versuchten, die Betriebsräte zu dezentralisierten gewerkschaftlichen Organen umzuformen. In der Tat gelang es den Gewerkschaften auch meistens, die Betriebsräte bei den Wahlen ausschließlich mit eigenen Mitgliedern und Vertrauensleuten zu besetzen.
c) Druck von Seiten gewerkschaftlicher Strömungen und revolutionärer Gruppierungen. Diese Strömungen hatten die Betriebsräte zunächst energisch bekämpft, da sie in ihnen "Kooperations"-Organe bzw. einen Ansatz zur Überwindung des Klassenkampfes sahen; später rückten sie von ihrer anfänglich negativen Einstellung ab und erklärten sich sogar zur Unterstützung dieser Organe bereit unter der Voraussetzung, daß sie wirklich als Interessenvertretungsorgane der Arbeiter, genauer: der Arbeiter des Betriebs und nicht bloß der Gewerkschaft auftreten würden.

4. Diese zuletzt angesprochenen Beeinflussungsversuche eignen sich als Überleitung zu einem Thema, das jahrelang unter der Arbeiterbewegung zu widersprüchlichen Einschätzungen und sogar zu Spaltungen führte: das "Problem der Räte".
Als ein Beispiel hierfür lassen sich die Fabrikräte anführen, die vor allem in Turin sehr verbreitet waren und von der politischen Gruppierung "Ordine Nuovo" unter der Leitung von Antonio Gramsci inspiriert wurden (2). Bezeichnend für das Klima jener Jahre war der Versuch, den Betriebsrat bei FIAT in ein neues, von der Gewerkschaft unabhängiges Instrument der Arbeiterselbstverwaltung umzuformen, das ein Vorbild für die Arbeiterselbst-

verwaltung in der revolutionären Phase sein sollte. Von Turin aus breitete sich die Diskussion über die Arbeiterräte auf die gesamte italienische Gewerkschaftsbewegung aus, wobei ganz grundsätzlich über alle Ziele und Mittel der traditionellen Arbeiterbewegung diskutiert wurde. Auf Gewerkschaftsebene wurden die Auseinandersetzungen 1919 und 1920 auf den beiden Kongressen der FIOM und zuletzt 1921 auf dem Kongreß der CGL ausgetragen. Auf den Kongressen zeichnete sich eine wenn auch beschränkte Zustimmung zu diesen neuen Formen der Interessenvertretung ab; gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, die Diskussion in den gewohnten Rahmen der "Kontrolle durch die Gewerkschaften" zurückzuführen. Bezeichnend für den Versuch, diese neue Problematik in die traditionelle Gewerkschaftspolitik zu integrieren, war der Vorstoß der CGL, welche einen Gesetzentwurf mit dem Ziel der juristischen Anerkennung der Räte erarbeitete. Wie man weiß, wurde weder dieser noch andere Gesetzesentwürfe, die in den Jahren 1920-21 (vom Arbeitgeberverband und von der Regierung Giolitti) erarbeitet wurden, angenommen; diese Entwürfe dienen aber dennoch als Beweis für den von verschiedenen Seiten zum Teil aus entgegengesetzten Motiven unternommenen Versuch, die Rätebewegung zu institutionalisieren.
Die Erfahrungen der Räte bzw. die Haltung, die die Gewerkschaftsorganisationen ihnen gegenüber eingenommen haben, haben deutlich gezeigt, daß es bei den Problemen der Arbeiterkontrolle, und Interessenvertretung der Arbeiter und bei der Einschätzung der Funktion der Gewerkschaften zwei fundamentale Gegensätze gab, die in der theoretischen Diskussion und in der Praxis der italienischen Gewerkschaften noch häufig wiederkehren:
a) in der Einschätzung, ob es möglich sei, eine Arbeitervertretung unmittelbar politischer Art mit den normalen Gewerkschaftsaktionen zu koordinieren, oder ob es nicht besser sei, mit der traditionellen gewerkschaftlichen Tarifpolitik fortzufahren;
b) parallel dazu in der Auseinandersetzung über zwei mögliche Gewerkschaftstypen: ein Gewerkschaftstypus, der eine generelle Vertretung der Arbeiterklasse ins Auge faßt und deswegen Eingriffen durch den Gesetzgeber überhaupt nicht negativ gegenübersteht, sondern diese manchmal sogar befürwortet, und im Gegensatz dazu ein Gewerkschaftstypus, der seine Organisation ausschließlich auf seine Mitglieder stützt.

5. Nach dem Zwischenspiel der faschistischen Diktatur gelangte die Institution des Betriebsrates durch die Buozzi-Mazzini-Verein-

barung (der Erstgenannte war der Vertreter der Industriearbeitergewerkschaft, der zweite jener der Industriellen) zu neuer Entfaltung. Die diesem Organ innewohnenden Widersprüche und Ambivalenzen, die noch in der Zeit unmittelbar vor dem Faschismus klar zum Ausdruck gekommen waren, traten nunmehr wegen der vielen anstehenden politischen Probleme in den Hintergrund.
Auch wenn den Betriebsräten - geht man vom Text der Buozzi-Mazzini-Vereinbarung aus - nur begrenzte Machtbefugnisse zuerkannt wurden (sie sollten "normale" Arbeitsverhältnisse gewährleisten, die Verbindung zwischen Gewerkschaft und Arbeitern herstellen, die "genaue Anwendung der Tarifverträge" überwachen, sich um die Beilegung der individuellen und, im Auftrag der Gewerkschaften, der kollektiven Streitfragen bemühen und in den Verwaltungsgremien der Sozialeinrichtungen mitarbeiten), erwies sich diese Institution - wir werden dies noch genauer sehen - als der erste und grundlegende Ansatz für eine Interessenvertretung der Arbeiter in der Fabrik; in ihrer praktischen Auswirkung stellte sie gewissermaßen das Kernstück der neuen gewerkschaftlichen Demokratie am Arbeitsplatz dar. Wie in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, wenn auch in einer ganz anderen Form, gab es in den Fabriken neben den Betriebsräten noch ein anderes nicht-gewerkschaftliches Organ: die "Betriebsverwaltungsräte" (Consigli di gestione), eine Hinterlassenschaft aus der letzten Zeit der faschistischen Gesetzgebung (die sogenannte Sozialisierungsgesetzgebung, ein krampfhafter Versuch eines bereits hart angeschlagenen Regimes sich auch mit sozialen Belangen zu befassen). In den Jahren unmittelbar nach der Befreiung Italiens (1945-47) erhielten die "Betriebsverwaltungsräte" Unterstützung von den Linksparteien: ihnen zufolge hätten diese die Funktion echter Kontrollinstrumente im Rahmen großer politischer Massenaktionen übernehmen sollen.
Die Betriebsverwaltungsräte hatten mehr oder weniger ausgedehnte Befugnisse (manchmal hatten sie nur beratende Funktion, in anderen Fällen konnten sie Beschlüsse fassen) und erreichten im Sommer 1946 ihren Höhepunkt (ca. 500); sie waren auch Gegenstand eines Gesetzentwurfes, der vom Ministerium für Industrie (der sogenannte "Morandi-Entwurf") mit dem Ziel ihrer juristischen Anerkennung erarbeitet wurde. Der "Morandi-Entwurf" wurde dem Parlament allerdings nie vorgelegt; in den folgenden Jahren, die durch das Ende der Koalitionsregierungen unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteien und das zunehmende Desinteresse der Linksparteien für die "Betriebsverwaltungsräte" gekenn-

zeichnet sind, kam es sehr rasch zum Verlust der "Kontroll"-Funktionen dieser Organe und, anfangs der 50er Jahre, zu ihrem fast völligen Aussterben.

6. Es steht fest, daß die allgemeine politische Situation ausschlaggebend für das Ende der "Betriebsverwaltungsräte" war, aber nichtsdestoweniger haben auch die in ihnen enthaltenen gravierenden Widersprüche zu ihrem Verschwinden beigetragen. Der größte Widerspruch bestand darin, daß in ihnen zwei verschiedene politische Momente koexistierten: zum einen das des Wiederaufbaus und der Zusammenarbeit mit der Unternehmerseite, zum anderen das revolutionär-subversive Moment der Arbeiterselbstverwaltung. Einen ganz anderen Verlauf nahm bekanntlich das Schicksal der Betriebsräte; in diesem Kontext ist gesagt worden, "daß die Betriebsräte - ganz anders als die Betriebsverwaltungsräte, die zur Ausübung einer ihnen bis zu einem bestimmten Punkt zuerkannten Macht außerstande waren, weil ihre Machtbefugnisse im Verhältnis zur damaligen Situation und zu ihrer eigenen Struktur zu groß, zu unklar und zu allgemein definiert worden waren - sich genau in der entgegengesetzten Situation befanden und auf Grund der objektiven Erfordernisse Machtbefugnisse ausüben mußten, die ihre formalen Kompetenzen weit überstiegen". (3)
Die spätere Geschichte der Betriebsräte wird praktisch durch zwei Faktoren bestimmt: zum einen durch die größere oder geringere Übereinstimmung dieses Organs mit den wechselnden Bedürfnissen der Arbeiter im Betrieb; zum anderen durch die Haltung der grossen Gewerkschaften (CGIL und CISL) ihnen gegenüber. Wir wollen hier nur auf die im Rahmen der Tarifpartnerschaft erfolgten Abänderungen der ursprünglichen Kompetenzen eingehen. Neben der Vereinbarung von 1943 war der Betriebsrat Gegenstand von drei zusätzlichen Übereinkommen (1947, 1953 1966). Die Substanz dieser Institution wurde durch keine dieser Vereinbarungen angetastet; allerdings kam es zu einigen recht bedeutsamen Abänderungen:
a) zunächst kam es zu einer fortlaufenden Verstärkung der Tendenz, dem Betriebsrat die Kompetenzen für die Tarifverhandlungen zu entziehen. Diese wichtige Abänderung, die 1947 eingeführt wurde, während die Vereinbarung von 1943 noch die Möglichkeit der Schlichtung kollektiver Streitfragen (im Auftrag der Gewerkschaften) vorsah, kehrt in allen späteren Vereinbarungen wieder. Den Gewerkschaften gelang es damit, die Tarifverhandlungen für sich zu monopolisieren.

b) in der Vereinbarung von 1947 erhielten die Betriebsräte weitreichende Befugnisse im Bereich der Kontrolle der Einzelentlassungen und bei der Personalverringerung zugestanden; in einer Zeit, die durch starke Arbeitslosigkeit charakterisiert war, war dies in der Tat ihre wichtigste Aufgabe. Diese Vereinbarung wurde 1948 einseitig von den Unternehmern aufgekündigt, um dem Betriebsrat seine für die Unternehmensführung einschneidenden Kompetenzen zu entziehen.
Mit den Vereinbarungen von 1950 (es kam zu mehreren separaten Vereinbarungen) wurden die Kontrollbefugnisse bei Entlassungen auf die Gewerkschaften übertragen; diese zeigten sich nämlich vor allem wegen des Scheiterns der Einheitsgewerkschaft abgeneigt, die Funktion des Entlassungsschutzes einem Organ wie dem Betriebsrat, dessen Zusammensetzung nach dem Mehrheitswahlrecht erfolgt, anzuvertrauen. Von 1950 an lag die Zuständigkeit für den Bereich des Entlassungsschutzes wieder bei der Gewerkschaft. Andere kleinere Abänderungen betreffen die Vertragsklauseln über die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und die Auswertung ihrer Ergebnisse.

III. Der Betriebsrat in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Entwicklung Italiens in der Nachkriegszeit

1. Das italienische Gewerkschaftsleben der Nachkriegszeit ist sehr reich an Ereignissen und unvorhersehbaren Wendungen; darüber hinaus fand während dieser Zeit innerhalb der gewerkschaftlichen Gruppierungen und auch zwischen ihnen eine lebendige Auseinandersetzung über zahlreiche Problemkreise statt, so auch über die betriebliche Interessenvertretung der Arbeiter. Wer als Zeitgenosse diese Diskussion bzw. die Ereignisse rund um die organisierte Arbeiterschaft mitverfolgt hat, gelangt zu folgenden Feststellungen: a) die Institution des Betriebsrats gewinnt mit dem Fall des Faschismus bzw. mit der Reaktivierung des demokratischen Lebens neue Aktualität und verkörpert bis zum heutigen Tage die zentrale und sicherlich verbreitetste Form der Interessenvertretung der Arbeiter im Produktionsbereich; b) andererseits war diese Institution, besonders zu bestimmten Zeiten, Gegenstand von Polemiken und Auseinandersetzungen unter den gewerkschaftlichen Gruppen; dabei kam es zu einer breiten Diskussion und zu einer sehr kritischen Analyse dieses Organs. Wir werden nun zuerst

versuchen die Ursachen für die Kontinuität des Betriebsrates zu ermitteln, bzw. die Besonderheiten seiner Arbeit zu charakterisieren.

2. Der Betriebsrat stellt ein fundamentales Element innerhalb der Arbeitswelt bzw. des Gewerkschaftslebens in Italien dar; wenn wir uns auf die Entwicklung der letzten 20 Jahre beschränken wollen, so läßt sich sagen, daß er unbeschadet, allerdings nicht ohne daß es zu Spannungen und Anpassungen gekommen wäre, die dynamischen und konfliktreichen Ereignisse im industriellen Bereich übersteht: auch heute noch verkörpert er die normale Lösung für das Problem der Interessenvertretung der Arbeiter im Betrieb. Wo sind die Hauptursachen für diese Kontinuität, für diese so starke Widerstandsfähigkeit gegenüber den sich überstürzenden Ereignissen und den tiefgreifenden Veränderungen zu suchen? Die Gründe könnten nach unserer Einschätzung folgende sein:
a) diese Institution wurde unmittelbar nach der Befreiung Italiens als Symbol für die Wiederherstellung der Möglichkeit kollektiver Aktionen innerhalb des Betriebs angesehen;
b) sie verkörperte als einziges institutionalisiertes und formal anerkanntes Organ, dessen Befugnisse in Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und dem Arbeitgeberverband abgesteckt worden sind, den Willen der Arbeiter im Betrieb zur Verteidigung ihrer Interessen;
c) die möglichen Alternativen zum Betriebsrat haben sich in der konkreten Praxis nicht als solche bewährt;
d) der Betriebsrat hat gerade in den letzten Jahren, wo die Gewerkschaften mit intensiven Aktionen am Arbeitsplatz aufgewartet haben, an Macht und Bedeutung zugenommen.
Wir werden uns kurz mit jedem einzelnen dieser Punkte beschäftigen; es scheint jedoch angebracht, hier noch eine Einschätzung anzubringen, die gewissermaßen die Hauptursache für die Kontinuität des Betriebsrates darstellt. Sicherlich verdankt diese Institution einen Großteil ihrer Durchschlagskraft der formalen juristischen Anerkennung; darüber hinaus liegt ihre tatsächliche Stärke darin, daß sie von den Arbeitern als Repräsentantin ihres Willens und ihrer Erwartungen erlebt wurde, als das am besten geeignete Organ zur Behandlung der konkreten Probleme am Arbeitsplatz, als Institution, die mehr als jede andere sich für die Belange der Arbeiter innerhalb des Betriebs einsetzte. Diese Beurteilung findet sich meist auch in den Dokumentationen der Gewerkschaftsorganisationen wieder und wird von all jenen geteilt, die die

Ereignisse der Arbeitswelt aus der Nähe mitverfolgen.

3. Der Betriebsrat verkörpert unmittelbar nach der Befreiung Italiens das Symbol für eine Interessenvertretung der Arbeiter und konstituiert sich in allen oder fast allen Betrieben, auch in solchen kleineren Ausmaßes. Seine formal-juristische Anerkennung verdankt er der Buozzi-Mazzini-Vereinbarung, aber - was sicher entscheidender ist - der eigentliche Grund für sein Neuaufleben liegt in der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Situation. Denn die Betriebsräte sind noch vor der juristischen Anerkennung der politischen Parteien wiedererstanden, und zwar deswegen, weil eine Reihe verschiedener Faktoren zusammengetroffen sind: ein starker klassenkämpferischer Druck, das Fehlen der Gewerkschaften (die sich nur auf dem Papier neu geordnet hatten) und das Interesse der Industriemanager, sich ein kollaborierendes Organ für die Kontrolle der Massen zu schaffen, durch Institutionalisierung eines Vertretungsorgans, mit dem man verhandeln konnte. Jedenfalls waren diese verschiedenen Gruppierungen - natürlich aus unterschiedlichen Interessenlagen - der Meinung, daß die einzige Möglichkeit, eine Institution zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu etablieren, darin lag, von den Betriebsräten auszugehen.

Die Tatsache, daß der Betriebsrat einerseits den Willen der Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer Interessen verkörperte und andererseits eine Institution darstellte, die den Unternehmern in ihr Konzept paßte, ist oft hervorgehoben worden, um seine innere Widersprüchlichkeit aufzuweisen. Allerdings kann diese Einrichtung damit nicht negativ abqualifiziert werden, handelt es sich hier doch um kein rein gewerkschaftliches Organ, vielmehr um eine Institution zur Lösung der normalen Streitfragen zwischen den Arbeitern und dem Betrieb. In der unmittelbaren Nachkriegszeit kam es gerade deswegen zur Konstituierung dieses Organs, weil ein Vakuum vorhanden war und es an unmittelbaren Erfahrungen gewerkschaftlicher Praxis mangelte. Natürlich bleibt das Problem offen, welche Funktionen der Betriebsrat tatsächlich ausüben soll; ungelöst bleibt ferner, ob er die Interessenvertretung der Arbeiter und/oder der Gewerkschaft innerhalb des Betriebs allein übernehmen soll. Diese Probleme werden bekanntlich den Stoff für die Diskussionen noch vieler Jahre liefern. An dieser Stelle gilt es anzuerkennen, daß der Betriebsrat in jenem historischen Abschnitt, der so reich an Begeisterung und Illusionen war, nämlich der unmittelbaren Nachkriegszeit, das Organ verkörperte,

das die italienischen Arbeiter als adäquat für die Wahrnehmung ihrer Interessen bzw. Erkämpfung von substantiellen Neuerungen ansahen.

4. An die Stelle dieser historischen Situation tritt nun eine andere, völlig verschiedene, die auch zeitlich weiter ausgedehnt ist: vom Anfang der 50er Jahre bis zum Anfang der 60er Jahre. In dieser Periode - das neue politische Gleichgewicht zeigt sich in der Bildung der "Zentrums"-Regierungen und in der ideologischen Alternative zwischen Westen und Osten - kommt es zur völligen Wiederherstellung der unternehmerischen Vorrechte innerhalb des Betriebs (diese Vorrechte waren im "Klima" der Befreiung ins Wanken geraten) und zu einer Offensive der Betriebsleitungen "mit dem Ziel, auf jeden Fall den Erfolg von Initiativen zur Verteilung der Macht bzw. zur Institutionalisierung einer gewissen Mitbestimmung von der Basis her zu verhindern" (4). Objektiv erfuhren die Betriebsleitungen dabei gewissermaßen eine Unterstützung durch den Zerfall der gewerkschaftlichen Einheit (1948), durch die Last der politischen Hypotheken, durch die parlamentarischen Neigungen der Gewerkschaften und die eingeschränkte Verhandlungsfähigkeit, die sich praktisch oft auf die Erneuerung der nationalen Tarifverträge mit mehrjährigen Kündigungsfristen, mit bescheidenen Resultaten im Bereich der Lohnerhöhungen und noch bescheideneren bei den Arbeitsnormen reduzierte. In dieser Periode kam es insgesamt zu einem gründlichen Überdenken der gewerkschaftlichen Erfahrungen, besonders innerhalb der CISL, einer Organisation, die aus der Spaltung der CGIL hervorgegangen war. Hier werden neue Perspektiven für das gewerkschaftliche Handeln konzipiert, das sich viel stärker als bisher an konkreten Themen wie Arbeitsschutz und Arbeitsverrichtung in den Betrieben orientieren soll, wobei die Verhandlungen auf Betriebsebene das wohl bedeutendste Ergebnis dieser Neuorientierung darstellen. Allerdings findet diese Perspektive (von sporadischen Ausnahmen einmal abgesehen) anfänglich keinen praktischen Widerhall, was sich vielleicht damit erklären läßt, daß sie für italienische Verhältnisse etwas fundamental Neues darstellte bzw. von der Unternehmerseite energisch bekämpft wurde; vielleicht auch damit, daß ihr die CGIL wegen der Tatsache, daß diese Perspektive von den Spitzengremien der CISL erarbeitet worden und bei den unteren Funktionären bzw. an der Basis auf beachtlichen Widerstand gestoßen war, zunächst ablehnend gegenüberstand; sie bereitet aber das Terrain für den Wiederaufschwung

der Tarifkämpfe in den 60er Jahren vor.
Während dieser Zeit war der Betriebsrat - wohl deswegen, weil es sich um eine Institution handelte, die juristisch anerkannt und geregelt war und auf eine lange Tradition verweisen konnte - praktisch meistens das einzige Organ zur Wahrung der Arbeiterinteressen und zum Ausdruck des kollektiven Willens in der Fabrik. Und diese Tatsache hat nicht nur formale, sondern, was viel entscheidender ist, auch substantielle Implikationen: denn der Betriebsrat befaßt sich während dieser Zeit nicht nur mit Aufgaben, die im Artikel 2 der Vereinbarungen von 1947 und 1953 vorgesehen sind, sondern erhält auch Befugnisse, die in diesen Vereinbarungen garnicht erwähnt sind: praktisch befaßt er sich mit gewerkschaftlichen Aufgaben und trägt zur Schlichtung kollektiver Streitfragen bei. Wenn dies nicht geschieht oder nur zu bescheidenen Resultaten führt, liegt das sicher nicht daran, daß andere rein gewerkschaftliche Organe hier an der Stelle des Betriebsrates wirksam werden; vielmehr ist dies eine indirekte Auswirkung der allgemeinen Lage, die sich als Ungleichgewicht der Kräfte von Unternehmern einerseits und organisierter Arbeitnehmerschaft bzw. Arbeiterbewegung andererseits charakterisieren läßt. In dieser Situation wird der Betriebsrat oft, vor allem in den kleineren Betrieben, ein Ziel, für das es sich einzusetzen gilt; man mobilisiert alle Kräfte, um einen Betriebsrat aufstellen zu können; man betrachtet den Betriebsrat als wesentliche Bedingung, um der einseitigen und expresserischen Politik der Gegenseite Einhalt gebieten zu können; man setzt sich anläßlich der anfallenden neuen Verhandlungen über den Betriebsrat für die Erhaltung seiner Entscheidungsfreiheit ein. Es stimmt zwar, daß der Betriebsrat in zahlreichen Situationen äußeren Zwängen ausgesetzt und nur innerhalb enger Grenzen handlungsfähig ist; allerdings kann man diese Tatsache weniger auf die Institution selber als auf die Mängel der allgemeinen Situation zurückführen. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß die Betriebsratsmitglieder normalerweise die Grundpfeiler der Gewerkschaft innerhalb des Betriebs darstellen, daß sie die gewerkschaftlichen Vertrauensleute an der Basis sind und Bezugspunkte für den Gewerkschaftsapparat darstellen; sie übernehmen Koordinierungsfunktionen, die Werbung von Mitgliedern und die Sammlung der von den Mitgliedern an ihre Organisation zu zahlenden Beiträge. Eine Bestätigung für die neuralgische Stellung des Betriebsrates während der langen Zeitperiode, die hier zur Diskussion steht, findet sich auch in den offiziellen Dokumenten der Gewerkschaftsorganisationen wie-

der; die Notwendigkeit der Verteidigung, Absicherung und Stärkung des Betriebsrates ist ein oft wiederkehrendes Motiv in diesen Dokumenten wie auch in der täglichen gewerkschaftlichen Praxis, auch wenn, wie wir noch sehen werden, die einzelnen gewerkschaftlichen Positionen zum Problem der Interessenvertretung der Arbeiter stark divergieren.

5. In der gewerkschaftlichen Realität Italiens ist es nicht gelungen, konkrete Alternativen zum Betriebsrat zu entwickeln. Nur die Gewerkschaftssektion wäre in der Lage gewesen, als Organ die Aufgaben des Betriebsrates zu übernehmen und darüber hinaus seine Bedeutung empfindlich zu mindern.
Wir werden uns später noch mit ihr auseinandersetzen: hier wollen wir nur darauf hinweisen, daß sie ein rein gewerkschaftliches Organ ist - wobei die diesbezüglichen Standpunkte der CISL und der CGIL etwas voneinander abweichen-, welches nur von den Mitgliedern gestellt wird (CISL), oder auch von den Arbeitern des Betriebs oder des Produktionskomplexes, die nicht in der Gewerkschaft sind (CGIL).
Die Gewerkschaften interessieren sich für die Schaffung und den Ausbau der Gewerkschaftssektion in der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Allerdings stößt die Gewerkschaftssektion bei ihrer Konstitution - obwohl man niemals daran gedacht hatte, sie als Ersatz für den Betriebsrat einzuführen; nur die CISL hatte sich für eine bestimmte Zeit mit diesem Gedanken angefreundet - auf sehr starke Widerstände; a) weil sie ein neues Organ darstellt, das bei der Masse der Arbeiter erst Anklang finden muß, wobei es ganz voraussetzungslos anzufangen gilt; b) weil sie in den Augen der Arbeiter nicht als eine Notwendigkeit, als ein Faktor zur Erreichtung fortgeschrittener Ziele erscheint, der ihre kollektive Durchsetzungsfähigkeit entscheidend steigern könnte; c) weil sie von Unternehmerseite entschieden bekämpft wird; man sträubt sich gegen die formale oder faktische Anerkennung eines rein gewerkschaftlichen Organs, das seinen Wirkungskreis innerhalb des Betriebs hätte.
Die Folge war, daß die Herausforderung der Gewerkschaftssektion gegenüber dem Betriebsrat - wie immer sie auch konzipiert war, erfolglos blieb, auch wenn die Gründe, die zum Versuch führten, die Befugnisse des Betriebsrates zu beschneiden, bzw. ihn als Organ zu überwinden, berechtigt waren. Die Gewerkschaftssektion bleibt ein faktisches, nicht anerkanntes Organ, in dem viele Hoffnungen schlummern, aber aus den genannten

Gründen stellt sie kein wesentliches und notwendiges Element innerhalb der industriellen Beziehungen Italiens dar. Dazu hätte es in der ersten Hälfte der 60er Jahre kommen können - in der Praxis kam es allerdings nicht dazu -, als die Gewerkschaften die ergänzenden Tarifverhandlungen auf Betriebsebene durchsetzten und die Unternehmer zwangen, an der Stelle des Betriebsrates einen anderen Verhandlungspartner einzusetzen. Die Unternehmer, vor allem ihre Berufsverbände, kämpfen am Anfang ganz entschieden gegen die Errichtung dieser neuen Verhandlungsebene; erst später machen sie hier angesichts des allgemeinen gewerkschaftlichen Aufschwungs und des boom in der italienischen Industrie Zugeständnisse. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich nunmehr darauf, wer der neue Verhandlungspartner auf Betriebsebene sein soll: die Unternehmer geben für diese Funktion dem Betriebsrat den Vorzug, um die Anwesenheit der Gewerkschaften im Betrieb nicht formal anerkennen zu müssen.
Noch einmal steht der Betriebsrat damit im Zentrum der Beziehungen bzw. Auseinandersetzungen der beiden Gegenseiten und nimmt Aufgaben wahr, die seine formalen Kompetenzen weit über steigen; schließlich findet man einen Ausweg aus dieser Situation: aber nicht die Gewerkschaftssektion wird als innerbetrieblicher Verhandlungspartner akzeptiert, vielmehr wird diese Funktion direkt vom Betriebsrat auf die gewerkschaftlichen Organe außerhalb des Betriebs übertragen. Mit anderen Worten: mit der Entwicklung der Tarifverhandlungen auf Betriebsebene, vom Ende der 50er Jahre an, verliert der Betriebsrat mehr und mehr seine Funktion als Verhandlungspartner; diese Befugnis wird jedoch nicht etwa auf die Gewerkschaftssektion, sondern direkt auf die Gewerkschaft übertragen. Dieses Überspringen der Gewerkschaftssektion bedeutet allerdings nicht, daß sie überhaupt keine aktive Rolle mehr spielt: im Gegenteil bleibt festzustellen, daß sie an allen Orten, wo sie ein gewisses Maß an Aktivität entfaltet hat, ganz eindeutig zur Verbesserung der Arbeit des Betriebsrates beigetragen und sich als kontinuierliche Kontrollinstanz bzw. Ansporn für seine Aktionen erwiesen hat. Nicht zuletzt hat sie sich als notwendige Unterstützung für den Erfolg der Verhandlungen auf Betriebsebene erwiesen; ihre Vertreter nehmen nicht selten gemeinsam mit den Mitgliedern des Betriebsrates und den Gewerkschaftsfunktionären an der betrieblichen Verhandlungsdelegation teil (ohne daß sie dabei allerdings ausdrücklich als Vertreter der Gewerkschaftssektion gekennzeichnet wären).

6. Die Position des Betriebsrates in den letzten Jahren kann nur dann richtig eingeschätzt werden, wenn die grundlegenden Veränderungen innerhalb des gewerkschaftlichen und gesellschaftlich-politischen Geschehens eine angemessene Berücksichtigung erfahren. Diese Entwicklung war im wesentlichen durch die folgenden Elemente gekennzeichnet: a) eine durch eine antagonistische Kampfstimmung gekennzeichnete Gewerkschaftspolitik, die von den Mitgliedern volle Unterstützung erfuhr bzw. sogar von ihnen vorweggenommen wurde; b) die ausführliche und ständig wiederkehrende Debatte über die Möglichkeit eines neuerlichen Zusammenschlusses der Gewerkschaftszentralen (CGIL, CISL, UIL), wobei auch sie durch die alltägliche Praxis der "Aktionseinheit" vorweggenommen wurde; c) die Jugend- und Studentenbewegungen mit eindeutig politischem Anspruch und der Bereitschaft, sich mit der Problematik der Arbeitswelt und der Gewerkschaften intensiv auseinanderzusetzen. (5)
Das Zusammenwirken dieser Faktoren hat eindeutig ein Abrücken der Gewerkschaften von ihren politisch-parlamentarischen Traditionen als bevorzugtem Betätigungsfeld bewirkt (6), es hat der gewerkschaftlichen Initiative angesichts der Lage der Arbeiter wieder eine Dimension der Autonomie eröffnet und die Gewerkschaftsaktionen mehr denn je auf die konkreten Probleme des Arbeitsplatzes konzentriert. Trotz aller einschneidenden Veränderungen bleibt der Betriebsrat eine normale und bedeutsame Realität innerhalb der industriellen Welt und ihrer Konflikte; man könnte sogar meinen, daß seine Bedeutung größer anstatt kleiner geworden ist. Diese Entwicklung ist nicht so sehr auf die Aktionen einer oder aller italienischen Gewerkschaften, vielmehr auf die Eigendynamik der vorher erwähnten Ereignisse zurückzuführen. Wir werden diese Beurteilung mit zwei Faktoren zu belegen versuchen. Da wäre zunächst einmal die Tatsache, daß der Betriebsrat bei seinen Beziehungen zur Betriebsleitung keineswegs über weniger Befugnisse als früher verfügt: in der Vergangenheit setzte die allgemeine Situation, innerhalb derer die Gewerkschaft über wenig Macht verfügte, diesen Machtbefugnissen enge Grenzen; nunmehr wirken sich die Vorteile der veränderten Situation auch auf den Betriebsrat aus, der seinen Aktionsradius beträchtlich hat erweitern können. Es muß hinzugefügt werden, daß die stärkere Beteiligung der Arbeiter am gewerkschaftlichen Kampf für den Betriebsrat eine wertvolle Unterstützung und eine Erfolgsgarantie beträchtlichen Ausmaßes bedeutet hat. Der zweite Faktor betrifft die überparteiliche Struk-

tur des Betriebsrates: in einer Zeit, die durch das Bemühen um die Gewerkschaftseinheit charakterisiert ist, erweist sich der Betriebsrat als ein ausgezeichnetes Kampfinstrument, dessen Vorzüge in der alltäglichen Praxis immer wieder neu zutage treten. Denn der Betriebsrat war von seiner Struktur her stets ein einheitliches Organ und besonders die CGIL hat stets auf die Einhaltung dieser Bedingung geachtet. In den Jahren unmittelbar nach dem Zerfall der Einheitsgewerkschaft war diese Einheitlichkeit allerdings nur formal gegeben, weil sich in seinem Innern die Spaltung bzw. die verschiedenen Vorstellungen der Gewerkschaftszentralen reproduzierten. Erst in den letzten Jahren kam in den Aktionen des Betriebsrates ein "einheitliches Klima" zum Ausdruck; dies hat ohne Zweifel dazu beigetragen, seine Funktionsfähigkeit und sein Prestige zu verstärken. Aber auch jetzt kann es noch vorkommen, daß der Einheitlichkeitsanspruch eher Fassade als Wirklichkeit ist. Beispielsweise stehen auf den "Einheits"listen der CGIL für die Betriebsratswahlen Vertreter aller verschiedenen in dieser Gewerkschaft anerkannten Gruppierungen, aber ihre Aufstellung ist lediglich das Resultat eines fein abgestimmten Kompromisses zwischen den einzelnen Gruppierungen bzw. Ausdruck dessen, ob die Mehrheit ein Interesse daran hat, Minderheiten mehr oder weniger zu begünstigen.

IV. Das Problem des Betriebsrates innerhalb des gewerkschaftlichen Pluralismus Italiens

1. An dieser Stelle möchten wir versuchen, wesentliche Ausschnitte aus der Diskussion, die zwischen den Gewerkschaften über das Problem des Betriebsrates und, noch allgemeiner, über die Frage der Interessenvertretung der Arbeiter stattgefunden hat, darzustellen. Die Entstehung des Betriebsrates in Italien erklärt sich aus den besonderen sozio-ökonomischen Bedingungen und aus der Lage der Lohnabhängigen in diesem Land. Die ökonomische Situation ist die eines Agrarlandes mit einer bescheidenen und unausgeglichenen industriellen Entwicklung und einer großen Zahl von Arbeitslosen bzw. Unterbeschäftigten. (7) In einer solchen Situation ist die Gewerkschaftspolitik, auch wenn sie von umfassenden ideologisch-politischen Konzeptionen ausgeht, meist defensiv eingestellt; sie muß sich mit der Erreichung von Minimalzielen zufriedengeben und sogar aufpassen, daß diese bescheidenen Erfolge auch respektiert werden. Auch nach der Befreiung Italiens

ändert sich an dieser Situation nicht viel, selbst wenn es vordergründig zu vielfachen Neuerungen und zu einer Euphorie ob der wiedererstandenen Demokratie kommt.
Innerhalb eines solchen Kontextes stellt eine Institution wie der Betriebsrat einen Hoffnungsschimmer dar; er wird als Errungenschaft gesehen, bzw. als ein Faktor erlebt, der wegen seiner institutionalisierten Form Sicherheit vermittelt; er wird als ein Organ betrachtet, das die Kontinuität der Interessenvertretung gewährleistet. Als es gegen Ende der 40er Jahre zu einer Aktivierung des Gewerkschaftslebens kommt und die unmittelbare Nachkriegszeit mit ihren Schwierigkeiten überwunden ist, als sich bereits andeutet, daß die einzelnen gewerkschaftlichen Gruppierungen verschiedene Wege einschlagen werden, stellt sich das Problem des Betriebsrats. Zwei fundamentale, wenn auch heterogene, Faktoren haben dazu geführt: der erste, auch chronologisch gesehen, betrifft direkt die Arbeitswelt, nämlich das Auseinanderbrechen der gewerkschaftlichen Einheit; der zweite - der sich in den 50er Jahren manifestiert und indirekt Einfluß ausübt -, besteht darin, daß die ersten Erscheinungsformen perspektivisch darauf hindeuten, daß die italienische Wirtschaft sich in einem schnellen Übergang von einer überwiegend landwirtschaftlich geprägten zu einer industriellen Wirtschaftsform befindet.
Bei der Auseinandersetzung mit dem ersten der beiden angesprochenen Faktoren stellen wir fest, daß das Problem des Betriebsrates im Zentrum des italienischen Gewerkschaftspluralismus steht, auf dessen Basis es nämlich nach zahlreichen Umbildungen und Gründungen von Organisationen geringerer Bedeutung zur Herausbildung von zwei großen Widersachern, der CGIL und der CISL kommt. Die CGIL steht auf dem Standpunkt einer eindeutig antikapitalistischen Gewerkschaft und wirft ihr Augenmerk eher auf die allgemeinen Bedingungen der Arbeiter in der Gesellschaft als auf die besonderen des Arbeitsplatzes (8); die CISL macht sich die Überwindung der traditionellen Politisierung der italienischen Gewerkschaften zum Vorsatz und richtet ihre Aufmerksamkeit auf den Verbandscharakter der organisierten Arbeiterschaft; sie besteht darauf, daß die Tarifverhandlungen Vorrang vor anderen Formen der Interessenvertretung haben müssen und hebt immer wieder die grundsätzliche Notwendigkeit der ökonomisch-produktiven Entwicklung des Landes hervor.

2. Die CISL beschäftigt sich als erste mit dem Betriebsrat und initiiert eine Diskussion über diese Institution. Die Verbands- und

verhandlungsorientierte Konzeption dieser Gewerkschaft - die unweigerlich mit einer großen Sensibilität für die vorhandenen Formen der Interessenvertretung der organisierten Arbeiter in den Betrieben verbunden ist - sieht sich sehr bald mit der Institution des Betriebsrates, mit seiner Position, seiner Funktion und seinen Befugnissen konfrontiert. Die CISL setzt sich vom Anfang der 50er bis zu den 60er Jahren mit diesem Problem auseinander; innerhalb dieser Auseinandersetzung lassen sich drei Momente unterscheiden:
a) In den Dokumenten von 1952-54 (9) überwiegt der Vorschlag, die Funktionen des Betriebsrates auf die in den Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaftsverbänden vorgesehenen Kompetenzen zu beschränken; dieser Vorschlag findet sich auch ziemlich häufig in den offiziellen Erklärungen und auch in den konkreten Aktionen der CISL wieder. Man geht nämlich davon aus, daß der Betriebsrat als nicht gewerkschaftliches Organ weder als innerbetrieblicher Verhandlungspartner auftreten, noch die Gewerkschaft in ihren spezifischen Befugnissen ersetzen darf. Ein anderes Thema, das häufig im Mittelpunkt steht, ist der entschiedene Widerstand der CISL - der sich aus der tiefen Skepsis dieser Organisation gegenüber der Lösung von Problemen der Arbeitswelt durch Gesetze ergibt - gegen die juristische Anerkennung des Betriebsrates (wie sie von der CGIL angestrebt wird), weil der Betriebsrat "aus dieser formalen Anerkennung gerade nicht die Kraft zur besseren Wahrnehmung der Arbeiterinteressen schöpfen könnte (diese Kraft muß von woanders herkommen), sondern dies nur zu einer bürokratischen Verfestigung seiner Existenz und zur Verallgemeinerung amorpher und 'betriebsbornierter' Erfahrungen führen würde, womit jede Möglichkeit für das Überleben der Gewerkschaften im Betrieb zunichte gemacht würde" (10). Andererseits wird mehrmals darauf hingewiesen, daß der Betriebsrat weiter abgesichert und ausgebaut werden muß und daß die CISL durchaus bereit ist, bei dieser Aufgabe mitzuhelfen.
b) Das beherrschende Motiv in den nach 1954 erscheinenden Dokumenten ist die Entstehung der Gewerkschaftssektion, die von der CISL Sezioni aziendali sindacali (SAS = betriebliche Gewerkschaftssektionen) genannt werden. In diesem Organ sieht man die notwendige Voraussetzung für den Übergang von einem unartikulierten Konsensus der Arbeiter zu ihrer aktiven Teilnahme am Gewerkschaftsleben, bzw. für eine echte Dezentralisierung gewerkschaftlicher Funktionen bei der Durchsetzung lohnpolitischer Ziele. Die SAS soll die Organisierung der Arbeiter innerhalb des Betriebs bewirken. Sie hat, abgesehen von den Tarifverhandlun-

gen, die der Gewerkschaft direkt obliegen, die Aufgabe, die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb zu bilden und soll, unter der Leitung und Kontrolle der Gewerkschaft, folgende Aufgaben übernehmen: I) sie soll mithelfen, die Forderungen der Arbeiter zu formulieren; II) sie soll sich für die Herstellung des größtmöglichen Konsensus unter den Arbeitern im Betrieb einsetzen und eine einheitliche Willensbildung im Sinne der Richtlinien der CISL vorantreiben; III) sie soll neue Mitglieder werben und Mitgliedsbeiträge einsammeln; IV) und sie soll mit der Gewerkschaft zusammenarbeiten, im Bemühen um eine adäquate Fortbildung des gewerkschaftlichen Bewußtseins. (11) Die Gewerkschaftssektion wird nicht als Alternative zum Betriebsrat dargestellt; zwischen SAS, Betriebsrat und Gewerkschaft soll es vielmehr eine enge Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Abgrenzung ihrer Funktionen geben: die Gewerkschaft bewegt sich auf einer Ebene oberhalb der beiden anderen Organe und ihr allein steht das Recht zu, die Tarifverhandlungen zu führen. Die SAS ist ein Instrument zur Syndikalisierung des Betriebs und ein Mittel, um eine Verbindung zwischen den Betriebsratsmitgliedern und den Arbeitern bzw. der Gewerkschaft herzustellen. Der Betriebsrat wiederum hat - im Rahmen seiner Befugnisse - in der Gewerkschaft seinen Ausgangspunkt: denn diese "unterstützt" über die SAS "seine Wahl und ist formal und substantiell weitgehend für seine Aktionen und Arbeitsmethoden verantwortlich". (12)
c) In den letzten Jahren wurde die Position der CISL einerseits weiter präzisiert, andererseits sind ihre Aussagen und Erklärungen nun auch weit weniger einheitlich und homogen. Man glaubt nämlich infolge der ergänzenden Tarifverhandlungen auf Betriebsebene neue Entfaltungsmöglichkeiten und Aufgaben für die SAS gefunden zu haben. Gleichzeitig werden von einigen Organisationen innerhalb der CISL neue Vorschläge entwickelt, die allerdings auf der Ebene des Gesamtverbandes kein Gehör finden - jedenfalls nicht zu einem festen Bestandteil der Stellungnahmen der CISL geworden sind; so z.B. die Erwägung, den Betriebsrat graduell zu überwinden, Hand in Hand mit einer Stärkung der SAS, oder auch die Überlegung, der SAS eine gewisse Funktion bei den Verhandlungen auf Betriebsebene zuzuteilen, etwa die Kontrolle über die Anwendung der Verträge.

3. Die Position der CGIL gegenüber dem Betriebsrat und der Interessenvertretung der Arbeiter im Betrieb unterscheidet sich stark von der CISL. Dies gilt zumindest für ihre anfängliche Po-

sition, während in der Folgezeit eine gewisse Annäherung der Positionen der beiden Organisationen zu beobachten ist. Auch bei der CGIL lassen sich drei wesentliche Momente erkennen:
a) In der Übergangszeit zwischen den 40er und 50er Jahren besteht das Hauptproblem darin, den Betriebsrat gegen Beeinflussungsversuche und Repressalien der Unternehmer zu verteidigen, bzw. eine gesetzliche Regelung der Befugnisse dieser Institution und der Garantien für seine Mitglieder zu erreichen. Deswegen kommt es wiederholt zur Forderung nach der juristischen Anerkennung dieser Institution. Diese wird besonders wegen ihres einheitlichen Charakters als eine Errungenschaft der italienischen Arbeiter dargestellt. Denn, wie man in einer der offiziellen Reden des 1952 abgehaltenen Nationalkongresses nachlesen kann "die Betriebsräte vertreten alle Arbeiter, seien es nun Techniker, Angestellte oder Arbeiter, und wir fordern eine proportionale Vertretung jeder Berufsgruppe oder Gruppierung auf Grund einer direkten und geheimen Wahl unter Teilnahme aller Arbeiter oder, besser noch (dies wäre unser Vorschlag), vorher abgestimmte Wahlvorschläge, die dann von den Arbeitern einstimmig angenommen werden; mit einem solchen Verfahren könnte die Einheit der Arbeiter und des sie vertretenden betrieblichen Organs gegen den gemeinsamen Gegner, den Unternehmer, besser zum Ausdruck kommen". (13) Die Logik dieser Organisation läßt es nicht zu, sich auch mit der Möglichkeit anderer Interessenvertretungsorgane für die Arbeiter zu beschäftigen; der Vorschlag der Gewerkschaftssektionen ruft zunächst Verwirrung hervor und stößt dann auf heftigen Widerstand: man sieht in ihnen die Gefahr der Spaltung der Arbeiterklasse, bzw. die Gefahr des "Betriebsegoismus". Diese anfängliche Position wird auch wieder eingenommen, als sich die CISL bereits konkret über die Konstituierung der SAS Gedanken macht; dies umso mehr, als die CISL damit die Absicht verbindet, den Aktionsradius des Betriebsrats zu beschränken.
b) In der zweiten Hälfte der 50er Jahre kommt es zu einer völligen Neuorientierung der CGIL gegenüber dem Problem der gewerkschaftlichen Präsenz in den Betrieben. Im Zusammenhang mit der radikalen Neubestimmung ihrer Tarifpolitik - zusammenfassend ließe sich sagen, daß sie sich nunmehr zu einer positiven Einstellung gegenüber den ergänzenden Tarifverhandlungen auf Betriebsebene durchgerungen hat - macht sich die CGIL in einer Art Rechenschaftsbericht klar, daß "in jenen Jahren eine der fundamentalen Ursachen für die Krise der Gewerkschaften in

ihrer zunehmenden Distanzierung von den Problemen des Arbeitsplatzes und von den Arbeitsbedingungen in der Fabrik zu suchen ist. Dieser Bewußtseinswandel und die Notwendigkeit einer neuen Forderungspolitik stellen die Grundlage für die Entscheidung der Organisation dar, die Bildung von betrieblichen Gewerkschaftssektionen zu befürworten." (14) In einer Resolution, die vom 4. Nationalkongreß gutgeheißen wurde, heißt es in der Tat, daß die Gewerkschaftssektion "das Instrument darstellt für die demokratische Ausarbeitung der betrieblichen Gewerkschaftspolitik, für die Organisierung der Kampfmaßnahmen und der gesamten gewerkschaftlichen Aktivitäten am Arbeitsplatz, wie Propaganda, Werbung von neuen Mitgliedern, Ausstellung der Mitgliedsausweise, Erhebung der Beiträge, Schaffung eines stets größer werdenden Netzes von Aktivisten, Propagandisten bzw. Verteilern von Gewerkschaftszeitungen". (15)

c) Noch wird die SSA (Sezione sindacale di azienda) vor allem als Instrument zur Verwirklichung der neuen artikulierten Forderungspolitik und zur Demokratisierung und damit zur organisatorischen Dezentralisierung gesehen. Später - in den 60er Jahren - setzt die CGIL noch größere Erwartungen in die SSA und betrachtet sie als ein Zentrum der Macht und der Ausarbeitung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen an der Basis: sie soll in ihren Augen eine permanente Einrichtung und nicht nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt innerhalb der organisatorischen Politik werden. Die SSA unterscheidet sich von der SAS der CISL durch folgende Merkmale: sie soll ein Ausdruck des autonomen Willens der Arbeiter sein, und man gesteht ihr deswegen das Recht zur Durchführung eigener Aktionen zu; sie wird nicht als Anhängsel der Gewerkschaft, sondern vielmehr als autonomes Organ der Arbeiter mit einem eigenen Aktionsradius bestimmt, das nicht nur passiv die auf höherer gewerkschaftlicher Ebene erarbeiteten Richtlinien und Initiativen übernimmt. Die SSA soll sich nicht so sehr aus organisierten Arbeitern (Mitgliedern) zusammensetzen, sondern eine Massenorganisation darstellen, die innerhalb des Betriebs einen großen Konsensus für die Vorstellungen der CGIL herzustellen sucht. Die SSA wird nie als Gegensatz oder Alternative zum Betriebsrat betrachtet: nach wie vor gehört die positive Einschätzung und Verteidigung dieses Organs zu den wesentlichen Momenten der organisatorischen Politik der CGIL. Denn der Betriebsrat ist Träger zweier Elemente, die innerhalb der "Philosophie" dieser Organisation zentrale Momente darstellen: nämlich die Klassendimension, da er sich als Interessenvertretung

aller Arbeiter versteht und das daraus sich ergebende Moment der Einheit.

4. Im Vorhergehenden sind die verschiedenen Standpunkte schematisch und getrennt für jede der beiden großen Organisationen dargestellt worden. In der Realität kam es in der Diskussion bzw. Polemik und auch in der alltäglichen Praxis des Betriebsrates bei der Durchsetzung der Tarifverhandlungen auf Betriebsebene häufig zu einer Überlappung der beiden Standpunkte. In der letzten Zeit stand diese Diskussion weniger im Vordergrund als früher; außerdem haben die intensiven tarifpolitischen Auseinandersetzungen die Gewerkschaften zu einer partiellen Angleichung ihrer Positionen bzw. zu einer stärkeren Orientierung an der Praxis und zu Versuchen einer Aktionseinheit gezwungen. Wenn wir auf die entscheidenden Unterschiede zwischen den beiden erwähnten Positionen eingehen wollen, müssen folgende drei Punkte besonders hervorgehoben werden: a) der Betriebsrat bleibt eine Institution, die eher den Vorstellungen der CGIL als denen der CISL entspricht; allerdings wird nun auch innerhalb der CGIL häufiger auf ihre Grenzen hingewiesen, und innerhalb der CISL steht dieses Problem nicht mehr so im Vordergrund wie früher; b) die Gewerkschaftssektion ist ein typisches Produkt der gewerkschaftlichen Vorstellungen der CISL, die auch der eigentliche Urheber dieses Organs ist und ihren Ausbau veranlaßt hat, wobei allerdings die gewerkschaftlichen Vorrechte bei den Tarifverhandlungen unangetastet blieben; die CGIL sieht, von dem Augenblick an, als die Notwendigkeit der Sektionen erkannt ist, in ihnen ein autonomes und eigenständiges Moment des Arbeiterkampfes und der gewerkschaftlichen Logik; c) die CISL möchte sowohl den Betriebsrat als auch die Gewerkschaftssektion durch die Gewerkschaft kontrolliert wissen und ihre Besetzung zu einem Privileg der eingeschriebenen Arbeiter machen, auch wenn man in jüngster Zeit durchaus begriffen hat, daß die Anwesenheit von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern in den Versammlungen der SAS durchaus von Vorteil sein kann. Die CGIL hingegen ist - auf Grund ihres Selbstverständnisses als einer Klassengewerkschaft - stets bereit, jene Institutionen zu fördern, die sich als eine allgemeine Vertretung aller Arbeiter begreifen (Betriebsrat) und keinen Unterschied zu machen zwischen Mitgliedern und anderen Arbeitern (in der SSA), auch wenn dies in der Praxis nicht automatisch größeren Einfluß oder eine zunehmende Demokratisierung der gewerkschaftlichen Entscheidungen bedeuten muß.

5. Die Intensität der Diskussionen über die Grenzen des Betriebsrates und die Frage, ob das Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaftssektion zueinander komplementär oder alternativ sei, hat in den letzten Jahren wegen der Intensivierung der Gewerkschaftskämpfe stark abgenommen und in jüngster Zeit auch deswegen, weil in den neu entstandenen Jugend- und Sozialbewegungen eine intensive, grundsätzliche Diskussion über die Methoden gewerkschaftlicher Arbeit geführt wurde. Denn gerade die während der Zeit des intensiven Aufschwungs der Tarifauseinandersetzungen gemachten Erfahrungen haben gezeigt:
a) daß die schwache Position der Gewerkschaftssektion nicht in der Tatsache begründet liegt, daß der Betriebsrat über allzu ausgedehnte Befugnisse verfügt; vielmehr hängt diese ihre schwache Position mit der Unklarheit ihrer Kompetenzen und mit den bescheidenen ihr anvertrauten bzw. konkret in vielen Betrieben ausgeübten Funktionen zusammen. Diese Situation wird von der Gewerkschaft klar erkannt: deswegen fordert sie die juristische Anerkennung der Gewerkschaftssektion, denn gerade im Fehlen dieser Qualität wird eine der wesentlichen Ursachen für ihre schwache Position und die Unklarheit ihrer Kompetenzen gesehen.
b) Der Betriebsrat stellt kein wirkliches oder formales Hindernis für die Durchsetzung der ergänzenden Tarifverhandlungen auf Betriebsebene dar; denn die Hindernisse für diese Verhandlungsebene sind in der jetzigen gewerkschaftlichen Situation Italiens entweder im Mechanismus der "Verweisungsklauseln" einiger nationaler Tarifverträge (diese Klauseln beschänken den Aktionsradius der ergänzenden Tarifverhandlungen) oder in der Tatsache zu suchen, daß die Gewerkschaften über wenig Macht verfügen und zur Mobilisierung der Arbeiter außerstande sind. Der Widerstand gegen die betrieblichen Tarifverhandlungen wird also auf einer Ebene mobilisiert, die über der der Betriebsräte liegt.
c) Die Aktionseinheit bzw. die gleichgelagerten Initiativen - dazu kommt es in den letzten Jahren sehr häufig - erübrigen es weitgehend, daß eine Gewerkschaft sich gegenüber den anderen durchsetzt; damit entfällt ein wesentliches Motiv für die Gründung der Gewerkschaftssektion (denn zumindest die CISL vertrat den Standpunkt, daß sie der Willensausdruck der Mitglieder sein sollte); oft entpuppt sie sich bei den Tarifverhandlungen als ein dem Betriebsrat vergleichbarer einheitlicher Organismus.
Aber ganz abgesehen von diesen Erwägungen darf eine Tatsache nicht ignoriert werden: die Gewerkschaftssektionen haben sich in zahlreichen Betrieben erst gar nicht konstituiert, in anderen

bestehen sie mehr auf dem Papier als in der Wirklichkeit; in bestimmten großen Betrieben werden sie kontinuierlich vom gewerkschaftlichen Apparat kontrolliert und auch geleitet. (16) Mit anderen Worten, man muß zugeben, daß die Gewerkschaftssektion nach über einem Jahrzehnt ihres Bestehens kein normales und alltägliches Organ zum Ausdruck des Willens der Arbeiter bzw. der Gewerkschaftsmitglieder darstellt.
Es existiert noch keine genaue Analyse zur Erklärung dieser Tatsache; hypothetisch läßt sich zu den genannten Gründen ein dritter hinzufügen: Die Gewerkschaftssektionen stellen - sowohl wegen eines wenig entwickelten Gewerkschaftslebens als auch wegen des Eintritts der Gewerkschaften in die Betriebe - eher die unterste Stufe der gewerkschaftlichen Hierarchie als einen lebendigen Ausdruck des Willens der Mitglieder dar.

6. Das Zusammenwirken all dieser Faktoren macht unsere Schlußfolgerung plausibel, die wir schon am Ende des vorigen Abschnitts gezogen hatten: der Betriebsrat erscheint heute als eine typische Institution zur Wahrnehmung und zum Schutz der Arbeiterinteressen; diese Aussagen haben heute wegen der Einheitsbestrebungen der italienischen Gewerkschaften eine größere Gültigkeit als früher, und auch deswegen, weil eine Erneuerung der Vereinbarung über die Institution des Betriebsrates heute unter den Gewerkschaften nicht mehr so stark umstritten ist. Das heißt allerdings nicht, daß damit alle Bedürfnisse nach einer stärkeren Interessenvertretung und nach aktiver Beteiligung erfüllt wären. Um sich den Inhalt einer solchen Aussage klarzumachen, genügt es, die normale Kontrolle der Tarifverträge und Übereinkommen von den gewerkschaftlichen Kämpfen und Initiativen zu unterscheiden, wenn eine solche Unterscheidung in der aktuellen italienischen Situation überhaupt statthaft ist. Für das erstgenannte Moment kann die Anwesenheit eines wachsamen und aktiven Betriebsrates ein ausreichendes Element darstellen; für das zweite Moment ist eine organisierte Unterstützung und Beteiligung von Seiten der Arbeiter ganz unerläßlich. Bisher ist diese Aufgabe bestenfalls von den Gewerkschaftssektionen abgedeckt worden, die gegenüber dem Betriebsrat eine komplementäre und stimulierende Funktion übernommen haben; in vielen Fällen kam es gar nicht dazu, und der Kampf wurde direkt von den Gewerkschaften angeleitet, wobei die Einbeziehung oder Konsultierung der Basis von Mal zu Mal anders erfolgte, häufig auf zufälligen Gegebenheiten beruhte und insgesamt unbefriedigend gelöst wurde. Gerade auf

diesen Punkt hat sich die Kritik der neuen sozialen Bewegungen (die teils von Studenten - teils von Studenten, Technikern und Arbeitern gemeinsam getragen wurden) gegenüber den Gewerkschaften und ihrem bürokratischen Apparat zugespitzt. Diese Kritik hat - zusammen mit anderen sicherlich bedeutsameren Faktoren, wie die intensive und kontinuierliche Beteiligung der Arbeiter (unter Einschluß der Angestellten, die traditionell abseits standen) an den zahlreichen und oft großen Einsatz erfordernden gewerkschaftlichen Kämpfen - zur Verminderung der Schärfe der Diskussion über den Betriebsrat und die Gewerkschaftssektion beigetragen und hat eine viel tiefere und komplexere Problematik zu Tage gefördert, nämlich die der Beziehungen zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Basis, und die der Kriterien, nach denen man bei Tarifauseinandersetzungen zu kämpfen und Entscheidungen zu treffen hat. Diese Problematik betrifft nicht nur die Betriebsräte, sondern faktisch wenn nicht sogar prinzipiell, auch die Gewerkschaftssektion. Im Fall des Betriebsrats wird die Zweckmäßigkeit der Delegierung als einer festgesetzten und formalisierten Vertretung in Frage gestellt; im Fall der Gewerkschaftssektion stellt sich formal das Problem der Delegierung nicht, weil es sich um ein repräsentatives Organ handelt, das die Gruppe der Mitglieder vertritt. Aber hier taucht das Problem - obwohl es hier eine intensivere und spezifischere Beziehung zwischen Vertretern und zu Vertretenden gibt - an einer anderen Stelle auf: in der Beziehung zwischen der Gruppe der Mitglieder und den anderen Arbeitern. Theoretisch kann dieses Problem gelöst werden, indem man auf dem Vorrang der organisierten Arbeiter gegenüber den anderen besteht; in der Praxis läßt sich dies in einer Situation wie der jetzigen, wo es zu dauernden Kämpfen mit einer starken Mobilisierung der Arbeiter kommt, nur schwer durchführen.

Anmerkungen

1) Der Wortlaut dieser Vereinbarung ist erschienen in: "Le Leggi e contratti di lavoro", XIV, no 1., Juni 1966.
2) Für die theoretische Aufarbeitung der Problematik der Fabrikräte sei hier auf die Arbeiten von Gramsci verwiesen, die in der Zeitschrift "Ordine Nuovo" erschienen sind, A. Gramsci, "L'ordine nuovo", Einaudi, Turin 1955; siehe auch die von P. Spriano herausgegebene Anthologie: "L'ordine nuovo", Einaudi Turin 1955.

3) F. Momigliano: "Sindacati, progresso tecnico, programmazione economica", Turin 1966, S. 110.
4) F. Ferrarotti, "L'evoluzione dei rapporti fra direzioni aziendali e rappresentanti operai nell'Italia del dopoguerra", in: "Aspetti e problemi sociali dello sviluppo economico in Italia", Bari 1959, S. 140-141.
5) Zu diesem hier gänzlich vernachlässigten Thema vgl.: G. Sclavi, "Le lotte studentesche, in: "Problemi del socialismo", Nr. 39, März-April 1969; V. Foa, I gruppi estremisti e le lotte sindacali, S. Antoniazzi, Sindacati e contestazione, in: "Problemi del Socialismo", Nr. 41, Juli-Aug. 1969; G. Baglioni, Il futuro del sindacato e i nuovi movimenti sociali in atto nel paese e negli ambienti di lavoro, in: "Quaderni di cultura sindacale" hrg. von der CISL in Mailand, Nr. 4, Mailand 1969.
6) Diese Neuorientierung hat sich in den offiziellen Resolutionen der Nationalkongresse der CGIL (Livorno, Juni 1969) und der CISL (Rom, Juni 1969) niedergeschlagen.
7) Einen Überblick über diese Situation vermittelt: M. Parasassi und G. Ruffolo, La disoccupazione in Italia (Zusammenfassung der Untersuchungen und Studien, die von der parlamentarischen Untersuchungskommission für Arbeitslosigkeit gemacht wurden), Bologna 1954.
8) Vgl.: G.P. Cella, B. Manghi u. R. Pasini, "La concezione sindacale della CGIL: un sindacato per la classe", Rom 1969 Kap. IV.
9) CISL, "Documenti ufficiali dal 1950 al 1958" (Anhang zum Rechenschaftsbericht des Sekretariats beim 3. Nationalkongreß, Rom 1959), S. 102, 272-273, usw.
10) CISL, "Il sindacato democratico per lo sviluppo della societa italiana ed europea" (Rechenschaftsbericht des Sekretariats beim 3. Nationalkongreß) Rom 1959 S. 15.
11) ebd., S. 209-210.
12) ebd., S. 210-211.
13) Vgl.: I Congressi della CGIL, Band 4 u. 5, Rom 1956, S. 64
14) G. P. Cella, B. Manghi u. R. Pasini, a.a.O., S. 110.
15) I Congressi della CGIL, a.a.O., S. 481,
16) In den Diskussionen und Dokumenten der Gewerkschaften wird häufig auf die Probleme bei der Konstituierung und auf das schlechte Funktionieren der SAS hingewiesen; wir haben in zahlreichen Gesprächen mit Gewerkschaftsführern den Eindruck

gewonnen, daß die Gewerkschaftssektionen nicht sehr zahlreich sind oder, wenn sie existieren, nicht sehr kontinuierlich in ihren Aktionen sind. Tiziano Treu (Sindacato e rappresentanze aziendali, Bologna 1971) gelangt in einer Untersuchung, die in einigen Dutzend norditalienischen Betrieben, wo es zur Konstituierung der SAS der CISL kam, durchgeführt wurde, zu folgenden Resultaten: in vielen Betrieben ist die SAS nur eine informelle Gruppe von Aktivisten; das organisatorische Leben in diesen Betrieben ist meist ziemlich schwachbrüstig: dies gilt sowohl für das formale Funktionieren der Organe als auch für die Beteiligung an ihnen; diese ist meist dann stärker, wenn die SAS bei ihren Versammlungen für alle Arbeiter offen ist; in den letzten Jahren kam es zur Gründung zahlreicher SAS; die fähigsten Gewerkschaftsfunktionäre sitzen meist im Betriebsrat, der - in den untersuchten Betrieben - über ein beachtliches Prestige verfügt. Die interviewten Personen - Mitglieder der SAS oder des Betriebsrates - sahen den Hauptgrund für die Schwierigkeit der SAS sich zu behaupten darin, daß ihr keine verbindliche Funktion zukommt; außerdem scheint es, als ob durch die Tendenz zu Einheitsaktionen die Funktionsfähigkeit eines nur von Mitgliedern besetzten Organes weitgehend beeinträchtigt wird.

SCHULE UND HOCHSCHULE

"il manifesto": Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik DM 5,-

Notwendigkeit des Kommunismus
Die Plattform von "il manifesto" DM 5,-

Eduarda Masi: Kritik und Selbst-Kritik der Neuen Linken DM 4,-

Helmut Reinicke: Für Krahl DM 3,-

Jean-Claude Guerin: Die französische Lehrergewerkschaft (FEN) Analyse und Kritik DM 2,-

Andre Gorz: Schule und Fabrik DM 8,-

Internationale Marxistische Diskussion
Merve Verlag Berlin 15 Postfach 327

Quellenverzeichnis

S.9-32: B. Manghi, Linee generali della concezione sociale della CGIL, in: G.P. Cella/ B. Manghi/ R. Pasini, La concezione sindacale della CGIL: un sindacato per la classe, Rom 1969

S.33-46: La CISL e la sua autonoma collocazione nella società italiana, in: Il sindacato nella società democratica, Florenz 1962-62

S.47-62: V. Foa / B. Trentin La CGIL di fronte alle trasformazioni technologiche nell'industria italiana, in: Lavoratori e sindacati di fronte alle trasformazioni del processo produttivo, hg. von F. Momigliano, Mailand 1962

S.63-80: L. Ferrario, Le politiche e le esperienze della CISL, ebd.

S.81-94: V. Foa, Lotte operaie nello sviluppo capitalistico, in: Quaderni Rossi, no.1, 1961

S.95-113: P.M. Brandini, Evoluzione del sistema contrattuale italiano nel dopoguerra, in: Economia e lavoro, no.2, April/März 1967, S.67-93

S.114-139: G. Baglioni: L'istituto della 'Commissione interna' e la questione della rappresentanza del lavoratori nei luoghi di lavoro, in: Studi di sociologia, no 1-2, Jan.-Juni 1970, S.167-196

Wir danken der Zeitschrift "Rassegna sindacale" für die Erlaubnis zur Übersetzung der Texte.

FÜR EINE STRATEGIE DER NEUEN LINKEN

Edoarda Masi
Kritik und Selbstkritik der Neuen Linken DM 4,–

Edoarda Masi
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,–

Helmut Reinicke
Für Krahl DM 4,–

Toni Negri
Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation DM 5,–

„Que faire"
Klassenkämpfe in Frankreich seit dem Mai 1968 DM 5,–

„Base Quvrière"
Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins DM 6,–

Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,–

„Potere Operaio"
Was ist Arbeitermacht? Materialien zur Kaderbildung DM 1,50

„il manifesto"
Für eine organisierte politische Bewegung DM 4,–

Notwendigkeit des Kommunismus.
Die Plattform von „Il Manifesto" DM 5,–

Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und „Il Manifesto". Einleitung: R. Rossanda DM 3,–

Serafini/Magri/Pintor
Die Einheit der Klassenlinken herstellen
Nationale Arbeiter-Konferenz der Gruppe „Il Manifesto"
Mailand 30.-31. Januar 1971 DM 1,80

„il manifesto"
Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik DM 5,–

Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tse-tung DM 2,–

Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,–

Lucio Colletti/Lucio Libertini/Livio Maitan/Lucio Magri
Über Lenins „Staat und Revolution" – heute DM 5,–

Internationale Marxistische Diskussion
Merve Verlag Berlin 15 Postfach 327

1/2 18.—

Der MERVE-VERLAG Berlin ist ein sozialistisches Kollektiv, das die Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION herausgibt.

Kalkulation, Rechnungsführung, Druck, Vertrieb usw. machen wir gemeinsam, d.h. im arbeitsteiligen Zusammenhang mit den Arbeiten, die aus der Herausgabe der Texte entstehen. Selbstagitation und Erarbeitung der Grundlagen der Marx'schen Theorie sind bei uns verbindlicher Bestandteil der Kollektivarbeit.

In der Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION verlegen wir regelmäßig (15-20 Hefte im Jahr) Arbeiten zu Problemen marxistischer Theorie und nicht-revisionistischer Praxis. Diese Arbeiten sollen zur Klärung des Revisionismusbegriffs beitragen, und damit Theorie- und Strategiebildung fördern, deren jede revolutionäre Praxis bedarf. In diesem Umkreis stehen die Arbeiten zur Imperialismus-, Klassen-, Staats- und Parteitheorie. Dabei werden wir sowohl die methodologische Problematik solcher Theorien als auch ihren Niederschlag in Kampfstrategien revolutionärer Gruppen berücksichtigen.

Der MERVE-VERLAG ist kein Profitunternehmen.